

27.11. 91

E6 - K

Unterrichtung
durch die Bundesregierung

Memorandum der Kommission zur Hochschulbildung in der Euro-
päischen Gemeinschaft

KOM(91) 349 endg.; Ratsdok. 9497/91

7357/91

KEP-AE-Nr.: 912947

Übermittelt vom Bundesminister für Wirtschaft am 27. November 1991 gemäß Artikel 2 des Gesetzes zur Einheitlichen Europäischen Akte (BGBl. II 1986 S. 1102 f.).

Die Vorlage ist vom Herrn Präsidenten der Kommission der Europäischen Gemeinschaften am 13. November 1991 dem Herrn Präsidenten des Rates der Europäischen Gemeinschaften übermittelt worden.

Das Europäische Parlament und der Wirtschafts- und Sozialausschuß werden an den Beratungen beteiligt.

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
HINTERGRÜNDE UND ZUSAMMENHÄNGE	1
HOCHSCHULBILDUNG: EIN WACHSENDER BEDARF DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT	2
Eine Gemeinschaft in Entwicklung	2
Bedürfnisse des Arbeitsmarkts	3
Demographische Entwicklung und Hochschulbildung	4
Mobilität und Binnenmarkt	7
Die Rolle der Forschung in der Hochschulbildung	8
Hochschulbildung und Sozialpolitik	9
Hochschulbildung und Regionalentwicklung	10
Hochschulbildung und Außenbeziehungen	11
Kultur und europäische Integration	12
Hochschulbildung als Herausforderung	13
HOCHSCHULBILDUNG: NEUE ERFORDERNISSE UND POLITIKEN IM BILDUNGSBEREICH	14
Einführung	14
Teilnahme an und Zugang zu der Hochschulbildung	18
Partnerschaft mit der Wirtschaft	21
Weiterbildung	23
"Offener Unterricht" und Fernunterricht	27
Die europäische Dimension in der Hochschulbildung	29
Mobilität der Studenten innerhalb der Gemeinschaft	29
Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen auf europäischer Ebene	32
Europa in den Curricula	34
Die zentrale Bedeutung der Sprache	35
Die Lehrerausbildung	37
Anerkennung von Qualifikationen und Studienzeiten	39
Die internationale Rolle der Hochschulen	41
Informations- und Vorgehensanalyse	43
Dialog mit dem Hochschulsektor	45
ZUSAMMENFASSUNG	47
ANHANG 1 Liste der EG-Programme in dem Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung sowie verwendete Akronyme	
ANHANG 2 Tabellen	

HINTERGRÜNDE UND ZUSAMMENHÄNGE

- 1 In ihrer Mitteilung an den Rat "Allgemeine und berufliche Bildung in der Europäischen Gemeinschaft - Mittelfristige Leitlinien 1989-92" (KOM(89)238 endg.) hob die Kommission die strategische Bedeutung hervor, die den Hochschulbildungssystemen zukommt, wenn es darum geht, zu einem erfolgreichen Funktionieren des Binnenmarkts nach dessen Vollendung beizutragen. Der Rat und die Minister für das Bildungswesen berücksichtigten auf ihrer Zusammenkunft am 6. Oktober 1989 diese Leitlinien, indem sie die wesentlichen Ziele einer intensivierten Zusammenarbeit im Bereich Bildung und Ausbildung festlegten, wodurch sie eine neue Phase der Gemeinschaftskooperation einleiteten, die auf diesem Gebiet durch die Entscheidung vom 9. Februar 1976 in Angriff genommen worden war (1). Auf der Zusammenkunft betonten Rat und Minister die Wichtigkeit der "Entwicklung aller Bereiche des Bildungswesens, die für Europa von zentraler Bedeutung sind, insbesondere der Fach- und Berufsausbildung wie der Hochschulbildung".
- 2 In dem Abschnitt der Leitlinien, der sich mit der Hochschulentwicklung in der Gemeinschaft beschäftigt, verpflichtete sich die Kommission, ein spezielles Memorandum über die Hochschulbildung herauszugeben. Im Zuge der Ausarbeitung dieses Memorandums organisierte die Kommission zunächst einen Workshop an der Katholischen Universität Löwen im Juni 1989 (2), der von einer Gruppe von Experten für das Hochschulwesen besucht wurde; anschließend erweiterte sie die Basis für die Anhörungen und hielt in Zusammenarbeit mit dem italienischen Ratsvorsitz im November 1990 eine großangelegte Konferenz in Siena ab, an der Vertreter von Hochschulinrichtungen, (3) von Ministerien und von mit der Hochschulbildung befaßten Regionalbehörden sowie Vertreter von Industrie und Wirtschaft teilnahmen. Dieses Memorandum stützt sich weitgehend auf die Erörterungen auf diesen beiden Veranstaltungen, insbesondere auf die Schlußfolgerungen der Konferenz von Siena (4).
- 3 Die Entwicklungen in der Hochschulbildung und in der höheren beruflichen Bildung können nicht isoliert betrachtet werden; sie sollten in eine in sich geschlossene Vorgehensweise auf dem gesamten Gebiet der Bildung und Ausbildung nach der Pflichtschulzeit einbezogen werden. Welche Bedeutung Maßnahmen auf dem Gebiet der Entwicklung von Humanressourcen bei der Förderung von Gemeinschaftspolitiken und der Erreichung von Gemeinschaftszielen zukommt, wird durch die Tatsache klargestellt, daß gegenwärtig eine Revision von Politiken in großem Stil vor sich geht, was in dem laufenden Jahr zu folgenden Ergebnissen führen soll:

-eine Überarbeitung der Berufsbildungspolitiken für die 90er Jahre, zusammen mit Vorschlägen zum Recht auf Zugang zur Weiterbildung in Unternehmen;

-ein Memorandum zum Fernunterricht und zur Fernausbildung;

-
- (1) ABl. C 38 vom 19. Februar 1976
 - (2) Die auf dem Workshop vorgetragenen Referate wurden in dem "European Journal of Education", Band 24, Nr. 4 (1989), veröffentlicht; die vollständigen Sitzungsunterlagen sind bei der Task Force Humanressourcen, allgemeine und berufliche Bildung, Jugend erhältlich.
 - (3) In dem vorliegenden Dokument sind unter dem Begriff "Hochschuleinrichtungen" sowohl Universitäten, einschliesslich der Hochschulen, die sich mit auf Forschung beruhender Lehre befassen, als auch alle sonstigen postsekundären Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen zu verstehen, die Kurse unterschiedlicher Dauer und entweder allgemeiner oder fachlicher Art anbieten, die zu Qualifikationen auf postsekundärer Ebene führen.
 - (4) Die Schlußfolgerungen und der Hintergrundpapier der Siena-Konferenz sind bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Task Force Humanressourcen, allgemeine und berufliche Bildung, Jugend) erhältlich.

-ein Zwischenbericht mit Leitlinien zur Verbesserung der Zusammenarbeit von Hochschulen und Unternehmen, die auf den Erfahrungen im Rahmen des COMETT-Programms beruhen.

- 4 Wohl spielen die Hochschuleinrichtungen eine entscheidende Rolle in dem lebenswichtigen Bereich der beruflichen Bildung und Berufsausbildung, diese Rolle wird aber im Zusammenhang mit der umfassenderen Verantwortung der Hochschuleinrichtungen für die Erhaltung, Entwicklung und Vermittlung des kulturellen Erbes Europas und seiner Länder und für die Mobilisierung der individuellen Kreativität zur Erweiterung des menschlichen Wissens in den Geisteswissenschaften wie in den Naturwissenschaften und der Technologie ausgeübt. Bei der Ausbildung in Hochschulen sollte nicht nur das höchstmögliche Niveau beruflicher Fähigkeiten angestrebt, sondern es sollten auch ein unabhängiges Urteil, Kreativität und kritische Urteilsfähigkeit gefördert werden, und man sollte die Fähigkeit vermitteln, über die Grenzen von Fächern, Kulturen und Ländern hinauszugreifen.

HOCHSCHULBILDUNG: EINWACHSENDE BEDARF DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT

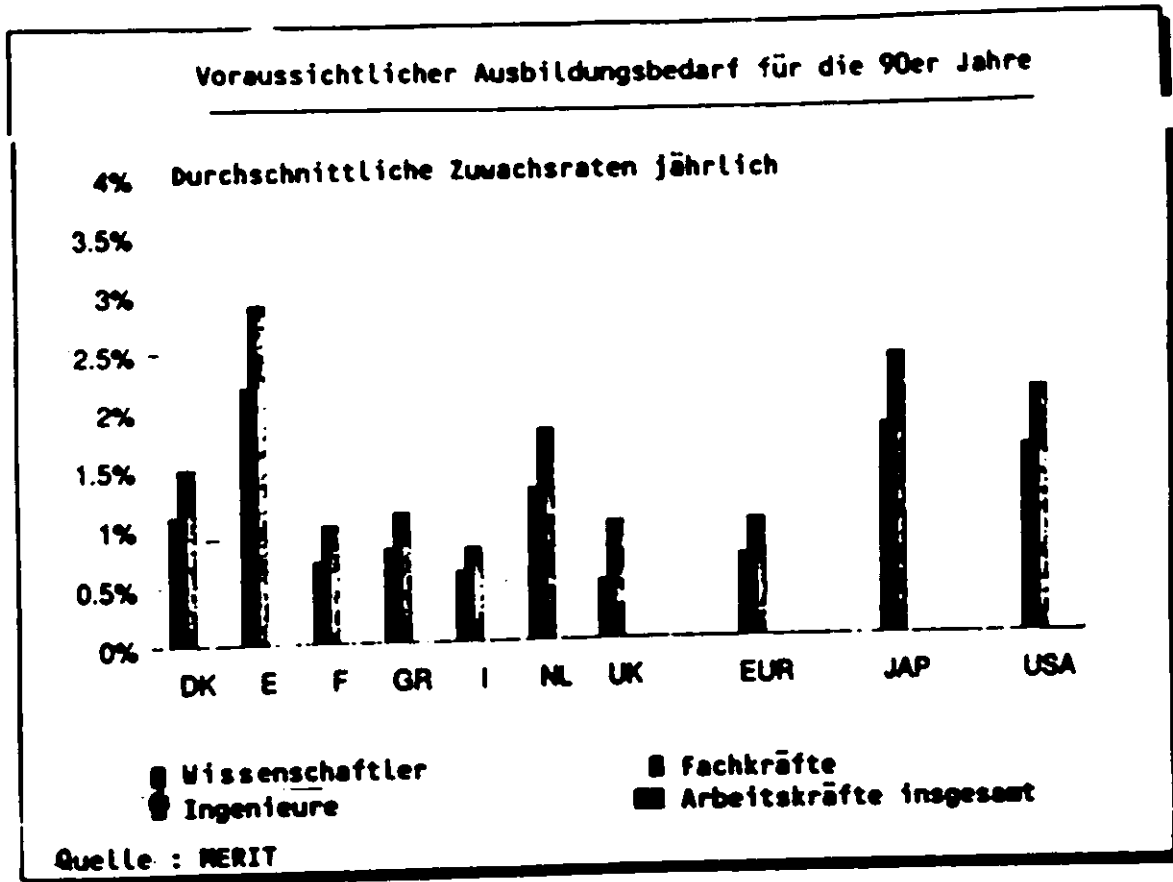
Eine Gemeinschaft in Entwicklung

- 5 In den 90er Jahren werden in der europäischen Gesellschaft in verschiedener Hinsicht tiefgreifende Veränderungen stattfinden. Sie gehen zurück auf das zunehmende Zusammenwachsen Europas auf Grund der Vervollständigung des Binnenmarkts im Jahre 1992 und die beschleunigten Fortschritte in Richtung auf die Währungsunion und auf die politische Union. Gleichzeitig bringt der unaufhaltsame Fortschritt von Wissenschaft und Technologie weiterhin neues Wissen hervor und dringt bei dessen Anwendung nach wie vor in alle Bereiche des wirtschaftlichen Lebens und des Alltags fast aller Bürger ein. Durch die zunehmende Vergrößerung der Gemeinschaft selber und durch die damit einhergehende Annäherung der Ziele, die sie mit ihren europäischen Nachbarn gemeinsam hat, wird ein umfassender und mehr gegenwartsbezogener Interessensbereich für die Gemeinschaft festgelegt, der bereits zu neuen Möglichkeiten für Zusammenarbeit, Partnerschaft und gegenseitige Unterstützung geführt hat. Eine europäische Gemeinschaft, deren Stärke und Selbstvertrauen wachsen, wird dann ihre Einheit und Identität weltweit bekräftigen und neue Bereiche des Zusammengehens mit Drittländern und regionalen Gruppierungen in der ganzen Welt abgrenzen.
- 6 Die Beschleunigung des Integrationsprozesses innerhalb der Gemeinschaft wird zu einer häufigeren und extensiveren Nutzung der Möglichkeiten der Mobilität und zu einem verbesserten Zusammenwirken der Europäer auf wirtschaftlicher, sozialer, politischer und kultureller Ebene führen. Dabei wird auch das Gefühl entstehen, daß man in der Lage ist, bei der Lösung von Gemeinschaftsproblemen die umfassenden und vielfältigen Ressourcen der Gemeinschaft einzusetzen, und durch diesen Prozeß wird in den Mitgliedstaaten ein gesteigertes Bewußtsein dafür entwickelt, welche Entwicklungsstrategien jeweils in den anderen Ländern verfolgt werden, und daß es wünschenswert ist, kompatible Orientierungen zu verfolgen, wenn neue Initiativen erforderlich werden.
- 7 Die Herausforderung durch Wissenschaft und Technologie ist maßgebend für die Wettbewerbsfähigkeit Europas und seinen wirtschaftlichen Fortschritt; dabei muß Europa in vorderster Linie stehen, nicht nur was die Hervorbringung neuen Wissens, sondern auch was dessen Verbreitung und Anwendung in der Wirtschaft betrifft. Es wird auch zu einer stärkeren Einwirkung von Wissenschaft und Technologie auf die kulturellen, sozialen und allgemein menschlichen Aspekte des Alltagslebens kommen, wodurch neue Möglichkeiten und Grenzen entstehen und zahlreiche innovative Ansätze in der Gesellschaft gefördert werden, und zwar in Bereichen wie Stadtplanung, Arbeitsbeziehungen, Mobilität der Arbeitskräfte, soziale Ethik, Gesundheitsschutz und Arbeitssicherheit sowie in der Kunst und bei kulturellen Aktivitäten.
- 8 Auf globaler Ebene muß die Europäische Gemeinschaft aktive, weltumspannende Strategien, die der Erhaltung von Frieden und Stabilität sowie der Entwicklung des wirtschaftlichen Fortschritts und der Demokratie in Entwicklungsländern dienen, entwickeln und an ihrer Umsetzung teilnehmen.

Bedürfnisse des Arbeitsmarkts

- 9 Die direkten und dynamischen Auswirkungen der Verwirklichung des Binnenmarkts im Jahre 1992 werden womöglich zu höheren Beschäftigungszahlen führen. Gleichzeitig werden sich die Unternehmen in Europa großen Herausforderungen in Form des globalen Wettbewerbsdrucks sowie in Bezug auf die Möglichkeiten der Entwicklung und Anwendung neuer Technologien gegenübersehen. Als Antwort auf diese Herausforderungen werden die Unternehmen ihre Produktion in zunehmendem Maße sowohl auf Qualität als auf Quantität ausrichten, was direkte Auswirkungen auf das Niveau und die Zusammensetzung der benötigten Fertigkeiten haben wird. Die entwickelten Wirtschaftssysteme Europas müssen sich um ein hohes Qualifikationsniveau bemühen, um die Flexibilität und die Produktivität ihrer Wirtschaft zu steigern.
- 10 Allem Anschein nach wird zu Beginn des 21. Jahrhunderts der Bereich Informationstechnologien und Telekommunikation - mit einem geschätzten zukünftigen Wachstum, das voraussichtlich über dem des BSP liegt - sich als der wichtigste Wirtschaftssektor erweisen. Gleichzeitig wird dieser Bereich auch der sein, der am stärksten in alle anderen Sektoren eindringt, so daß bei zwei von drei Arbeitsplätzen von seinen Erzeugnissen und Dienstleistungen Gebrauch gemacht wird. Die Beherrschung dieser Technologien wird dann einen wesentlichen Teil einer zukunftsorientierten Ausbildung in der europäischen Gesellschaft darstellen. Sowohl für den Dienstleistungsbereich als auch für die Produktion wird ein Trend in Richtung besser ausgebildeter und mehrfach qualifizierter Arbeitnehmer erwartet. Auch geht man davon aus, daß der Anteil der in besonders qualifizierten Berufen tätigen Arbeitnehmer weiterhin zunimmt, wodurch ein erheblicher Bedarf in den Bereichen Management, Verkauf und Marketing entsteht, insbesondere an Fachkräften, die auf europäischer Ebene tätig werden können. Für Ingenieure, Wissenschaftler und Technologieexperten, Wirtschaftsfachkräfte, Techniker und mehrfach qualifizierte Handwerker ist ein expandierender Arbeitsmarkt vorhanden (vgl. Abb. 1). Die Beschäftigung im öffentlichen Dienst könnte sich durchaus erholen; diese Erholung würde auf einer sich verbessernden Wirtschaftslage beruhen sowie auf dem Wunsch der Regierungen, politische Anliegen in die Wirklichkeit umzusetzen, wie z. B. den Gedanken des Umweltschutzes oder die Vorstellung von einer Weiterentwicklung sozialer und gesundheitsversorgungstechnischer Dienstleistungen für die alternde Bevölkerung.
- 11 In Untersuchungen, die von der EG durchgeführt worden sind, gibt es Anhaltspunkte für derzeit bestehende sektorale und regionale Qualifikationsdefizite, aus denen hervorgeht, daß Qualifikationsdefizite in der Gemeinschaft weit verbreitet sind. Sie entstehen sogar in Zeiten fortgesetzter oder zunehmender Arbeitslosigkeit, denn ein hohes Tempo bei der Vernichtung alter bzw. bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze ist Teil einer raschen Modernisierung Europas. Sollen diejenigen, deren Fachkenntnisse nicht mehr gebraucht werden, nicht zu einer langfristigen Arbeitslosigkeit verurteilt werden, so wird eine Politik der großangelegten und expandierenden beruflichen und fachlichen Umschulung für Erwachsene erforderlich. Ein Merkmal der derzeitigen Qualifikationsdefizite ist das weitverbreitete Fehlen wichtiger allgemeiner und sozialer Fertigkeiten, wie beispielsweise Fertigkeiten in Bezug auf die Qualitätssicherung und die Lösung von Problemen sowie Fertigkeiten in Bezug auf effizientes Lernen, Flexibilität und Kommunikation. Diese Qualifikationsdefizite bestehen neben entsprechenden Defiziten in Bezug auf wesentliche wissenschaftliche und technologische Fertigkeiten. In den neunziger Jahren wird der Anteil entsprechender Fertigkeiten im Rahmen der Beschäftigung zunehmen. Ein größerer Anteil der Arbeitnehmer wird Fertigkeiten kommunikationsspezifischer, sprachlicher, managementbezogener und organisatorischer Art benötigen. Polyvalentere Formen der allgemeinen und beruflichen Bildung werden erforderlich werden, um Arbeitnehmer in die Lage zu versetzen, ihren Beitrag leisten zu können zu den Zielen erfolgreicher Innovation, qualitativ hochwertiger Erzeugnisse und Verfahren, Flexibilität bei der Deckung der Nachfrage von Seiten der Verbraucher sowie Anpassungsfähigkeit an neue Technologien, an neue Formen der industriellen Organisation und an höhere Produktivität.

Abbildung 1



12

In einem vor kurzem veröffentlichten Bericht von IRDAC zum Thema "Qualifikationsdefizite in Europa" wird ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Ausbildung und Entwicklung menschlicher Ressourcen (insbesondere auf einer höher qualifizierten Ebene) und der Verwirklichung ökonomischer Ziele durch folgende Aussage hergestellt: "... die Leistung des Bildungssystems (und insbesondere der Hochschulbildung) hinsichtlich Umfang und Qualität der Fachkenntnisse stellt auf allen Ebenen die wichtigste Determinante für die wirtschaftliche Produktivität und somit die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes dar". Der Hochschulbildung kommt eine überaus wichtige Rolle bei der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung sowie dabei zu, sämtlichen Arbeitskräften und jungen Menschen die neuen Fertigkeiten zu vermitteln, die sie benötigen, um den sich rasch ändernden Anforderungen europäischer Unternehmen entsprechen zu können. In der Praxis verlangt dies nicht nur, der Bereitstellung von Fertigkeiten für das Ingenieurwesen, die Wissenschaft und die Technologie eine neue Priorität zu geben, sondern auch hybriden, interdisziplinären Fertigkeiten, wie sie beispielsweise durch ein umfangreiches Studium der sozialen und technologischen Aspekte der Informationstechnologie und des Umweltschutzes erreicht werden.

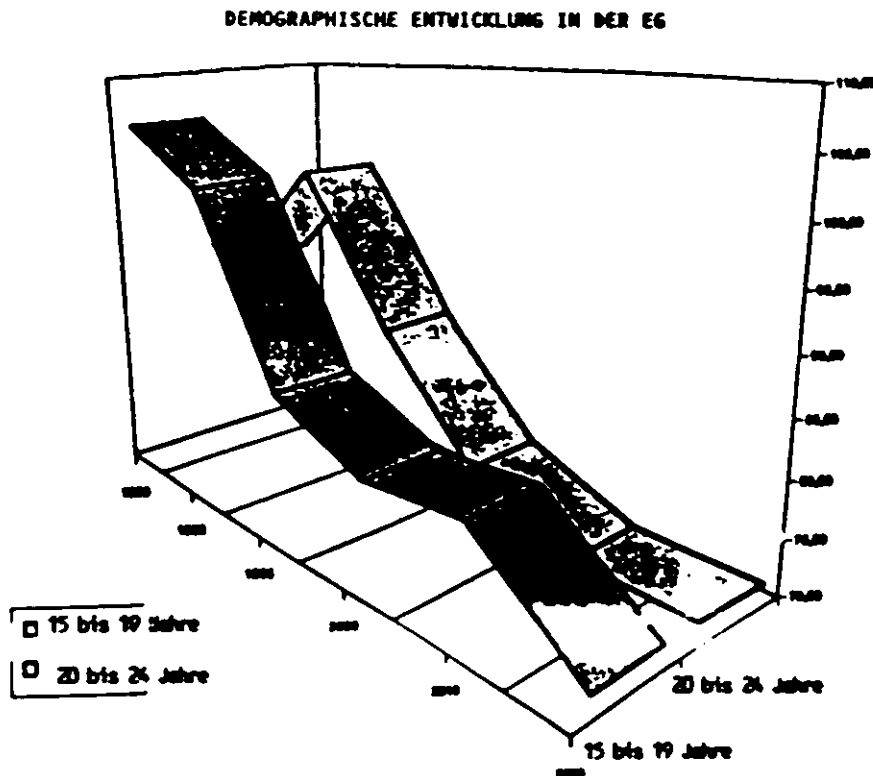
Demographische Entwicklung und Hochschulbildung

13

Der zunehmende Bedarf des Arbeitsmarktes an Fachkräften mit hohem Wisseniveau und höheren beruflichen Qualifikationen ist vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung in Europa und der derzeitigen Nutzung des Bildungsangebots im Bereich der Hochschulbildung und der höheren beruflichen Bildung zu sehen. Die Bevölkerung Europas nimmt ab und ihr durchschnittliches Alter steigt. Wegen des ständigen Rückgangs der

Geburtenrate seit Mitte der 60er Jahre kommt es in den 90er Jahren zu einer ausgeprägten Verringerung der Zahl der Schulabgänger, die in das Berufsleben eintreten oder eine Hochschulbildung aufnehmen wollen. Dieser Sachverhalt geht aus Abbildung 2 hervor, in der der Trend der Bevölkerungsentwicklung in der Gemeinschaft für die Altersgruppe 15 bis 19 Jahre und 20 bis 24 Jahre dargestellt ist. Zwar unterscheiden sich Ausmaß und Rate des Rückgangs von einem Mitgliedstaat zum anderen (5), er findet jedoch in sämtlichen Ländern und auch in der Gemeinschaft insgesamt statt.

Abbildung 2



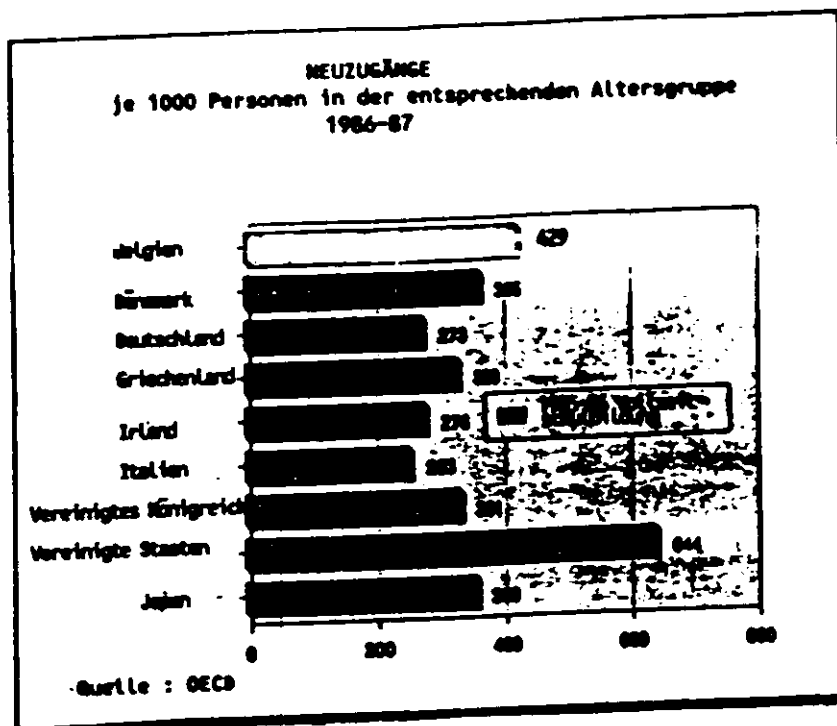
- 14 Die demographische Abwärtsentwicklung hat zu der Voraussage geführt, daß um das Jahr 2000 der Nettozugang zum Arbeitsmarkt einen Negativsaldo aufweisen wird, wobei etwa 300 000 mehr Arbeitskräfte aus der Erwerbstätigkeit ausscheiden als Anfänger in das Berufsleben eintreten. Die Reaktion der Arbeitgeber auf ein schrumpfendes Arbeitskräfteangebot kann verschiedene Gestalt annehmen und eine Reihe von Strategien umfassen, durch die entweder der Anteil der Berufstätigen an der Bevölkerung erhöht oder der Arbeitskräftebedarf angepaßt werden soll. Der Bedarf der Wirtschaft an einem hohen Wissensstandard und einer hohen beruflichen Qualifikation wird mit Sicherheit dazu führen, daß sich die Ausbildungszeit verlängert und daher der aktive Bevölkerungsanteil abnimmt. Durch diese Abnahme, die mit einem erheblichen Rückgang der Bevölkerung einhergeht, kommt es zu Spannungen, die durch die Tatsache hervorgehoben werden, daß neue Beziehungen zwischen Studium und Arbeit hergestellt werden müssen.
- 15 Diese Beziehungen werden schon dadurch in Frage gestellt, daß Wissen und Qualifikationen veralten, insbesondere in den Bereichen Wissenschaft und Technologie, aber in zunehmendem Maße auch in der gesamten Wirtschaftswelt. Dieser Prozeß geht so schnell vor sich, daß die Wirtschaft sich nicht länger darauf verlassen kann, junge Hochschuleabsolventen einzustellen,

(5) Siehe Tabellen Anhang 2.

um ihren Bedarf zu decken, sondern sie muß in zunehmendem Maße dazu übergehen, die Qualifikation der vorhandenen Arbeitskräfte durch Maßnahmen der Weiterbildung und der Ausbildung zu aktualisieren und zu verbessern. In diesem Zusammenhang sollte beachtet werden, daß am Ende des Jahrhunderts etwa 80 % der jetzigen Arbeitskräfte immer noch berufstätig sein werden. Es muß sich eine neue Partnerschaft zwischen Hochschulen und Wirtschaft herausbilden, damit man diesen Herausforderungen begegnen kann, eine Partnerschaft, bei der die sich verändernden Qualifikationsbedürfnisse der Wirtschaft stärker berücksichtigt werden, bei der die Betonung auf flexiblen Formen der Bildung und Ausbildung und des Erwerbs von Qualifikationen liegt und die durch ein stärkeres Engagement aller Beteiligten für die Weiterbildung und Ausbildung gekennzeichnet ist.

- 16 Wie stark sich die demographischen Veränderungen auf die Einschreibungen in Hochschulen auswirken werden, läßt sich schwer vorhersagen. Die Zahl der Einschreibungen ist in den 70er und 80er Jahren für Männer und Frauen in der Gemeinschaft insgesamt und in den einzelnen Mitgliedstaaten ständig angestiegen. In den 12 Mitgliedstaaten wuchs der als Prozentsatz der Bevölkerung im Alter von 19-24 Jahren ausgedrückte Anteil der Studenten zwischen 1970-71 und 1985-86 von 16 % auf 21 % bei Männern und von 10 % auf 19 % bei Frauen. Diese Prozentsätze sind durchweg niedriger als in den Vereinigten Staaten und Japan. Der Anteil der Personen, die in der Vollzeit Schulbildung verbleiben und die das Angebot der Hochschulbildung nutzen, schwankt je nach Gemeinschaftsland sehr stark. Abbildung 3 zeigt die Neuzugänge zur Hochschuleausbildung im Jahre 1986-87 in einer Reihe von Gemeinschaftsländern sowie in den USA und Japan.

Abbildung 3



- 17 Bei früheren Vorausschätzungen bestand immer die Tendenz, die Nachfrage nach höherer Bildung bei jungen Leuten zu unterschätzen. Diese Nachfrage wird durch Veränderungen bei den sozialen Strukturen und kulturellen Werten sowie auch durch den Bedarf des Arbeitsmarktes an Arbeitskräften mit höherer Bildung genährt. Da diese Faktoren nicht nur

weiterhin gegeben sind, sondern im nächsten Jahrzehnt Dringlichkeit gewinnen werden, ist wohl insgesamt mit einer Steigerung der Nachfrage nach einer Hochschulbildung zu rechnen. Dabei sollte den Gegebenheiten des neuen Jahrzehnts Rechnung getragen werden, so daß ein gleichmäßiger Anstieg des Anteils von Männern und Frauen und eine größere Steigerung der Zahl der Studenten in einer Teilzeitausbildung und in der Weiterbildung zu erwarten wären.

Mobilität und Binnenmarkt

- 18 In der Einheitlichen Europäischen Akte heißt es: "Der Binnenmarkt umfaßt einen Raum ohne Binnengrenzen, in dem der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital gemäß den Bestimmungen dieses Vertrags gewährleistet ist". Der Erfolg des Binnenmarkts hängt zu einem großen Teil davon ab, daß die Menschen fähig sind, die ihnen gewährten Freiheiten zu akzeptieren und zu nutzen, daß sie in der Lage sind, falls erforderlich oder erwünscht, in einem anderen Mitgliedstaat der Gemeinschaft zu leben und zu arbeiten, über einzelstaatliche Grenzen hinweg Handel zu treiben und Dienstleistungen anzubieten sowie mit Partnern in anderen Teilen der Gemeinschaft im Rahmen von Vereinbarungen, Verträgen und Arbeitsgemeinschaften wirksam zusammenzuarbeiten. Dies nun wiederum hängt in hohem Maße von der Kommunikationsfähigkeit und von einem Verständnis der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen in anderen Mitgliedstaaten ab.
- 19 Dieses Interesse an Europa, einschließlich der entsprechenden Mobilität, ist bei Menschen mit höherer Bildung am stärksten ausgeprägt, und das Funktionieren des Binnenmarkts wird davon abhängen, daß eine beträchtliche Anzahl von Personen zur Verfügung steht, die nicht nur über die üblichen beruflichen Qualifikationen verfügen, sondern deren Ausbildung auch eine besondere europäische Dimension aufweist. Daher wäre es, einmal ganz abgesehen von politischen oder kulturellen Erwägungen, aus wirtschaftlichen Gründen wünschenswert, daß alle Studierenden eine Bildung mit europäischer Dimension genießen. Die Vermittlung dieser Dimension stellt für alle in der Hochschulbildung tätigen Parteien eine Herausforderung und eine Möglichkeit dar.
- 20 Der freie Personenverkehr im beruflichen Umfeld und das Anbieten von Dienstleistungen über die Grenzen der Mitgliedstaaten hinweg sind durch die Richtlinie des Rates "über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome, die eine mindestens dreijährige Berufsausbildung abschließen" und durch sektorale Richtlinien für die gegenseitige Anerkennung von beruflichen Befähigungsnachweisen begünstigt worden. Zwar wurde in der Rahmenrichtlinie kein Versuch unternommen, Inhalt und Dauer der Berufsausbildung in den Mitgliedstaaten zu harmonisieren, wahrscheinlich wird aber eine der praktischen Auswirkungen der Richtlinie darin bestehen, eine Konvergenz bei der Ausbildung für bestimmte Berufe anzuregen. Eine Zusammenarbeit von verschiedenen Systemen der Hochschulbildung und entsprechende Vereinbarungen werden auch erforderlich, damit die mobilen Arbeitnehmer und ihre Familienmitglieder, die möglicherweise eine Hochschulbildung auf der Grundlage von in einem anderen Mitgliedstaat erlangten Bildungsnachweisen aufnehmen oder weiterführen wollen, in die Lage versetzt werden, ihre Studien fortzuführen.
- 21 Durch den freien Personenverkehr und die Anerkennung von beruflichen Befähigungsnachweisen wird faktisch ein einheitlicher Arbeitsmarkt für die betreffenden Personenkategorien geschaffen, was eindeutig Auswirkungen sowohl auf die Nachfrage nach hochqualifiziertem Personal als auch auf das Angebot hat. Die auf dem entsprechenden Niveau vorhandenen Ausbildungseinrichtungen werden auf nationaler Ebene geplant, und in manchen Fällen wird der Zugang zu einer Ausbildung durch einen Numerus Clausus gesteuert, oder auch durch ein auf Wettbewerb gegründetes System, das zu einer Quotierung von Ausbildungsplätzen, die im Prinzip auf nationale Anforderungen bezogen ist. Können Mitgliedstaaten ihren Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften durch Einstellung außerhalb ihrer Grenzen decken und ist der Zugang zu einer Ausbildung zumindest in einem gewissen Maße von einzelstaatlichen Zwängen unabhängig, dann wird sehr deutlich, daß die Grundsatfrage der Anpassung des Angebots an die Nachfrage sich in einem größeren europäischen Zusammenhang stellt. Dabei müßte man natürlich die Situation der Regionen berücksichtigen und mittels strukturpolitischer oder sonstiger Maßnahmen sicherstellen, daß die Freizügigkeit,

Insbesondere durch "brain-drain-Maßnahmen" zu Lasten dieser Regionen, nicht den Gemeinschaftszielen des sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalts zuwiderläuft.

Die Rolle der Forschung in der Hochschulbildung

- 22 Die wirtschaftlichen Zielsetzungen der Gemeinschaft müssen unter dem Aspekt des weltweiten Wettbewerbs gesehen werden, außerdem muß man die überall festzustellende Auswirkung von Wissenschaft und Technologie auf die Industrie, den Handel und den Dienstleistungssektor berücksichtigen. Das Florieren einer Volkswirtschaft beruht heute auf der Fähigkeit, Innovationen bei Produkten und Produktionsprozessen vorzunehmen. Diese Fähigkeit wiederum setzt voraus, daß man in der Lage ist, entsprechende Forschungs- und Entwicklungsarbeiten durchzuführen und deren Ergebnisse rasch in Produktion, Verteilung und Verkauf anzuwenden. Hier sieht sich Europa einer Reihe von Schwierigkeiten gegenüber. In Europa ist der Anteil der in der Forschung Beschäftigten niedriger als in den wichtigsten anderen Ländern, die weltweit als Konkurrenten auftreten. Überdies kann die innerhalb der Gemeinschaft in bezug auf diesen Indikator zu verzeichnende Diskrepanz zwischen den einzelnen Ländern mit dem Faktor 6 bewertet werden, wodurch die europäische Position noch schwieriger wird. Aus Berichten von Hochschuleinrichtungen geht offenbar hervor, daß viele talentierte Hochschulabsolventen nicht mehr in der Forschung arbeiten wollen. In den Einrichtungen selber hat sich die Erneuerung des akademischen Personals, die oft einen Anstoß für neue Forschungsarbeiten vermittelt, erheblich verlangsamt, obwohl Pensionierungen in den Fakultäten im kommenden Jahrzehnt Gelegenheit zu umfassenden Neuberufungen geben sollten. Als weitere Schwierigkeit tritt jetzt der Rückgang des Anteils der Studenten zutage, die sich für Studiengänge im Bereich Wissenschaft, Technologie und Ingenieurwesen interessieren.
- 23 Eine weitere wichtige Herausforderung ergibt sich derzeit daraus, daß die multidisziplinäre Ausbildung und Forschung nicht genügend entwickelt ist, was den Fortschritt bei der intersektoralen Innovation ernstlich behindert. Diese Entwicklung wird durch die derzeitigen Strukturen der Studiengänge in Hochschuleinrichtungen sowie durch die Kriterien für akademische Karrieren eher behindert. In dem Maße, in dem sich die Forschungspraxis in Richtung auf mehr Multidisziplinarität verlagert, müssen Hochschuleinrichtungen sicherstellen, daß angemessen ausgebildetes Personal zur Verfügung steht, und zwar sowohl für die Durchführung der Forschungsarbeiten als auch für die Anwendung der Forschungsergebnisse auf die Wirtschaft. In diesem Zusammenhang muß auch betont werden, daß die Vorteile umfassenderer und besser abgestimmter Forschungs- und Entwicklungsbemühungen nicht voll genutzt werden können, wenn nicht das Verständnis für Wissenschaft und Technologie in der Gesellschaft allgemein soweit fortgeschritten ist, daß die schnelle, weitreichende Verbreitung von Innovationen und neuen Technologien gefördert wird.
- 24 Die wirtschaftlichen Erfordernisse von Forschung und wissenschaftlicher und technologischer Entwicklung zwingen dazu, das entsprechende große Potential der Hochschuleinrichtungen zweckmäßig zu organisieren und zu nutzen. Der Beitrag, den das Hochschulwesen leisten kann, erfordert eine kohärente Politik. Gleichzeitig muß man sich darüber im Klaren sein, daß der Mitwirkung von Hochschuleinrichtungen in der Forschung nicht nur wirtschaftliche Beweggründe zugrunde liegen und daß die Forschung in derartigen Einrichtungen hinsichtlich Umfang und Art die Grenzen zwischen Grundlagenforschung und angewandter Forschung überschreiten muß und auch das Streben nach Wissen um seiner selbst willen, die Nutzung von Forschungsarbeiten für Information und Lehre sowie die Durchführung von Forschungsvorhaben im Hochschulbereich einbeziehen muß, bei denen auf den ersten Blick nur geringe Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Verwertung bestehen. In diesem Zusammenhang muß die Verbindung hervorgehoben werden, die zwischen der Qualität der Lehre sowie der Qualität der Forschung und der technologischen Entwicklung besteht.
- 25 Aus allen diesen Gründen muß man auf nationaler Ebene und in den einzelnen Einrichtungen eine Politik betreiben, die die gesamte Skala von Forschungszielen im Bereich der Hochschulbildung umfaßt. Durch diese Politik müssen die Einrichtungen in die Lage versetzt, ja ermutigt werden, eng mit der Wirtschaft zusammenzuarbeiten und Projekte im Auftrag von

oder in Zusammenarbeit mit öffentlichen oder privaten Unternehmen durchzuführen. Die Zusammenarbeit mit Partnern innerhalb und außerhalb des jeweiligen Mitgliedsstaats und entsprechende Netze müssen angeregt und begünstigt werden, damit die kritische Masse für eine wirksame Forschungsarbeit und für interdisziplinäre Entwicklungen erreicht werden kann. Diesen Partnerschaften kommt auch in dem entscheidenden Bereich der Ausbildung vor, Forschern, insbesondere bei Doktoranden, große Bedeutung zu. Dies gilt bereits für die Gemeinschaftsaktionen im Bereich Forschung und technologische Entwicklung, deren Kosten gemeinsam getragen werden und durch die Hunderte von jungen Forschern in einem industriellen Umfeld ausgebildet werden. Diese Berufsausbildung wird im Rahmen der spezifischen Programme innerhalb des dritten Rahmenprogramms verbessert werden. Ein ständiger Dialog und ein kontinuierliches Zusammenwirken der für Forschung und der für Bildung und Ausbildung zuständigen Behörden auf institutioneller, regionaler, nationaler und Gemeinschaftsebene ist unerlässlich, damit in jedem dieser beiden äußerst wichtigen Bereiche angemessene Arbeit geleistet wird. Fortbildung und Weiterbildung sind die wichtigen Hilfsmittel für eine Verbreitung der durch die Forschung gewonnenen neuen Erkenntnisse, und zwar nicht nur unter den Berufsanfängern, sondern auch den bereits in der Wirtschaft tätigen Fachleuten. Deshalb ist die Kommission dabei, eine Verbindung zwischen ihren Forschungs- und Entwicklungsprogrammen und den Aktionsprogrammen in den Bereichen Bildung und Ausbildung, wie COMETT und ERASMUS, herzustellen, und aus diesem Grund setzt sie sich auch - wie im Rahmen des DELTA-Programms und der VLSI-Aktion - für die Förderung der Informationstechnologie innerhalb der Berufsausbildung ein.

- 26 Nach dem Vorschlag für einen Beschluß des Rates über das gemeinschaftliche Rahmenprogramm im Bereich Forschung und technologische Entwicklung (1990-1994) hat die Kommission ein spezifisches Programm für Forschung und technologische Entwicklung im Bereich Humankapital und Mobilität vorgeschlagen. Zentrale Zielsetzung dieses Programms ist es, die für den Bereich Forschung und technologische Entwicklung zur Verfügung stehenden menschlichen Ressourcen quantitativ und qualitativ zu erhöhen, für die es in den kommenden Jahren in den Mitgliedstaaten einen Bedarf geben wird. Diese Maßnahme wird sich auf zwei Hauptziele konzentrieren, nämlich auf die berufliche Bildung und Mobilität der Beschäftigten insbesondere junger Forscher nach Erlangen des Doktorgrades und auf die Einrichtung neuer Netze für wissenschaftliche Zusammenarbeit und Ausbildung.

Hochschulbildung und Sozialpolitik

- 27 Die Möglichkeit von Maßnahmen im Bereich der Hochschulbildung hängt eng mit der Umsetzung der Sozialpolitiken in der Gemeinschaft zusammen, was die Verbesserung des Lebensstandards und der Beschäftigungsmöglichkeiten betrifft. Der Strukturwandel der Arbeit erfordert höhere Qualifikationen der Arbeitnehmer und ihre Weiterbildung erforderlich, damit sie den sich verändernden Bedürfnissen gerecht werden können. Es gibt von allen Seiten zahlreiche Hinweise darauf, daß sich die Arbeitsmarktmöglichkeiten für ungelernete und unterqualifizierte Arbeitnehmer verschlechtern, und es liegt ebenfalls auf der Hand, daß höherqualifizierte Arbeitnehmer nicht nur einen höheren Lebensstandard genießen, sondern auch einen sichereren Arbeitsplatz haben.
- 28 Die Expansion der Hochschulbildung in den 60er und 70er Jahren ging bis zu einem gewissen Grad auf wirtschaftliche Erwägungen und Annahmen über den Arbeitskräftebedarf zurück, sozialpolitische Gedanken spielten aber ebenfalls eine Rolle. Ziel dieser sozialen Dimension war es, die Chancengleichheit junger Menschen bei der Entwicklung ihrer Talente und Fähigkeiten sicherzustellen, ohne Rücksicht auf ihre finanziellen Mittel, ihre soziale Herkunft, ihr Geschlecht, ihre Ethnizität oder die geographische Lage ihres Wohnsitzes. Diese Politik wurde vom Rat und den Ministern für das Bildungswesen in der Gemeinschaft in ihrem Programm von 1976 bestätigt, in dem es heißt: "Die Verwirklichung der Chancengleichheit für den uneingeschränkten Zugang zu allen Bildungsformen ist ein wesentliches Ziel der Bildungspolitik aller Mitgliedstaaten, und ihre Bedeutung für die Erreichung der Chancengleichheit in der Gesellschaft muß in Verbindung mit der übrigen Politik im wirtschaftlichen und sozialen Rahmen betont werden."

- 29 Zwar verbesserte sich die Rate der Teilnahme an der Hochschulbildung in allen Mitgliedstaaten, es bestehen aber immer noch derartige Unterschiede zwischen ihnen, daß es für die Gemeinschaft gerechtfertigt ist, dieses Problem im Auge zu behalten und gegebenenfalls Maßnahmen im Rahmen der Strukturpolitiken einzuleiten. Bei der Frage der gleichen Teilnahme von Männern und Frauen am Bildungsangebot sind bereits beträchtliche Fortschritte erreicht worden. Trotz der Einführung finanzieller Unterstützungen für Studenten und sonstiger Maßnahmen ist jedoch weiterhin die Teilnehmerzahl nach sozialen Herkunft ungleich verteilt, wobei junge Menschen aus den unteren sozialen Gruppen nach wie vor unterrepräsentiert sind. Es kann durchaus notwendig sein, vorrangig auf der Ebene des Sekundarunterrichts anzusetzen.
- 30 Auch hinsichtlich der Chancengleichheit über das gesamte Arbeitsleben hinweg wurde kein bedeutender Fortschritt erzielt; obwohl in den letzten Jahren die Zahl der Studierenden außerhalb der herkömmlichen Studentenkategorien etwas zugenommen hat, sind die der Hochschulbildung zugrundeliegenden Systeme und Politiken weiterhin überwiegend auf die Bedürfnisse der Schulabgänger ausgerichtet. Für Minderheiten und benachteiligte Gruppen sind nach wie vor soziale Programme erforderlich.

Hochschulbildung und Regionalentwicklung

- 31 Ein wichtiger Bestandteil jeder Strategie der regionalen Entwicklung ist, daß Arbeitskräfte mit entsprechender Berufsausbildung zur Verfügung stehen und mit den neuen und fortgeschrittensten Technologien vertraut sind. Die reformierten Strukturfonds sehen Investitionen in die aus wirtschaftlicher Sicht wichtigen öffentlichen Infrastrukturen vor, darunter insbesondere Berufsbildungszentren, Beratungs- und Förderungsdienste für Unternehmen, die Kosten für Untersuchungen und Sachverständigenberichte in der Agrar- und Ernährungsindustrie sowie in der Fischerei, einsetzbare Programme im Bereich der beruflichen Bildung und spezielle Hilfen für Strukturen und Dienstleistungen, die auf die Anforderungen der KMU zugeschnitten sind, und dies auch in bezug auf Berufsbildung, Technologietransfer und Innovation.
- 32 Die Hochschulbildung und die höhere berufliche Bildung interagieren auf verschiedenen Ebenen mit der regionalen Entwicklung. Schon das Vorhandensein einer Hochschuleinrichtung in einer Region stellt eine Investition dar, in deren Umfeld eine Reihe von Dienstleistungseinrichtungen entstehen werden. Dadurch wird ein Gebiet aufgrund der Verfügbarkeit der für den Erfolg moderner Unternehmen so wichtigen hochqualifizierten Arbeitskräfte zu einem Anziehungspunkt für Investitionen. Eine Hochschuleinrichtung bedeutet ein Reservoir an Wissen, Beratung und Forschung, auf das Industrie und Wirtschaft zurückgreifen können. Das in der Umgebung einer Hochschuleinrichtung entstehende innovative und kreative Klima fördert das Aufkommen von Ideen, die die regionale Entwicklung fördern. Auf sozialer Ebene führt eine Hochschuleinrichtung zur Stabilisierung der Bevölkerung in einem Gebiet; sie kann die für die regionale Entwicklung erforderlichen qualifizierten Arbeitskräfte anziehen und in der Region halten. Anscheinend macht also auch die Überarbeitung der Landwirtschaftspolitik innerhalb der Gemeinschaft besondere Anstrengungen erforderlich, um den Einwohnern ländlicher Gebiete die Möglichkeiten der Hochschulbildung und der höheren beruflichen Bildung näherzubringen.
- 33 Entscheiden sich die Hochschuleinrichtungen für aktive Politiken der Partnerschaft mit der Wirtschaft, so kann dies einen wesentlichen Beitrag zur regionalen Entwicklung leisten. Partnerschaften dieser Art spiegeln sich wider in Praktiken für Studenten, im Personalaustausch, in der Nutzung der Ressourcen, in der Bestimmung und Befriedigung des Weiterbildungsbedarfs sowie in der Bereitstellung von Beratungs- Konsultations- und ähnlichen Diensten. Insbesondere für die KMU, die häufig den Motor der regionalen Entwicklung darstellen, kann im Rahmen dieser Partnerschaften die von diesen Unternehmen für die Bewältigung technologischer Veränderungen benötigte Berufsbildung ermittelt und bereitgestellt werden, was ohne die Partnerschaften nicht geschähe. Die Einbeziehung der Hochschuleinrichtung in die "offene" und Fernausbildung ermöglicht es ihr, flexibler auf den Bedarf der gesamten Region in bezug auf die berufliche Erstausbildung und Weiterbildung zu

reagieren. Aber Partnerschaft bedeutet Interdependenz, wodurch auch die Vertreter der Wirtschaft auf der entsprechenden Ebene in die Angelegenheiten der Hochschuleinrichtungen einbezogen würden, was zu einer Stärkung dieser Interdependenz führen würde. Ein Modell für solche Partnerschaften ist die Ausbildungspartnerschaft Hochschule-Wirtschaft (APHW) im Rahmen des COMETT-Programms; die Aufgabe solcher Partnerschaften könnte ausgedehnt werden, um eine unterstützende Rolle bei der regionalen Entwicklung einzuschließen. Die APHW haben überdies den Vorteil, im Rahmen von Netzen mit Hochschuleinrichtungen und Unternehmen in anderen Mitgliedstaaten zusammenzuarbeiten und dadurch ausgedehnteres Wissen und umfangreichere Erfahrungen in die Lösung der sich auf regionaler Ebene stellenden Probleme einbringen zu können.

- 34 Überdies können die Forschungskapazitäten der Hochschuleinrichtungen auf die Unterstützung der in der betreffenden Region angesiedelten Unternehmen und der regionalen Entwicklung ausgerichtet werden. Viele regionale Unternehmen verfügen weder über die Mittel, selbst Forschung zu betreiben, noch sind sie in Strukturen integriert, über die sie Informationen über die ihre Branche betreffenden Fortschritte der Forschung erhalten. Oft fehlt ihnen die Fähigkeit, diese Fortschritte für konkrete Maßnahmen zur Anwendung neuer Verfahren und Techniken oder zur Produktentwicklung zu nutzen. Hochschuleinrichtungen können diesen Bedarf im Rahmen der ihnen in Bezug auf Information, Vernetzungen und Forschung zur Verfügung stehenden Mittel berücksichtigen, und sie können regionale Unternehmen durch Technologietransfer und durch Forschungsprojekte unterstützen, die auf Rechnung der betreffenden Firmen oder in Zusammenarbeit mit ihnen durchgeführt werden. Diese Forschungskapazitäten können sich auch als unschätzbare Unterstützung der für die regionale Entwicklung zuständigen Agenturen erweisen, indem Gutachten erstellt, regionale Bedürfnisse bestimmt, Inventare regionaler Ressourcen erstellt und Modellpläne für Entwicklung ausgearbeitet und betreut werden. In zahlreichen Regionen, die diese Ideen verwerten, haben Hochschuleinrichtungen Technologie- bzw. Wissenschaftsparks eingerichtet, in denen neue Produkte und Verfahren bis zur Produktionsreife entwickelt werden, in denen neue Ideen erprobt und neue Unternehmen in allen Stadien der Entwicklung unterstützt werden.

Hochschulbildung und Außenbeziehungen

- 35 Es bestehen historische Verbindungen und Beziehungen zwischen Hochschuleinrichtungen in den Mitgliedstaaten und verschiedenen Ländern in der ganzen Welt. Diese Beziehungen haben die Form von Austauschprogrammen für Studenten und Mitglieder des Lehrkörpers und von mit entsprechenden Einrichtungen durchgeführten gemeinsamen Projekten, und sie äußern sich in der Einschreibung von ausländischen Studenten und in der Beteiligung des europäischen Hochschulsektors an der technischen Hilfe für Projekte in zahlreichen Entwicklungsländern. In einer Reihe europäischer Hochschuleinrichtungen bestehen Abteilungen, die eigens Studien über die Sprachen, Kulturen, Volkswirtschaften, politischen Systeme und Entwicklungsbedürfnisse von Drittstaaten betreiben. Diese historisch gewachsenen Beziehungen bilden eine ausgezeichnete Grundlage, auf der die Gemeinschaft bei der Gestaltung ihrer Beziehungen mit den betreffenden Ländern aufbauen kann.
- 36 Bereits heute spielen Bildung und Ausbildung eine zunehmend wichtige Rolle bei den Außenbeziehungen der Europäischen Gemeinschaft; politische Abkommen gehen oft Vereinbarungen in den Bereichen Bildung, Ausbildung und Kultur voraus oder sie sind mit solchen gekoppelt. Zunächst wurde diese Rolle im Zusammenhang mit der Entwicklungshilfe für die AKP-Länder im Rahmen der aufeinanderfolgenden Abkommen von Lomé und in der Entwicklung der Zusammenarbeit mit den arabischen Ländern sowie mit Asien und Lateinamerika gesehen. Das neue Europa, in dem ein stärkerer Zusammenhalt gegeben ist, muß seine Verpflichtungen gegenüber diesen Ländern im Bereich Bildung und Ausbildung aufrechterhalten, verstärken und ausbauen und sich dabei soweit wie möglich auf die historischen Beziehungen von Hochschuleinrichtungen stützen. Bezüglich der Aktivitäten im Bereich Forschung und technologische Entwicklung sind bereits eine Reihe von Vereinbarungen über die wissenschaftliche Zusammenarbeit und die höhere berufliche Bildung zwischen der Gemeinschaft und diesen Ländern unterzeichnet worden.

- 37 Die Stärkung der Rolle von Bildung und Ausbildung in den Außenbeziehungen der Gemeinschaft hat eine Reihe von Gründen:

- * Bildung und Ausbildung tragen mit Hilfe von Austauschaktionen auf Gegenseitigkeit bei Lehrpersonal und Studenten und durch Auslandsstudienprogramme dazu bei, Verständnis und Respekt sowie Wissen über den jeweils anderen zu fördern, worauf sich erfolgreiche politische und kommerzielle Beziehungen gründen lassen.
- * Bildung und Ausbildung stellen ein Instrumentarium für eine umfassende Verbreitung von Wissen über die Europäische Gemeinschaft sowie ihre Institutionen und Politiken bereit und erweisen sich daher als nützlich für die Bestimmung ihrer Position auf der weltpolitischen Szene.
- * Bildung und Ausbildung müssen die Fähigkeiten bereitstellen, die für die wirtschaftliche Entwicklung sowie den politischen und sozialen Fortschritt erforderlich sind.
- * Kein Staat und keine Staatengruppe verfügt über ein Monopol für Ideen und Wissen; das Lernen von anderen Ländern und der Vergleich mit ihnen trägt entscheidend zu der Entwicklung der Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten bei.
- * Die Bildungseinrichtungen der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft wahren das bedeutende und glanzvolle Erbe der europäischen Kultur und Zivilisation; sie können daher zu Instrumenten eines kulturellen Austausches auf weltweiter Ebene werden.

- 38 Daß die Rolle von Bildung und Ausbildung in den Außenbeziehungen der Gemeinschaft aufgewertet wurde, läßt sich daran erkennen, daß eine Vereinbarung mit den EFTA-Staaten über eine Teilnahme am COMETT-Programm abgeschlossen wurde, daß eine entsprechende Erweiterung des ERASMUS-Programms diskutiert wird und daß 1990 eine gemeinsame Erklärung der Gemeinschaft und der USA zur Zusammenarbeit im Bereich der Hochschulbildung abgegeben wurde. Die wirtschaftlichen und politischen Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa waren Anlaß für das TEMPUS-Programm, durch das eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Hochschulbildung mit den entsprechenden Ländern gefördert wird.

- 39 Das Prinzip der Einbeziehung anderer europäischer Länder in Gemeinschaftsprogramme wurde von den Ministern für das Bildungswesen auf ihrer informellen Zusammenkunft in Siena im November 1990 bestätigt. Im Dezember 1990 gab der Europäische Rat von Rom seine Absicht bekannt, der Sowjetunion Hilfe zuteil werden zu lassen; den in diesem Zusammenhang erwähnten Bereichen technischer Hilfe läßt sich entnehmen, daß es dabei auch um Hochschulbildung und höhere berufliche Bildung gehen wird.

Kultur und europäische Integration

- 40 Zwar muß Europa seine Präsenz in der übrigen Welt verstärken und auf der geistigen und institutionellen Ebene in jeder Beziehung für die Entwicklung einer weltumspannenden Perspektive offen sein, es darf jedoch nicht vergessen werden, daß eine stärkere Integration in der Gemeinschaft selbst das vorrangige Ziel bleibt. Die Gemeinschaft verfügt über ein reiches sprachliches und kulturelles Erbe; der Prozeß der Integration muß so angelegt sein, daß dieses Erbe bewahrt wird, da es das Leben aller Bürger Europas bereichern kann. Die Beherrschung anderer europäischer Sprachen in Verbindung mit dem Wissen über andere europäische Kulturen gehört zum Wesen und zum Grundgedanken der Europäischen Union.
- 41 Auf seiner Tagung am 14. und 15. Dezember 1990 in Rom ersuchte der Europäische Rat die Regierungskonferenz, zu beachten, daß generell die Notwendigkeit anerkannt wird, die Befugnisse der Gemeinschaft im Bereich der "Wahrung der Vielfalt des europäischen Erbes und (der) Förderung des kulturellen Austausches und der Bildung" zu erweitern oder neu festzulegen. Auf derselben Ratstagung wurde auch hervorgehoben, "daß die Jugend einen

wichtigen Beitrag zum europäischen Aufbauwerk leisten kann", und es wurde der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß die Gemeinschaft in diesem Bereich auf breiterer Ebene tätig wird.

- 42 In einer Entschließung des Europäischen Parlaments, die sich aus einem Bericht des Ausschusses für Jugend, Kultur, Bildung, Medien und Sport (Herman-Bericht) (6) ergab, wurde mehrere Male auf die Bedeutung einer europäischen Dimension in der Bildung für alle Studenten hingewiesen, und das Parlament wies die zuständigen Behörden "auf ihre Verantwortung (hin), ihre Bürger durch Unterricht und Ausbildung auf die europäische Einigung vorzubereiten."
- 43 Auch wenn die weiteren Auswirkungen dieser Aufforderung des Rates und der Entschließung des Parlaments im Hinblick auf sämtlich Bildungsebenen beurteilt werden müßten, verfügt das Hochschulwesen jedenfalls über das Potential, um eine deutliche Antwort auf diese Anliegen zu geben. Ihre starke Position gründet sich darauf, daß in den Hochschuleinrichtungen eine breite Skala von Studiengängen angeboten wird, daß diese für die Ausbildung in den Berufen des kulturellen Bereichs verantwortlich sind und daß sie in der Forschung impliziert sind, was bedeutet, daß das kulturelle Erbe nicht nur weiter vermittelt, sondern auch weiter entwickelt wird.
- 44 Darüber hinaus setzt sich im Hochschulbereich immer stärker die Überzeugung durch, daß ein angemessenes Gleichgewicht zwischen Allgemeinbildung und Fache Ausbildung gewahrt werden sollte, insbesondere in der ersten Phase des Studiums. Glücklicherweise befinden sich die Aktionen, durch die die Ausbildung von Graduierten im Hinblick auf Mobilität und für eine erfolgreiche Tätigkeit im europäischen Binnenmarkt unterstützt werden soll und die zu dem Prozeß der Kulturvermittlung und der Entwicklung einer europäischen Identität beitragen sollen, in Übereinstimmung mit dieser Überzeugung. Besondere Bedeutung kommt im Hochschulbereich dem Alter und der Erfahrung der Studenten zu, durch die deren Fähigkeit gesteuert wird, Aufgeschlossenheit für einen großangelegten politischen Plan zu zeigen.
- 45 Die Hochschuleinrichtungen werden bei der Heranbildung der zukünftigen Bürger Europas durch das breite Spektrum von Partnerschaften innerhalb der Gemeinschaft unterstützt, die sie entweder auf eigene Initiative oder durch die Teilnahme an Gemeinschaftsprogrammen wie ERASMUS, COMETT, LINGUA und dem Rahmenprogramm für Forschung und Entwicklung geschaffen haben. Auch das Europäische Hochschulinstitut Florenz und das Jean-Monnet-Projekt leisten äußerst wertvolle Beiträge zu dieser Arbeit.

Hochschulbildung als Herausforderung

- 46 Aus sämtlichen vorangehenden Erwägungen geht hervor, daß die Gemeinschaft mehr Aufmerksamkeit darauf verwenden muß, in Europa hervorragende Ergebnisse bei der Entwicklung von Humanressourcen zu erreichen, insbesondere in den Bereichen der Hochschulbildung und der höheren beruflichen Bildung. Die entsprechenden Bemühungen sollten auf folgende Ziele ausgerichtet sein:
- die erweiterten Anforderungen an Wissensstand und Fähigkeiten, die erforderlich sind, um die wirtschaftlichen Vorteile des Binnenmarkts in vollem Umfang zu nutzen, müssen erfüllt werden;
 - Europas Stellung in der Weltwirtschaft ist durch die Anwendung wissenschaftlicher und technischer Neuerungen in Handel und Industrie zu verstärken;
 - die besondere demographische Situation der Gemeinschaft und ihr Einfluß auf die Arbeitsmarktentwicklung in den nächsten zwei Jahrzehnten müssen berücksichtigt werden;

(6) Entschließung mit Begründung zur europäischen Dimension im Hochschulwesen, insbesondere zur Mobilität von Studenten und Lehram (ABl. C 48 vom 25.2.91).

- es ist ein wichtiger Beitrag zur Durchführung der Politiken der Gemeinschaft im Hinblick auf den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt zu leisten;
- es soll das Ausmaß erkannt werden, in dem die Zusammenarbeit im Bereich der Hochschulbildung und der höheren beruflichen Bildung mehr und mehr zu einem Bestandteil der Beziehungen der Gemeinschaft mit Drittländern wird;
- es soll bestätigt werden, welche Bedeutung der Wahrung und Stärkung des europäischen kulturellen Erbes in all seiner Vielfalt zukommt;
- es soll gegenseitiges Verständnis über Staatsgrenzen hinweg gefördert werden, damit der Gedanke einer Europäischen Staatsbürgerschaft stärker Fuß faßt und damit, insbesondere unter jungen Leuten, die Grundlage für eine weitere politische Entwicklung und für die Politische Union verstärkt werden kann.

HOCHSCHULBILDUNG UND HÖHERE BERUFLICHE BILDUNG: NEUE ERFORDERNISSE UND POLITIKEN IM BILDUNGSBEREICH

Einleitung

- 47 Bei der Zusammenarbeit im Bereich der Hochschulbildung und der höheren beruflichen Bildung hat man seit der Einführung des ersten Aktionsprogramms im Jahre 1976 viel erreicht. Die zunehmende Integration der Gemeinschaft und die Erkenntnis, daß die Entwicklung menschlicher Ressourcen ein für ihren künftigen wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Werdegang entscheidender Faktor ist, erfordern auf der Grundlage der bereits erzielten Fortschritte eine eingehendere Untersuchung des Umfangs und des Grads der Zusammenarbeit.
- 48 Die Hochschulbildung und die höhere berufliche Bildung sind ein großer und komplexer Bereich. Im "Europa der Zwölf" gibt es über 3 500 Hochschuleinrichtungen mit etwa 8,75 Millionen Studenten. Die Hochschulsysteme erfordern umfangreiche Investitionen und Ausgaben von seiten der Mitgliedstaaten, der Regionen, einzelner Personen und letztlich von seiten der Gemeinschaft selbst. Die Systeme zeichnen sich durch große Vielfalt aus; sie unterscheiden sich hinsichtlich der gesprochenen Sprachen und hinsichtlich des kulturellen Hintergrunds der Teilnehmer; sie unterscheiden sich hinsichtlich der Strukturen, in die sie eingebettet sind, hinsichtlich des Grades ihrer Diversifizierung und der Autonomie, die sie genießen; sie unterscheiden sich in Dauer, Niveau, Inhalten und wissenschaftlichem Aufbau der angebotenen Studiengänge; sie unterscheiden sich nach Art und Umfang ihres Forschungsauftrags; und sie unterscheiden sich schließlich nach den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln, die wiederum die soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Regionen der Gemeinschaft widerspiegeln. Bei der Konzeption praktisch all dieser Systeme hatte man regionale oder nationale Belange im Auge; sie sollten den Anforderungen der regionalen und nationalen Arbeitsmärkte entsprechen und die kulturellen Werte des Landes wahren und übermitteln. Die Absolventen wurden darauf vorbereitet, die Erwartungen regionaler und nationaler Arbeitgeber zu erfüllen, und sie erhielten das nötige Rüstzeug, um in ihren Gemeinschaften ein aktives Leben als Staatsbürger führen und am Gesellschaftsleben teilnehmen können.
- 49 Kann man in Verbindung mit der gegenseitigen Anerkennung beruflicher Qualifikationen, der Mobilität der Arbeitskräfte und der Entwicklung eines europäischen Arbeitsmarkts erstmals das Aufkommen "europäischer" Erwartungen der Arbeitgeber gegenüber künftigen Arbeitnehmern beobachten? Da sich auf europäischer Ebene berufliche Möglichkeiten bieten werden, wird höchstwahrscheinlich auch eine "europäische" Ausbildung oder zumindest eine Ausbildung mit wesentlichem "europäischem" Anteil verlangt werden. Den Bedürfnissen von Studenten werden künftig womöglich Teilstudiengänge an Hochschulen in verschiedenen Mitgliedstaaten besser gerecht als das Absolvieren des gesamten Studiums im Heimatstaat. Sie werden in zunehmendem Maße die ihnen durch den Vertrag zuerkannte Freiheit nutzen und ihre

Möglichkeiten durch Studienziten in anderen Mitgliedsländern verbessern können. Die wesentliche Frage lautet, ob dieses immense und vielfältig orientierte System einen europäischen Mittelpunkt erhalten kann, so daß sich gemeinschaftliche Ziele verwirklichen lassen - wie z. B. die europäischen Bürger am kulturellen Reichtum Europas teilhaben zu lassen und eine europäische Identität und ein entsprechendes Engagement zu fördern, das neben regionaler und nationaler Verbundenheit bestehen kann. Wird es diesen Systemen gemeinsam gelingen, eine Spitzenposition in der Forschung zu erringen und zu halten, Akademiker hervorzubringen, die den Anforderungen der technologischen Neuerungen gerecht werden, Menschen auszubilden, die bei ihren Tätigkeiten die Freizügigkeit innerhalb Europas nutzen können, Gelehrte und Philosophen sowie Politik- und Sozialwissenschaftler zu inspirieren, denen bei der politischen und kulturellen Entwicklung Europas im 21. Jahrhundert Führungsaufgaben zukommen können und die die Interessen Europas weltweit vertreten können? Diese Perspektive ist ehrgeizig, aber notwendig.

- 50 Um eine solche Perspektive genauer betrachten zu können, werden mehrere ausgewählte Bereiche in diesem Memorandum erörtert, in denen neue Initiativen von Seiten der Hochschulen, der Mitgliedstaaten und der Kommission verlangt werden könnten. Während all diese Bereiche von der Gemeinschaftsdimension geprägt sind, handelt es sich bei den ersten vier Bereichen, nämlich bei

- * der Teilnahme an und dem Zugang zu der Hochschulbildung,
- * der Partnerschaft mit der Wirtschaft,
- * der Weiterbildung und
- * dem "Offenen Lernen" und dem Fernunterricht,

um Bereiche, in denen die Hochschulsysteme auch im nationalen Kontext mit Veränderungen konfrontiert würden, auch wenn das ihnen zugrundeliegende Konzept durch die Auswirkungen der EG-Mitgliedschaft und durch die auf Gemeinschaftsebene für eine Zusammenarbeit und ein gemeinsames Vorgehen bestehenden Möglichkeiten deutlich verändert wurde.

- 51 Die Bereitschaft, bei der Suche nach Antworten auf die Herausforderungen der 90er und der darauf folgenden Jahre zusammenzuarbeiten, Erfahrungen auszutauschen und gemeinschaftsspezifische Überlegungen zu berücksichtigen, wird jedoch nur dann voll zur Wirkung kommen, wenn sie von einer entschlossenen Aussage in bezug auf eine Gemeinschaftsdimension in der Hochschulbildung begleitet wird. Die Umrisse einer solchen Aussage werden unter den folgenden Schlagworten erläutert:

- * Mobilität der Studenten innerhalb der Gemeinschaft
- * Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen auf europäischer Ebene
- * Europa in den Curricula
- * Die zentrale Bedeutung der Sprache
- * Die Lehrerbildung
- * Anerkennung von Qualifikationen und Studienziten
- * Die internationale Rolle der Hochschulen
- * Informations- und Vorgehensanalyse
- * Dialog mit dem Hochschulektor

- 52 Während die Kommission die Notwendigkeit einer Wechselwirkung zwischen Hochschulbildung und höherer beruflicher Bildung einerseits und dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich andererseits voll und ganz anerkennt, ist sie sich auch der tragenden kulturellen Rolle der Hochschulbildung bewußt. Der zugunsten einer verstärkten Berufsausbildung ausgeübte Druck führte zu einem größeren Angebot an postsekundären Einrichtungen, so daß ein Gleichgewicht zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung zum Teil dadurch erreicht werden kann, daß Bildungseinrichtungen mit unterschiedlichem Aufgabenbereich zur Verfügung stehen. Es stellt sich jedoch insbesondere in bezug auf die

Universitäten nach wie vor die Frage, ob die Kluft zwischen den beruflichen/technischen und den akademischen/wissenschaftlichen Strömungen zunehmen wird. Eine solche Entwicklung wäre gefährlich, weil die moderne Wirtschaft und die moderne Gesellschaft sowohl Generalisten als auch Spezialisten brauchen; sie benötigen auch Akademiker, die in der Lage sind, komplexe Sachverhalte zu erfassen und für eine effektive Kommunikation zu sorgen. Ein weiterer Aspekt dieses Gleichgewichts ist das Ausmaß, in dem die Allgemeinbildung als Teil einer Berufsausbildung beizubehalten wäre und die Frage, inwieweit das Studium der Geisteswissenschaften durch eine Kombination mit technischen und berufsorientierten Ausbildungsprogrammen verstärkt werden könnte, um eine Beschäftigung der Absolventen geisteswissenschaftlicher Studiengänge im sich ausweitenden Dienstleistungsbereich zu erleichtern. All diese Faktoren deuten darauf hin, daß sich die Grenzen zwischen allgemeiner und beruflicher Ausbildung verwischen und daß ein neuer Konsens bei der Frage nach einem ausgewogenen Lehrplan erforderlich ist.

- 53 Ein anderes übergreifendes Thema von grundlegender Bedeutung ist die Erhaltung und Verbesserung der Qualität der Hochschulbildung. Durch den außerordentlich wettbewerbsorientierten Charakter der modernen Gesellschaft und durch deren Abhängigkeit von menschlichem Wissen und Fähigkeiten wird der Frage nach Qualität immer größeres Gewicht eingeräumt. Verstärkt wird dies durch hohe Investitionen seitens der öffentlichen Hand in die Hochschulbildung; dies wiederum läßt das Erreichen von Qualität zu einem notwendigen Bestandteil der politischen Verantwortlichkeit und - in einigen Fällen - zur Grundlage für die Vergabe öffentlicher Mittel werden. Man hält Informationen, die stichhaltige Beurteilungen in bezug auf die Qualität erlauben, für erforderlich, damit potentielle Hochschuleabsolventen verantwortungsbewußte Entscheidungen fällen können. Die Qualität gilt darüber hinaus als ein Faktor, der bei der Entscheidung über vertragliche Vereinbarungen zwischen Hochschulen und anderen Partnern eine Rolle spielt. Dieses zunehmende Interesse an Qualität spiegelt sich im Wunsch der Mitgliedstaaten nach Strukturen wider, die es den Hochschulen selbst ermöglichen, die Qualität der Forschung und Lehre in ihren Einrichtungen zu überwachen; dadurch würde das Bewußtsein für Qualität in allen von ihnen abgedeckten Bereichen geschärft und das damit verbundene Gewicht vergrößert. Das umfangreichere Gebiet vergleichender Qualität, ihre Beurteilung, ihre Rolle als Grundlage für Entscheidungen und die Frage des öffentlichen Zugangs zu Informationen aus diesem Bereich wird ebenfalls in der Öffentlichkeit erörtert.
- 54 Die sich erweiternden Perspektiven für die Hochschulen in Europa würden der gesamten Thematik der Qualität eine europäische Dimension verleihen. Qualitätsurteile könnten beim Aufbau von Partnerschaften und Beteiligungen an Netzen innerhalb der europäischen Strukturen die Entscheidung für bestimmte Hochschulen beeinflussen; sie würden überdies einen Faktor darstellen, der bei der akademischen Anerkennung und somit bei der Erleichterung der Mobilität ins Spiel käme. Diese Beurteilungen werden überdies Studenten bei ihrer Entscheidung für eine Hochschule und einen Studiengang auf einem offeneren und besser zugänglichen europäischen Hochschulmarkt beeinflussen. Auch Arbeitgeber werden Qualitätsurteile auf einem großen Arbeitsmarkt abgeben müssen, auf dem die Mobilität durch die gegenseitige berufliche Anerkennung der Qualifikationen untermauert wird. In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage, ob die Arbeitgeber stärker beteiligt werden sollten an der Festlegung der Voraussetzungen, unter denen diese gegenseitige Anerkennung gewährt wird. Aus dieser erweiterten Sicht muß die Qualität unbedingt als ein Thema verstanden werden, das über einen Vergleich innerhalb oder zwischen Mitgliedstaaten hinausgeht; bei der Bestimmung und Bewertung der Qualitätskriterien muß überdies das Potential für einen Erfahrungsaustausch und für eine Zusammenarbeit auf Gemeinschaftsebene möglichst weitgehend genutzt werden.
- 55 Die Qualität von qualifizierten Arbeitskräften setzt auch die Fähigkeit voraus, den Zugang zu und den Umgang mit Informationen zu beherrschen, die erforderlich sind, um dem technologischen Wandel begegnen zu können. Die Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT) dringen immer mehr in alle Bereiche ein. Sie sorgen nicht nur dafür, daß ihre Errungenschaften sehr schnell veralten, sondern sie beeinflussen auch alle anderen wissenschaftlichen und technologischen Disziplinen, die mit den veralteten Fassungen

arbeiteten. Als fortschrittlichste Mittel für einen besseren Zugang zu Wissen verleihen sie allen Aspekten des wirtschaftlichen und sozialen Lebens eine zusätzliche Dimension. Das Vordringen von ICT verändert allmählich und tiefgreifend die Zugangsformen zur Ausbildung in allen Bereichen, genau wie es durch die Einführung des Buchdrucks nach Gutenberg geschah. Unter diesen Umständen gilt das allgemeine Beherrschen der Informations- und Kommunikationstechnologien als eine für die Zukunft relevante Anforderung. Computer- und Kommunikationsnetze stellen überdies die nötige Infrastruktur für die mehrere Ausbildungsorte übergreifende Koordinierung der interdisziplinären Ausbildung. Die Verbreitung von Fertigkeiten in Zusammenhang mit Informations- und Kommunikationstechnologien unter der gesamten Bevölkerung ist nur über massive berufliche Ausbildungsanstrengungen, insbesondere im Bereich der Hochschulbildung, zu erreichen. Bei der Initiierung neuer Aktionen in diesem Bereich könnten den im Rahmen bestehender Ausbildungsaktivitäten im Zusammenhang mit Forschungs- und Entwicklungsprogrammen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien - wie z. B. DELTA einerseits und der VLSI-Aktion und den Hochleistungsnetzen andererseits gewonnenen Erfahrungen Rechnung getragen werden. Die VLSI-Aktion und die Hochleistungsnetze haben einen großen Entwicklungsbeitrag zu einer besseren Integration zwischen der Wirtschaft, der Forschung und Entwicklung und der Hochschulbildung geleistet und sich als positiver Anreiz für KMU erwiesen.

- 56 Umfassende Veränderungen der geplanten Art haben unweigerlich Auswirkungen im finanziellen Bereich, und sie werfen Fragen über Art und Umfang der Finanzierung der Hochschulbildung und der höheren beruflichen Bildung auf. Aus einer kürzlich für die Kommission durchgeführten Untersuchung über die öffentlichen Ausgaben für den Bereich der Hochschulbildung, einer vergleichenden Untersuchung in den Mitgliedstaaten der EG ("Public Expenditure on Higher Education: a comparative study in the EC Member States"), geht hervor, daß die öffentlichen Ausgaben im Verhältnis zum Bruttoeozialprodukt und zum Gesamthaushalt in der gesamten Gemeinschaft während des Zeitraums von 1980-1987 zurückgegangen sind. Dieser Zeitraum zeichnete sich auch durch eine größere Konvergenz dieser Indikatoren in allen Mitgliedstaaten aus. Der Anteil der Hochschulbildung an den insgesamt für den Bildungsbereich zur Verfügung stehenden Mitteln blieb für die Gemeinschaft als Ganzes relativ konstant und wies Zunahmen in den meisten Randmitgliedstaaten auf. Vor diesem Hintergrund sind die künftigen Herausforderungen zu betrachten, der sich die Hochschulbildung und die höhere berufliche Bildung stellen müssen.
- 57 Beim Wettbewerb um die knappen öffentlichen Mittel gerieten die Hochschuleinrichtungen unter erheblichen Druck, ihre Finanzquellen diversifizieren und Unterstützung von anderer Seite, sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor, suchen zu müssen. Dies galt insbesondere für die Forschung; in diesem Bereich sind Verträge mit öffentlichen Stellen (einschließlich der EG) und mit Unternehmen des privaten Sektors abgeschlossen wurden. Größeres Gewicht wurde auch auf das Angebot von Dienstleistungen gegen Bezahlung gelegt; dabei ging es insbesondere um Ausbildungs- und Beratungsdienste für die Wirtschaft. Mit diesen Bestrebungen wird die finanzielle Situation der Bildungsinstitutionen zwar verbessert, sie bringen aber keine Lösung für das grundlegende Problem der Finanzierung der Hochschulbildung und der höheren beruflichen Bildung. Ein immer umfangreicher werdender Dienstleistungsbereich läßt sich bei rückläufigen Ausgaben nicht aufrechterhalten. Obwohl eine Zeitlang Gewinne durch Maßnahmen zur Steigerung der Effektivität erzielt werden können, sind dem Umfang und der Qualität der unter diesen Umständen weiterhin erbrachten Dienstleistungen jedoch Grenzen gesetzt.
- 58 Bei rückläufigen Gesamt-Schülerzahlen im Primar- und Sekundarschulbereich können Argumente für die Umverteilung eines größeren Anteils des Gesamtbildungsbudgets zugunsten der Hochschulbildung und der höheren beruflichen Bildung vorgebracht werden. Darüber hinausgehende zusätzliche Mittel müssen jedoch entweder aus öffentlichen oder aus privaten Quellen kommen, und Fragen in bezug auf Studiengebühren, Studienbeihilfen und -darlehen werden nicht nur im Bereich der Vollzeit-Hochschulbildung, sondern auch in den sich entwickelnden Bereichen der Weiterbildung sowie des "offenen" und Fernunterrichts erörtert. Die Diskussion über die effizienteste Form der Finanzierung durch öffentliche Mittel wird sich fortsetzen und intensivieren. Die Finanzierung der europäischen Dimension in der

Hochschulbildung und in der höheren beruflichen Bildung wird auch die Gemeinschaft betroffen; dasselbe gilt für die wesentliche Rolle der Hochschulbildung und der höheren beruflichen Bildung bei der Verwirklichung der Strukturpolitiken. Die Mobilität hochqualifizierten Personals, das erhebliche Investitionen von seiten der Mitgliedstaaten darstellt, kann eindeutig weitere Probleme in bezug auf den Transfer von Ressourcen innerhalb der Gemeinschaft aufwerfen.

- 59 Die in diesem Memorandum dargelegten Themen werden als Herausforderungen an die derzeitige Struktur und das derzeitige Management der Hochschulen in der ganzen Gemeinschaft betrachtet und als Bereiche, die eines dynamischen und kontinuierlichen Veränderungsprozesses bedürfen, wenn den Anforderungen der kommenden zwei Jahrzehnte an die Hochschulbildung entsprochen werden soll. Selbst bei unterstützenden Politiken auf der Ebene der Gemeinschaft und der Mitgliedstaaten sind die Veränderungen dergestalt, daß sie wesentlicher Antworten aus den Hochschulen selbst sowie der Einführung hochschulinterner Strategien bedürfen, die diese Veränderungen bewirken können. Sie sind äußerst weitreichend und stellen Herausforderungen an das Hochschulpersonal aller Disziplinen und aller Tätigkeitsbereiche. Mehrere aufeinanderfolgende Themen beziehen sich auf die Aufnahme einer größeren und vielfältigeren Studentenschaft, auf einen weiteren und auf Wechselwirkungen ausgerichteten Rahmen für die Erstellung von Lehrplänen, auf einen neuen Aufbau der Studiengänge und neue Beurteilungsverfahren, auf eine Veränderung der Unterrichtsmethoden und -vermittlung, auf funktionierende Partnerschaften - sowohl in bezug auf die Lehre als auch in bezug auf die Forschung - mit anderen Bildungseinrichtungen und mit der Wirtschaft sowie darauf, eine europäische Gesinnung für alle Bereiche des Hochschullebens entstehen zu lassen. Diese Veränderungen haben erhebliche Auswirkungen auf die auf menschliche Ressourcen bezogenen Politiken innerhalb der Hochschulen. Neben dem Ruf nach massiven Maßnahmen zur Förderung des Personals beinhalten sie neue Vertragsformen, neue Verbindungen und in vielen Fällen modifizierte Konzepte für die Einstellung und den akademischen Werdegang; all dies verdeutlicht den Bedarf nach angemessenem Beratungsverfahren. Veränderungen dieser Art durchzuführen erfordert die Unterstützung einer engagierten und weitsichtigen Hochschulverwaltung, die im Bereich des strategischen Management freie Entscheidungen treffen und flexibel auf neue Bedingungen und Verhältnisse reagieren kann. Die beste Unterstützung für ein solches Konzept könnte in größeren Befugnissen auf der Ebene der Bildungseinrichtungen bestehen, die eine größeren Zuständigkeitsbereich innerhalb eines zuvor festgesetzten politischen Rahmens hätten. Insbesondere im Bereich des strategischen Managements läßt sich viel erreichen, wenn man die Erfahrungen auf europäischer Ebene teilen kann.

Teilnahme an und Zugang zu der Hochschulbildung

- 60 Die zur Zeit für eine zunehmende Teilnahme an der Hochschulbildung sprechenden Argumente lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:
- die in der Technologie erzielten Fortschritte und deren Anwendung in der Wirtschaft haben zur Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit wesentlich höhere Anforderungen in bezug auf Wissen und Fähigkeiten an die europäische Arbeiterschaft nach sich gezogen;
 - die Schaffung der Europäischen Gemeinschaften mit ihrer großen sprachlichen und kulturellen Vielfalt erzeugt einen Bedarf für Hochschulabschlüsse, die es den Menschen ermöglichen, die Vorteile des Binnenmarkts zu nutzen und ihrer Verantwortung als Staatsbürger innerhalb eines größeren Europa gerecht zu werden;
 - sich verändernde soziale und kulturelle Werte sowie generationsspezifische Auswirkungen einer verstärkten Teilnahme an der Hochschulbildung in früheren Jahren führen zu größerer Nachfrage nach einer solchen Ausbildung;
 - strukturpolitische Maßnahmen sind hinsichtlich ihrer Durchführung in großem Maße auf eine hochqualifizierte Arbeitnehmererschaft angewiesen;

- eine stärkere Teilnahme ist eine notwendige Konsequenz aus der Verwirklichung des erklärten Ziels, "Chancengleichheit in bezug auf den Zugang zu allen Ausbildungsformen zu erreichen";

- der wirtschaftliche, soziale und kulturelle Fortschritt innerhalb einer immer enger zusammenwachsenden Europäischen Gemeinschaft ist so gesatzt, daß er den Ausbildungsstand ihrer Bevölkerung wesentlich verbessern kann.

61 Die Kommission ist von diesen Argumenten überzeugt. Ihre Übernahme durch die Mitgliedstaaten würde nicht nur bedeuten, daß der natürlichen Nachfragesteigerung Rechnung getragen würde, sondern daß diese Nachfrage überdies weiter angeregt und gefördert würde. Klare Maßnahmen müßten ergriffen werden, um den Zugang und die Teilnahme weniger stark vertretener Gruppen an der Hochschulbildung sowie eine Ausweitung und Aufwertung der Weiterbildung zu fördern. Natürlich ist es die Angelegenheit jedes einzelnen Mitgliedstaats, seine eigenen Ziele in bezug auf eine Ausweitung sowohl im allgemeinen quantitativen Sinne als auch in bezug auf bestimmte Bildungsgänge und Disziplinen festzusetzen. Nachzudenken wäre über die Festlegung gemeinsamer Ziele in bezug auf die innerhalb eines bestimmten Zeitraums zu erreichende Teilnahme; die Gemeinschaft würde die Regionen bei der Verwirklichung dieser Ziele unterstützen. Die europäische Dimension, einschließlich der Mobilität von Studenten und qualifizierten Akademikern sollte bei der expansionsorientierten Planung berücksichtigt werden; überdies scheinen Zusammenarbeit und Informationsaustausch auf Gemeinschaftsebene wesentliche Bestandteile einer erweiterten Planungsperspektive zu sein.

62 Auch die Art und Weise, auf die die verstärkte Teilnahme erreicht wird, ist Angelegenheit der einzelnen Mitgliedstaaten und ihrer Hochschulverwaltungen, da es zwischen den einzelnen Staaten große Unterschiede in bezug auf die Teilnahme an der Hochschulbildung, den Übergang zwischen Hochschulen und Sekundarschulen, den Hochschulzugang sowie in bezug auf den Aufbau der Hochschulbildung selbst gibt. Die wichtigsten Elemente einer entsprechenden Politik sähen jedoch folgendermaßen aus:

- Maßnahmen im Sekundarschulbereich, über die Zahl der qualifizierten Schulabgänger erhöht und die Nachfrage so beeinflußt wird, daß ein spürbarer Bedarf für höhere berufliche Qualifikation entsteht. Bestandteil solcher Maßnahmen wären beispielsweise Investitionen, eine Umorganisation, neue Lehrpläne, intensivere Anleitung und Beratung und spezielle Anreize für Kinder aus den weniger stark vertretenen Gruppen, den Sekundarschulabschluß zu erwerben;

- Maßnahmen in bezug auf den Zugang zur Hochschulbildung, die im allgemeinen auf eine Vereinfachung des Zugangsverfahrens ausgerichtet sind und breitere Bevölkerungsschichten ansprechen. Sie können in einer Erleichterung und Flexibilisierung der Zugangsbedingungen zur Hochschulbildung bestehen, in der Anerkennung der an Sekundarschulen oder während der Berufsausbildung erworbenen Qualifikationen, in der Ermöglichung eines speziellen "Zugangs" oder in der Organisation von Vorbereitungskursen sowie in der Berücksichtigung von "Reife", Berufserfahrung und der am Arbeitsplatz erworbenen Berufsausbildung;

- eine Änderung des Aufbaus der Studiengänge, die auch die Einführung von Studiengängen mit nur einem Fach, von Teilzeitstudiengängen, Modulen, Kurzzeitstudiengängen die Entwicklung von Fähigkeiten bei den Studenten, ihr Studium selbst oder in Gruppen zu organisieren, und generell ein breiter gefächertes System für eine vielseitigere Studentenschaft beinhalten kann;

- eine Überprüfung der Kosten der Hochschulbildung für den einzelnen. Dies umfaßt die Einführung oder Änderung von Förderungsmaßnahmen in Form von Zuschüssen, Darlehen, Steuervergünstigungen, Ratenzahlungen und indirekten Beihilfen sowie deren Anwendungsbereich und -bedingungen. Hierzu gehören auch Finanzierungspraktiken in bezug auf die Abhängigkeit der Hochschulen von Studiengebühren und die Frage, in welcher Höhe diese Gebühren für die verschiedenen Arten von Studierenden für verschiedene Studiengänge und verschiedene Studienmodalitäten erhoben werden;

- die Bereitstellung einer größeren Anzahl von Studienplätzen und deren bessere Verteilung durch ein größeres Angebot sowie durch Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz und der Produktivität. Dies würde u.a. beinhalten, daß die Effizienz des Unterrichts stärkeres Gewicht erhalte.

- 63 Dem Erfahrungsaustausch und der ausführlichen Erörterung der Frage, welche Zielsetzungen zum Erreichen einer verstärkten Teilnahme vorzusehen sind, würde eine beachtliche Bedeutung zukommen; den Mitgliedstaaten sollte die Durchführung eines solchen Austausches erleichtert werden. Veränderungen können auch Möglichkeiten bieten, Politiken auf spezielle Gebiete auszurichten. Die Kommission setzt sich dafür ein, daß politische Veränderungen zugunsten einer stärkeren Teilnahme an der Hochschulbildung gleiche Chancen für die weniger stark vertretenen Gruppen und für die Mitgliedstaaten untereinander mit sich bringen sollten.
- 64 Die Frage, wie einer wesentlich größeren und völlig anderen Studentenschaft gerecht zu werden ist, beinhaltet viele verschiedene Aspekte. Einige Mitgliedstaaten haben ihr Angebot bereits diversifiziert und kürzere, stärker berufsorientierte Studiengänge eingeführt, die von speziellen Bildungseinrichtungen oder im Rahmen der Aktivitäten bereits vorhandener Einrichtungen angeboten werden. In anderen Ländern liegen entsprechende Pläne vor. Eine neue Studentenschaft mit einem größeren Anteil von Schulabgängern und reiferen Studenten im Rahmen der Weiterbildung erfordert offensichtlich ein vielfältiges Angebot in bezug auf Voll- und Teilzeitstudiengänge, Lang- und Kurzstudiengänge, Studiengänge mit nur einem Fach und gegliederte Studiengänge, Auffrischungs- und Aufstiegsfortbildungskurse sowie Kurse zur Erweiterung des Kenntnisse. Aufgabe der Hochschulbildung wird es sein, dies alles in einer postsekundären Struktur zu integrieren, die den neuen Bedürfnissen am besten gerecht wird. Wichtig wäre, daß die Bestandteile einer derartigen Struktur, ihre Aufgaben und ihr Auftrag wie auch die Verbindungen untereinander politisch klar definiert sind. Ungeachtet der Art der Struktur ist es äußerst wichtig, daß diese Studierenden, die willens und begabt sind, nicht daran hindert, ihr Studium mit dem höchstmöglichen Abschluß zu absolvieren.
- 65 Eine größere Teilnahme an der Hochschulbildung erfordert offensichtlich einen entsprechenden finanziellen Einsatz, so daß Studienplätze für eine erweiterte Studentenschaft bereitgestellt und unterhalten werden können. Ein solcher finanzieller Einsatz würde eine Überprüfung der Systeme in bezug auf Kosten, Qualität und Ertrag implizieren. Überdies wäre es in den meisten Mitgliedstaaten erforderlich, die Finanzierungsstruktur so zu überarbeiten, daß sie den neuen Prioritäten besser gerecht wird. Für die Frage, wer die Kosten der Hochschulbildung in welcher Höhe zu tragen hat und in welcher Weise Zuschüsse für das öffentliche Bildungswesen Anwendung finden, könnte eine Diskussion auf Gemeinschaftsebene nützlich sein. Leistungsorientierte Maßnahmen könnten einen Beitrag zur Finanzierung einer verstärkten Teilnahme leisten.
- 66 Überdies besteht für die Hochschulen die Herausforderung, ein vielfältiges Lehr- und Studienangebot bereit zu stellen, das der neuen und heterogeneren Studentenschaft gerecht wird. Bei der Entwicklung der für eine flexible Durchführung von Studiengängen erforderlichen pädagogischen und grundlegenden Ressourcen handelt es sich um Bereiche, in denen ganz eindeutig die Möglichkeit zu Zusammenarbeit und gemeinsamem Vorgehen besteht. Verschiedene Hochschulen mit unterschiedlich aufgebauten Studiengängen könnten durch entsprechende Übergangsmöglichkeiten ("passerelles") bzw. Einheiten/anrechenbare Studienleistungen miteinander verbunden werden; an diesem System wird sowohl in den Mitgliedstaaten als auch auf Gemeinschaftsebene bereits gearbeitet. Die Ausweitung und Übernahme solcher Systeme ist von der Bereitschaft der Hochschulen abhängig. Partnerschaften sowohl innerhalb der Mitgliedstaaten als auch über deren Grenzen hinweg einzugehen. Dies führt nicht nur zu durchlässigeren Strukturen, sondern auch zu einer Vereinfachung der Weiterbildung und es ermöglicht neue Kombinationen von Studium und Berufstätigkeit. Durch derartige Systeme könnte auch die Zahl der Studenten effektiv verringert werden, die ihr Studium ohne eine Qualifikation abbrechen.

- 67 Während die Frage des Zugangs zu den Hochschulen im Kontext einer größeren und vielfältigeren Studentenschaft und verschiedener Möglichkeiten, Studiengänge zu absolvieren, eine neue Bedeutung erlangt, werden sich die mit dem Zugang verbundenen Probleme nicht von selbst lösen. Es wird auch weiterhin, und dies solange wie Studenten keinen Studienplatz in dem Fach oder an der Hochschule ihrer Wahl erhalten, einen Restbedarf geben, dem offensichtlich nicht entsprochen werden kann. Der neue Kontext sollte jedoch zu einer Entschärfung der Probleme beitragen, indem der in bezug auf die Hochschulbildung getroffenen Entscheidung der Charakter eines "ein für allemal" festgelegten Weges genommen wird. Ein Überdenken des Hochschulzugangs und der Frage, wie sich Regelungen seiner bei der Regelung und Verteilung der Studienmöglichkeiten bedienen, scheint es in diesem neuen Kontext erforderlich zu sein und könnte sinnvollerweise gemeinsam durchgeführt werden, ohne daß eine Partei dadurch an eine einzige Lösung gebunden wäre. Ein solches Überdenken würde sich auch aus dem wachsenden Wunsch der Behörden rechtfertigen, eine Übereinstimmung zwischen dem Bedarf auf dem Arbeitsmarkt und der Zahl der Hochschulabsolventen zu erreichen und sicherzustellen, daß die Studenten gerecht und sinnvoll in Übereinstimmung mit den vorhandenen Einrichtungen verteilt werden. Auch Numerus-clausus-Regelungen werden in einem europäischen Kontext unter dem Gesichtspunkt der Mobilität der Studenten und Akademiker betrachtet werden müssen.

Partnerschaft mit der Wirtschaft

- 68 Die heutzutage gestiegenen sozialen und wirtschaftlichen Erwartungen gegenüber der Hochschulbildung bewirken zusammen mit dem sie umgebenden, sich verändernden und wettbewerbsorientierten Klima, daß sie in großem Maße als Teil der wirtschaftlichen Strukturen betrachtet wird. Gleichzeitig übernehmen Unternehmen, die strukturierte Ausbildungsprogramme für ihre Beschäftigten und für die Verwender ihrer Erzeugnisse entwickeln müssen, und die in zunehmendem Maße auf einem der Hochschulbildung entsprechenden Niveau oder sogar auf noch höherem Niveau in der Forschung und Entwicklung tätig sind, viele der charakteristischen Eigenschaften der Hochschulen. Dies spiegelt sich auch in veränderten Managementformen wider, die Teamarbeit, Kreativität und unternehmerische Gesinnung auf allen Ebenen fördern. Entsprechend übereinstimmende Interessen können zur Schaffung eines neuen partnerschaftlichen Klimas zwischen den Hochschulen, der Wirtschaft und den Berufen beitragen, in dem alle Seiten aktiv nach Zusammenarbeit streben und das durch eine dauerhafte und organisierte Grundlage größere Beständigkeit erhält. Diese Partnerschaft wird das Entstehen einer lernenden Gesellschaft fördern, in der die täglichen Aktivitäten des einzelnen am Arbeitsplatz und außerhalb des Arbeitsplatzes Teil eines Lernprozesses darstellen.
- 69 Partnerschaft bedeutet eine gleichberechtigte und offene Beziehung, in der die von beiden Seiten erbrachten Dienstleistungen anerkannt werden. Dabei sind auch die Unterschiede zwischen den Hauptfunktionen beider Seiten anzuerkennen. Die Definition des Wesens, des Umfangs und der Verpflichtungen solcher Partnerschaften verlangen sowohl von seiten der Hochschulen als auch der Wirtschaft und der Arbeitnehmervertreter ein konsequentes Konzept. Dies würde auch eine eindeutige Politik von seiten der nationalen und regionalen Behörden erfordern, die den rechtlichen und finanziellen Rahmen der Hochschulbildung festlegen. Insbesondere die Personalstruktur und das Finanzmanagement innerhalb der Hochschulen müssen flexibel genug sein, um Aktivitäten gerecht werden zu können, die sich aus Partnerschaften und deren Auswirkungen auf das Personal und die finanzielle Verwaltung ergeben. Die Bildungseinrichtungen müssen auch die Befugnis erhalten, in die für die Entwicklung von Partnerschaften, insbesondere auf länderübergreifender Ebene, erforderlichen vorbereitenden Arbeiten zu investieren.
- 70 Die Hochschulbildung hat durch die Einführung von Zusammenarbeit und Vereinbarungen für den Technologietransfer und die wissenschaftliche Beratung einen großen Beitrag zur Förderung von Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft geleistet. Den Ausbildungserfordernissen kann man jedoch nicht in gleicher Weise nach. Ein Grund dafür liegt in der Tatsache, daß Unternehmen häufig komplette Ausbildungsmaßnahmen von der Führungsspitze bis in die untersten Ränge benötigen, die eine einzige Hochschule nicht

bewältigen kann. Überdies können die Beschäftigten nicht immer regelmäßig von ihren beruflichen Verpflichtungen entbunden werden, was wiederum flexiblere Ausbildungsformen erfordert. Um den Ausbildungsbedarf der Wirtschaft decken zu können, müssen die Hochschulen künftig mit anderen Stellen und Ausbildungseinrichtungen zusammenarbeiten und die für eine flexible Durchführung erforderlichen Systeme entwickeln. Die allgemeine und allgegenwärtige Entwicklung im Bereich des Qualifikationsbedarfs zeigt, wie einzelne Bildungseinrichtungen mit Ausbildungseinrichtungen anderer Art und anderen Niveaus zusammenarbeiten müssen, um die sich verändernden Strukturen der benötigten Berufsausbildung vorhersehen und ihnen entsprechen zu können. In dieser Hinsicht müssen die Hochschuleinrichtungen dafür sorgen, daß sie voll und ganz in das Verfahren und die Infrastruktur integriert sind, die benötigt werden, um den regionalen Qualifikationsbedarf bestimmen und decken zu können.

- 71 Auf Gemeinschaftsebene ist die Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen und der Wirtschaft zunächst durch Programme für Forschung und Entwicklung gefördert worden, in den letzten Jahren ist dies jedoch deutlicher durch das COMETT-Programm geschehen. Die Einrichtung der Ausbildungspartnerschaften Hochschule-Wirtschaft (APHW) im Rahmen dieses Programms leistete auf der Ebene der Regionen und der Mitgliedstaaten einen großen Beitrag zur Weiterbildung, zur Analyse des Berufsbildungs- und Beschäftigungsbedarfs und zur Vermittlung von Praktika für Studenten. Dieser Beitrag im Rahmen der Weiterbildung wird durch ergänzende Initiativen, die jetzt im Rahmen des FORCE-Programms lanciert worden sind, verstärkt werden. Die APHW sind zur Förderung einer weitergehenden systematischen Zusammenarbeit mit der Wirtschaft zu unterstützen; überdies müssen den der Partnerschaft zugrundeliegenden Konzepten eine zentralere Bedeutung im Zusammenhang mit den Strategien des oberen Management in Firmen und auf der höchsten Verwaltungsebene in den Hochschulen eingeräumt werden. Die Kommission will eine Analyse der bestehenden APHW aus der Sicht der Führungsebene sowohl der Wirtschaft als auch der Hochschulen anregen; in dieser Analyse sollte es darum gehen, wie diese Partnerschaften zugleich einen größeren Rahmen erhalten und strategisch besser mit den beteiligten Hochschulen verbunden werden können. Die Analyse sollte auch eine Untersuchung darüber enthalten, wie der Zugang der Wirtschaft, insbesondere kleiner Unternehmen, zu den von den Hochschulen gebotenen Dienstleistungen erleichtert werden kann. Die Förderung von Partnerschaften und Netze auf grenzüberschreitender Ebene und die Anregung und Verbreitung beispielhafter Vorgehensweisen für die Beziehungen auf regionaler und sektoraler Ebene ist in der Tat notwendig. Die Kommission sollte dafür sorgen, daß die verschiedenen, die Hochschulen und die Wirtschaft miteinander verbindenden Programme angemessen koordiniert werden, damit kohärente Ziele, eine glatte Abwicklung, größtmögliche Wirkung und ein möglichst leichter Zugang, insbesondere von seiten der KMU, erreicht werden. Eine Ausweitung der Aufgaben der APHW, um eine solche Kohärenz zu erreichen und um umfassende Partnerschaften zwischen den Hochschulen und der Wirtschaft zu schaffen, sollte ernsthaft überdacht werden.
- 72 Die APHW können sich unter Umständen als wichtiger Mechanismus für andere europäische Programme erweisen. Dienstleistungen wie die Förderung kleiner Firmen (Euro Information Center) und der regionale Technologietransfer (SPRINT) können durch gemeinsame Bemühungen unterstützt werden. Die APHW könnten auch auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung eine unterstützende Funktion übernehmen und dabei den Rahmen für gemeinsame Projekte von Hochschule und Wirtschaft stärken und die Verbreitung und Nutzung der Ergebnisse sicherstellen. Es gibt einen erheblichen Spielraum für die Entwicklung besser abgestimmter Konzepte, beispielsweise zwischen dem Rahmenprogramm für Forschung und Entwicklung und Ausbildungsmaßnahmen auf höherer Ebene bei der Ausbildung von Forschern (wie beispielsweise im Rahmen des spezifischen Programms "Humankapital und Mobilität") und von Firmenpersonal innerhalb spezifischer strategischer Bereiche des Managements und der Anwendung der bei Forschung und technologischer Entwicklung erzielten Ergebnisse.
- 73 Die Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit zu verbessern, wird eine der zentralen Aufgaben sein, die im Laufe des nächsten Jahrzehnts auf die Hochschulen zukommen werden. Diese Aufgabe wird Maßnahmen von seiten der Hochschulen und der Behörden sowie

entsprechende Maßnahmen von seiten der Unternehmen und der sie vertretenden Organisationen erfordern. Überdies wird die Unterstützung der Sozialpartner, der Mitgliedstaaten und der Europäischen Gemeinschaften benötigt.

- 74 Die Hochschulen sollten die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft zu einem grundlegenden Bestandteil ihres Auftrags werden lassen und bereit sein, die Strukturen und die Vermittlung der von ihnen angebotenen Studiengänge und Qualifikationen im Hinblick auf die Förderung dieser Zusammenarbeit anzupassen. In Bereichen wie der Weiterbildung, der Forschung und Entwicklung sowie den Beratungsdiensten sollte dies deutlich werden und sich in Austauschprogrammen für Studenten und Beschäftigte sowie in den Strukturen widerspiegeln, die der Informationsübermittlung zwischen den Hochschulen und der Wirtschaft bzw. zwischen der Wirtschaft und den Hochschulen dienen. Die Einstellungsbedingungen für Hochschulpersonal sollten die Bemühungen um eine Zusammenarbeit mit der Wirtschaft anregen und belohnen. Die Hochschulen sollten dabei den Spielraum prüfen, in dem Mitarbeiter aus der Wirtschaft und Arbeitnehmervertreter in größerem Umfang durch eine Beteiligung an Räten, Komitees und Beratungsinstanzen an der Hochschularbeit beteiligt werden können. Sie sollten die für eine Interaktion mit der Wirtschaft auf Geschäftsebene geeigneten Strukturen entwickeln, über die der externe Berufsausbildungsmarkt und andere Dienstleistungen des Hochschulbereichs gehandhabt werden können.
- 75 Die Unternehmen selbst sollten über die sie vertretenden Organe positive Maßnahmen zur Entwicklung der Partnerschaft mit den Hochschulen formulieren. Sie sollten zur Förderung und Erleichterung des Dialogs auf allen Ebenen über organisierte Verbindungspunkte zu den Hochschulen verfügen. Alle Firmen sollten eine deutlich erkennbare, mit der Personalförderung innerhalb der Firma in Verbindung stehende Bildungs- und Ausbildungsstrategie verfügen. Sie sollten bereit sein, ihre Aufgabe innerhalb der Berufsausbildung zu übernehmen, und zwar im Gesamtinteresse der Wirtschaft und zugunsten einer Stabilisierung des Arbeitsmarkts sowie in ihrem eigenen unmittelbaren Interesse. Überdies müssen die Firmen anerkennen, daß (wie bei einigen gemeinschaftlichen Projekten und Konsortien für Forschung und technologische Entwicklung) eine Einbindung in Konsortien eine Weitergabe von Know-how unter Firmen bewirken kann, daß dies aber keine Bedrohung für ihre Position darstellt.
- 76 Die Mitgliedstaaten sollten im Rahmen ihrer Hochschulpolitik den für eine Zusammenarbeit erforderlichen Rahmen schaffen und sich für Steuerpolitik entscheiden, durch die innerhalb von Partnerschaften mit den Hochschulen Investitionen von seiten der Unternehmen in die Lehre und in die Forschung und Entwicklung angeregt werden.
- 77 Ein besserer Rahmen für die Zusammenarbeit und spezielle, sich hieraus ergebende Maßnahmen würden andere in diesem Memorandum befürwortete Konzepte stärken. Sie würden insbesondere die Konzepte für die Weiterbildung und das Fernstudium unterstützen und in bezug auf die Struktur der Studiengänge und die Qualifikationen zu Reformen im Hochschulwesen führen. Ein Informationsaustausch zwischen Wirtschaft und Hochschulen würde den Planungsprozessen auf regionaler, nationaler und Gemeinschaftsebene eine stärkere Relevanz verleihen. Die Partnerschaften würden überdies eine engere Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Wirtschaft im Bereich der Forschung und der technologischen Entwicklung fördern.

Weiterbildung

- 78 Wie bereits oben erwähnt (cf. par. 9-15), haben das zunehmende Tempo der technologischen Entwicklung und deren Anwendung in allen Wirtschaftsbereichen bedeutende Konsequenzen für die Arbeitnehmerschaft, wenn Europa global wettbewerbsfähig bleiben und die wirtschaftlichen Fortschritte erzielen soll, die allen Bürgern ein angenehmes Leben sichern werden. Der Arbeitsmarkt ist zur Verwirklichung der technologischen Erneuerung in großem Maße auf die Einstellung junger qualifizierter Arbeitskräfte angewiesen. Je höher das Tempo der technologischen Veränderungen und je schneller vorhandene Fähigkeiten und vorhandenes Wissen veralten, desto weniger zuverlässig wird diese Quelle. Zudem schwindet diese Möglichkeit weiter durch die geburtenschwachen Jahrgänge in den Mitgliedstaaten und

der Gemeinschaft insgesamt sowie durch die Notwendigkeit, die Fähigkeiten und den Kenntnisstand der jungen Leute beträchtlich verbessern zu müssen, bevor sie für den Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.

- 79 Unter diesen Umständen muß die europäische Wirtschaft sich auch anderer Quellen für die technologische Erneuerung bedienen. Eine davon sind die vorhandenen Arbeitskräfte, von denen über 80 % am Ende dieses Jahrhunderts noch berufstätig sein werden. Eine Umschulung der vorhandenen Arbeitskräfte war immer dann erforderlich, wenn die technologische Entwicklung Veränderungen am Arbeitsplatz bewirkte. Angesichts des schnelleren technologischen Fortschritts erhält diese Umschulung neue Dringlichkeit; auch wird eine stärkere Gliederung und eine breiter angelegte Verfügbarkeit erforderlich, und dies nicht nur weil Fähigkeiten und Kenntnisse in kürzeren Abständen auf den neuesten Stand zu bringen sind, sondern auch weil die Tätigkeiten in Wirtschaft und Wirtschaft durch die technologischen Veränderungen in größerem Maße auf technologischem Wissen basieren. Dadurch wird auch eine Anpassung der Qualifikationen der vorhandenen Arbeitskräfte an die derzeitigen Anforderungen erforderlich. Benötigt wird eine allgemeine Verbesserung der Fertigkeiten, des Kenntnisstands und der Qualifikationen.
- 80 Eine weitere Möglichkeit, dem Bedarf des Arbeitsmarkts gerecht zu werden, besteht darin, die Anzahl der Personen zu erhöhen, die auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Dies beinhaltet unter anderem die Bereitstellung umfassender Umschulungsmöglichkeiten für Arbeitslose und die Eröffnung von Möglichkeiten für nichterwerbstätige Personen - insbesondere für Arbeitnehmerinnen im reiferen Alter, die auf dem Arbeitsmarkt nur in geringem Maße vertreten sind -, Qualifikationen zu erlangen, für die ein Bedarf auf dem Arbeitsmarkt besteht. Es sind aktive Förderungs- und Beratungsmaßnahmen zu treffen, damit dieser Personenkreis von den Möglichkeiten Gebrauch macht, die von der Hochschulbildung geboten werden.
- 81 All diese Faktoren verleihen dem Bereich der allgemeinen und beruflichen Weiterbildung eine neue, besondere Bedeutung und stellen an alle Beteiligten besondere Anforderungen bezüglich der Bereitstellung von Umschulungs- und Fortbildungsmöglichkeiten für die Arbeitnehmer. Diese Herausforderungen implizieren eine politische Verlagerung der Prioritäten, Investitionen und der Organisation in den Bereichen Erstausbildung und Weiterbildung, wobei letzterem größere Bedeutung eingeräumt wird. Die Erstausbildung wird auch das Konzept der Weiterbildung und einer Anpassung durch künftige Möglichkeiten des Lernens und der beruflichen Bildung enthalten müssen. Die Sozialpartner werden über die Bedeutung der Weiterbildung für Unternehmen und für die Beschäftigungslage Einigkeit erzielen und bereit sein müssen, die Arbeit so einzuteilen, daß den Beschäftigten eine Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen erleichtert wird und sie außerdem dazu angeregt werden. Auch der Einzelne wird sich in zunehmendem Maße der Notwendigkeit bewußt werden müssen, einen Teil seiner Arbeits- und Freizeit in einer stärker strukturierten Weise als bisher mit Lernen verbringen zu müssen. Dabei werden sie durch positive politische Maßnahmen sowohl auf der Ebene der Mitgliedstaaten als auch auf der Ebene der Bildungseinrichtungen unterstützt werden müssen. Diese Maßnahmen würden im allgemeinen zu einem Verwischen der Grenzen zwischen Erstausbildung und Weiterbildung führen; dabei würden während des Berufslebens und auch danach immer wieder einsetzende Ausbildungsphasen allmählich zur Norm in einer lernenden Gesellschaft werden. Dem Hochschulwesen kommt bei der Bewältigung dieser Herausforderungen eine besondere Rolle zu, da mit der ständigen Weiterbildung ein höherer Kenntnisstand, bessere Fähigkeiten und die Verbreitung von Forschungsergebnissen angestrebt werden.
- 82 Die Weiterbildung ist Teil der Erwachsenenbildung. In der man den Hochschulen lange Zeit eine Aufgabe und eine Verantwortung zuerkannt hat. Der Umfang, in dem sie dieser Aufgabe gerecht werden, schwankt von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat erheblich. In einigen Ländern wurden, selbst wenn den Hochschulen gesetzlich festgelegte Verantwortlichkeiten im Bereich der Erwachsenenbildung oblagen, aufgrund des Zwangs, einer zunehmenden Anzahl von Schulabgängern gerecht werden zu müssen, keine entsprechenden Vorkehrungen getroffen. Zudem gibt es Unterschiede zwischen den einzelnen Hochschulen, wobei die Institute, deren

Ursprung in der technischen und beruflichen Ausbildung lag, stärker an der Weiterbildung beteiligt waren. Mit dem besseren Status dieser Einrichtungen richteten sie ihre Energie und ihre Ressourcen jedoch zunehmend auf die Organisation von Vollzeitstudiengängen für Schulabgänger, und ihre Beteiligung an der Weiterbildung als Teil ihrer Aktivitäten gingen zurück. Das mangelnde Engagement der Hochschulen bei der Weiterbildung drückt sich in der Tatsache aus, daß in den letzten Jahren eine Expansion firmeneigener und privater Bildungsmaßnahmen zu verzeichnen war; ein großer Teil der an diesen geleisteten Arbeit findet parallel zu den Aktivitäten an den Hochschulen mit Vollzeitstudenten statt.

- 83 Damit im Bereich der Weiterbildung ein angemessener Standard, angemessene Verbindungen zur Erstausbildung und eine Interaktion mit der Forschung und den jüngsten Entwicklungen in den betroffenen Disziplinen gewährleistet werden können, ist ein entschlossenes Engagement der Hochschulen im Bereich der Weiterbildung erforderlich. Das ausgedehnte Hochschulnetz ist die Garantie dafür, daß die Weiterbildung auf einer den Anforderungen der Wirtschaft entsprechenden und für einen Dialog mit den kleinen und mittleren Unternehmen - deren Kapazität für die Organisation eigener Ausbildungsmaßnahmen nicht ausreichen würde - geeigneten breitangelegten Basis angeboten wird. Es sei jedoch darauf hingewiesen, daß die Weiterbildung in einem partnerschaftlichen Verhältnis mit der Wirtschaft zu konzipieren ist und daß gewisse Aspekte der beruflichen Ausbildung sich am besten innerhalb von Unternehmen durchführen lassen, sich aber dennoch in die Gesamtstruktur der allgemeinen und beruflichen Weiterbildung einfügen müssen.
- 84 In den letzten Jahren hat es Entwicklungen gegeben, in deren Rahmen der Hochschulzugang für Erwachsene erleichtert worden ist und für Hochschulabsolventen mit Berufserfahrung Postgraduiertenstudiengänge organisiert worden sind. Diese Entwicklungen werden als ein Schritt begrüßt, über den die Weiterbildung in den Haupttätigkeitsbereich der Hochschulen integriert werden und näher an das eigentliche Anliegen dieser Einrichtungen heranrücken kann; dieser Prozeß ist unabdingbar, wenn dem Ausbildungsbedarf der Gemeinschaft und der Mitgliedstaaten in den kommenden Jahrzehnten entsprochen werden soll. Die neue Bedeutung, die der Weiterbildung innerhalb der Prioritäten der Hochschulen zukommen wird, ist von der Einführung entsprechender politischer Maßnahmen auf Hochschulebene und nationaler Ebene abhängig. Die Partnerschaft mit der Wirtschaft würde implizieren, daß deren Vertretern bei der Entwicklung und Förderung entsprechender Maßnahmen eine Aufgabe zukäme.
- 85 Auf Hochschulebene besteht zunächst einmal die Aufgabe, das Bewußtsein für die Weiterbildung und das Interesse an den ihr zugrundeliegenden Konzepten beim Lehrkörper und bei der Verwaltung zu wecken. Aus einem solchen Bewußtsein ergibt sich der Prozeß, die Studenten von der Notwendigkeit häufiger Auffrischkurse zu überzeugen und ihnen zuzusichern, daß die Hochschulen sie in ihren Bemühungen, sich über die Entwicklungen in ihren Berufen und Studienfächern auf dem laufenden zu halten, unterstützen werden. Es besteht die Notwendigkeit, bestehende Strukturen zu stärken oder neue Strukturen einzuführen, mit denen der Weiterbildungsbedarf der Unternehmen, der akademischen Berufe und der Allgemeinheit analysiert und bewertet werden kann. Dies erfordert neue Arten der Zusammenarbeit und eine neue Ausrichtung von Weiterbildung und Erwachsenenbildung unter Einbeziehung von Beratungs- und Informationsdiensten für Erwachsene. Für die Entwicklung und Vermarktung geeigneter, dem Bedarf der betreffenden Personen entsprechenden Ausbildungs-"Pakete" und die Durchführung der entsprechenden Ausbildungsmaßnahmen wird es erforderlich sein, über die Hochschulen hinaus mit anderen Stellen und Einrichtungen, auch im Rahmen internationaler Netze, zusammenzuarbeiten, um den Ausbildungsanforderungen der Interessenten vollkommen gerecht zu werden. Die Strukturen sollten für die Verwirklichung eines solchen Konzeptes geeignet sein. Es muß Klarheit über die Politiken zur Finanzierung und Bereitstellung der Ausbildungsleistungen bestehen, in deren Rahmen die Strukturen angeordnet sind, und es muß Klarheit darüber bestehen, in welchem Umfang hochschulinterne Ressourcen in Anspruch genommen werden können. Die Bereitstellung von Weiterbildungsmöglichkeiten ist zu fördern, indem Tätigkeiten in diesem Bereich anerkannt und gleichberechtigt mit anderen Aktivitäten innerhalb der Hochschule entlohnt werden.

- 86 Wenn man der Weiterbildung eine zentrale Stellung einräumen will, ergeben sich eine Reihe von akademischen Problemen, die es zu lösen gilt. Im Vordergrund steht dabei die Frage des Zugangs und auf welcher Basis mit der die Studierenden in der Weiterbildung und die Erwachsenen generell zu den Hochschulstudiengängen zugelassen werden können. Die in einigen Hochschulen zu beobachtenden positiven Praktiken, bei denen Reife sowie die auf dem Arbeitsmarkt gewonnenen Kenntnisse und Erfahrungen berücksichtigt werden, müßten stärkere Anwendung finden. Ebenso sollten die Hochschulen Vorbereitungskurse anbieten, in denen die für die Aufnahme eines Studiengangs erforderlichen Grundlagen vermittelt werden. Die Entwicklung geeigneter Qualifikationsstrukturen für die Studenten in der Weiterbildung ist ebenfalls dringend erforderlich. Ebenso unabdingbar ist die Vergabe akademischer Qualifikationsnachweise an Weiterbildungsstudenten, damit eine breitere Anerkennung ihrer Studien sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene gewährleistet ist und die Weiterbildung selbst an Prestige gewinnt. Derartige Strukturen würden nicht nur die an den Hochschulen geleistete Arbeit umfassen, sondern auch die in Unternehmen im Zusammenhang mit Ausbildung geleistete Arbeit und Erfahrungen sowie die Aufgaben, die von anderen beteiligten Stellen bei der Vermittlung des Weiterbildungs-"Pakets" übernommen und anerkannt werden. Eine flexible Durchführung der auf die Bedürfnisse der Betroffenen abgestimmten Kurse wird neue pädagogische Entwicklungen sowie die Anwendung von Methoden des Fernunterrichts, einschließlich der Nutzung moderner Kommunikationstechniken erfordern. Modular aufgebaute Studiengänge mit Vergabe von Scheinen für abgeschlossene Studieneinheiten böten sich aufgrund der vielfältigen Möglichkeiten an und entsprechen den Bedürfnissen der Weiterbildungsstudenten. Viele dieser Entwicklungen würden eine spezielle Ausbildung derjenigen erforderlich machen, die sowohl an den Hochschulen wie auch am Arbeitsplatz mit der Erwachsenenbildung befaßt sind.
- 87 Auf nationaler Ebene besteht ein Bedarf für die Einführung einer verbesserten Struktur der allgemeinen und beruflichen Weiterbildung sowie für die Koordinierung der Weiterbildungsmaßnahmen und für die Kompatibilität der Maßnahmen z.B. zwischen Arbeitsämtern und Ausbildungseinrichtungen. Die Weiterbildung ist ein wichtiger Bestandteil der Strategien zur regionalen Entwicklung, und dies sollte sich in den Politiken widerspiegeln, die mit der Bereitstellung entsprechender Leistungen befaßt sind. Praktisch alle Hochschulen würden eine anfängliche Unterstützung bei der Entwicklung ihrer Aktivitäten im Rahmen der Weiterbildung benötigen. In welchem Umfang die Kosten der Weiterbildung von Arbeitgebern, einzelnen oder der öffentlichen Hand zu tragen sind, ist angesichts der Arbeitsmarktpolitik, der Sozialpolitik und der allgemeinen Bildungspolitik für die Regionen und die Mitgliedstaaten zu entscheiden. Bei der Entscheidung für solche Politiken sollte man die soziale Funktion der Weiterbildung nicht übersehen. Sie trägt nicht nur zu einer Angleichung der Ausbildungsmöglichkeiten zwischen den Generationen bei, sondern sie kann auch als Instrument zur Minderung anderer gesellschaftlicher Ungleichgewichte dienen. Da die Weiterbildung eine öffentliche Dienstleistung darstellt, die das kulturelle Niveau der Gesellschaft anhebt, sollte sie unterstützt werden und ihr potentieller Beitrag zur Entwicklung einer europäischen "Identität" durch die Vermittlung von Wissen über Europa, seine Völker und seine kulturelle Vielfalt sollte genutzt werden.
- 88 Die Bedeutung der allgemeinen und beruflichen Weiterbildung auf Gemeinschaftsebene spiegelt sich wider in der Unterstützung, die durch Programme wie COMETT, FORCE, EUROTECNET und "Humankapital und Mobilität" geboten wird, und in anderen Maßnahmen in bezug auf das Recht auf Weiterbildung für Arbeitnehmer in öffentlichen und privaten Einrichtungen, wie es im entsprechenden Programm für künftige Aktivitäten vorgeschlagen wird. Bei der Förderung eines Ausbaus der Weiterbildung im Rahmen der Hochschulbildung wird die Kommission nach Möglichkeiten suchen, beispielhafte Vorgehensweisen und die Verbreitung von Wissen über folgende Maßnahmen anzuregen:
- Analyse der Entwicklung in bezug auf die benötigten beruflichen Fertigkeiten und Qualifikationen sowie des entsprechenden Bildungs- und Ausbildungsangebots;
 - Unterstützung innovativer Modelle auf Hochschulebene während der Entwicklungsphase;

- Unterstützung von Pilotprojekten, die auf KMU, auf neu gegründete Unternehmen und auf Unternehmen eingestellt sind, in denen es aufgrund der Anwendung neuer Technologien zu größeren Veränderungen kommt;
- Entwicklung zusätzlicher Netze für die allgemeine und berufliche Weiterbildung auf europäischer Ebene insbesondere für bestimmte wirtschaftliche und berufsbildungsspezifische Bereiche - durch Gemeinschaftsprogramme wie COMETT, FORCE und EUROTECNET;
- Unterstützung innovativer Entwicklungen zur Übertragung von Qualifikationen/Studienleistungen auf europäischer Ebene durch ERASMUS;
- Unterstützung für die Entwicklung eines Systems zur flexiblen Durchführung von Ausbildungsmaßnahmen auf europäischer Ebene, das insbesondere auf die KMU ausgerichtet ist;
- Unterstützung innovativer Entwicklungen bei der Ausbildung der Ausbilder auf europäischer Ebene.
- Unterstützung und Entwicklung eines Programms zur Ausbildung von Forschern, insbesondere auf postdoktoraler Ebene, wie dies im Programm für Forschung und technologische Entwicklung im Bereich Humankapital und Mobilität vorgeschlagen wird.

"Offener Unterricht" und Fernunterricht

- 89 Der Fernunterricht leistet einen unverkennbaren Beitrag zur gesamten allgemeinen und beruflichen Bildung in Europa. Sein außergewöhnliches Potential beruht auf der Befreiung von den Zwängen Zeit und Ort, was dieser Ausbildungsart als solcher oder in Verbindung mit anderen Ausbildungssystemen ein großes Maß an Flexibilität verleiht. Diese Flexibilität erhöht eine Steigerung durch die sorgfältige pädagogische Gliederung in Studieneinheiten, die sich zu zusammenhängenden Studiengängen kombinieren lassen und häufig mit Systemen zur Anrechnung von Studienleistungen verbunden sind. Theoretisch ist dieses System unbegrenzt anwendbar; es kann von einzelnen, die in großer Entfernung voneinander leben, sowie von nahe beieinander wohnenden Gruppen genutzt werden. Es kann über die Grenzen von Regionen, Ländern und Kontinenten hinweg Anwendung finden. Es handelt sich dabei um eine Dienstleistung, die auf Abruf verfügbar ist, die geringste Beeinträchtigung der arbeitsplatzspezifischen Anforderungen mit sich bringt und der man sich in Pausenzeiten oder in der Freizeit widmen kann.
- 90 Die moderne Technologie bringt hinsichtlich gewisser Aspekte der Vermittlung und in bezug auf den wichtigen Bereich der Interaktion mit den Studenten große Erleichterungen mit sich; es wird insbesondere im Rahmen des DELTA-Programms weiterhin am Entwicklungspotential von Telekommunikation und elektronischer Datenverarbeitung im Bereich des Fernstudiums gearbeitet. Die derzeitige Technologie reicht hinsichtlich der Nutzung dieses Ausbildungsbereichs jedoch für größere Fortschritte aus. Der Einsatz von Multimedia-Ausbildungssystemen in Verbindung mit dem Fernunterricht hat eine Veranschaulichung und Einblicknahme in das Wesen der Dinge bewirkt, die mit konventionellen Unterrichtsmethoden kaum erreicht wurde.
- 91 Das Interesse der Gemeinschaft am Fernunterricht beruht auf der Tatsache, daß man erkannt hat, welchen Beitrag er in bezug auf die Ziele im Rahmen der Ausbildungs- und Weiterbildungsstrategien der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft als Ganzem leisten kann und inwieweit dieser Beitrag durch gemeinsames Vorgehen begünstigt werden kann. Das Fernstudium bietet sich für gemeinsame Aktionen an, da es in vielerlei Hinsicht unabhängig von Staatsgrenzen und hinsichtlich der Entwicklungsarbeit auf gründenbedingte Kosteneinsparungen angewiesen ist und da durch die gemeinsame Nutzung von Erfahrungen mit anderen Hochschuleinrichtungen, Netzen und Mitgliedstaaten die gebotene Qualität und das Fächerangebot deutlich gesteigert werden können. Auch der Wirtschaft kommt sowohl als

Anbieter als auch als Konsument des Fernunterrichts eine wichtige Aufgabe bei dieser Zusammenarbeit zu.

- 92 Beim Fernunterricht handelt es sich um ein Instrument oder ein Mittel, das im Rahmen vieler bereits bestehender Gemeinschaftsprogramme genutzt werden kann, und daher können Gemeinschaftsinitiativen in diesem Bereich als Ergänzung und Verstärkung dieser Programme betrachtet werden. Dies trifft insbesondere auf das COMETT-Programm zu, in dessen Rahmen bereits Initiativen zur Unterstützung von Fernstudienorganisationen und -einrichtungen ergriffen worden sind. Es haben Gespräche stattgefunden, in deren Rahmen man sich mit der Einbeziehung einer Fernunterrichtskomponente in das TEMPUS-Programm befaßt hat; der mögliche Beitrag einer solchen Komponente für ERASMUS, LINGUA und FORCE wird von der Kommission zur Zeit geprüft.
- 93 Man geht davon aus, daß der Fernunterricht in den Bereichen Hochschulbildung und höhere berufliche Bildung in erster Linie auf den folgenden Gebieten eine wichtige Rolle spielt:
- bei der Ausweitung der Möglichkeiten für eine Teilnahme an der Hochschulbildung und als Beitrag zur Chancengleichheit im Bildungswesen;
 - als Erweiterung der bildungspolitischen Infrastruktur der Regionen durch ein größeres Bildungs- und Ausbildungsangebot, das an Präsenzuniversitäten und dem einzelnen direkt zur Verfügung steht;
 - bei der Verbesserung der Qualität der Hochschulbildung durch Einbeziehung entsprechender externer Unterrichtserfahrungen in die Programme und kompetentere Nutzung von Multimedia-Systemen an den Hochschulen;
 - bei der Stärkung grenzüberschreitender Partnerschaften durch gemeinsame Lehrer und gemeinsam genutztes Lehrmaterial;
 - bei der flexiblen Bereitstellung von Weiterbildung und höherer beruflicher Bildung für die erwerbstätige Bevölkerung und insbesondere für KMU;
 - bei der Vermittlung der höheren beruflichen Bildung und bei der Verbreitung von Forschungsergebnissen auf länderübergreifender Basis;
 - bei der Bereitstellung von Fortbildungsmaßnahmen für Lehrer auf regionaler, nationaler und länderübergreifender Basis;
 - bei der Bereitstellung technischer Hilfe für Drittländer, gegebenenfalls einschließlich der Umschulung großer Teile der erwerbstätigen Bevölkerung;
 - als Beitrag zur europäischen Dimension im Bildungswesen durch Bereitstellung von Unterricht über die europäischen Kulturen und Völker sowie durch eine Förderung des Unterrichts in den europäischen Sprachen;
 - beim Unterricht über die Europäische Gemeinschaft, ihre Rechtsvorschriften, Institutionen und Politiken.
- 94 Der Fernunterricht hat sich eigenständig in den einzelnen Mitgliedstaaten entwickelt, in denen in bezug auf Umfang und Niveau ein unterschiedlicher Stand erreicht wird. Er entstand hauptsächlich im Hochschulbereich. Eine Zusammenarbeit mit und eine Integration in das reguläre Hochschulsystem weist erhebliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten auf, in denen es "Offene" oder Fernuniversitäten gibt. In den meisten Fällen stellen die Präsenzuniversitäten das an der Entwicklung der Fernstudiengänge beteiligte Personal, und sie stellen auch die Einrichtungen zur Unterstützung der Studenten. Eine stärkere Integration des Fernunterrichts in die Gesamtstruktur der sich an die Schulpflicht anschließenden Bildung und Berufsbildung scheint jedoch für die künftige Entwicklung unabdingbar zu sein.

- 95 Der Fernunterricht sollte sich nicht nur auf die allgemeineren Studiengänge und -qualifikationen beschränken, sondern er sollte ein breites Spektrum in bezug auf Ausbildungsstand und -art umfassen. Sein Angebot sollte sich nicht nur auf die allgemeine Bildung beschränken, sondern sich auch mit dem größeren Bereich berufsbezogener Studiengänge befassen, insbesondere in den Bereichen Wissenschaft, Technologie und Wirtschaft. Er sollte auch weiterhin modular aufgebaut sein, so daß die Studiengänge sowohl auf Techniker- als auch auf Akademikerniveau abgeschlossen werden könnten und überdies dem Weiterbildungsbedarf entsprochen werden könnte. Dabei sollte er sich dem industriellen und wirtschaftlichen Umfeld erheblich nähern.
- 96 Die Studenten sollten sowohl das Fern- als auch das Präsenzstudium abwechselnd nutzen dürfen, und die durch Fernunterricht erworbenen Qualifikationen sollten denselben Status und dieselbe Anerkennung erhalten wie die durch entsprechende Studiengänge an Präsenzuniversitäten erworbenen Qualifikationen. Der Fernunterricht sollte als Ergänzung der herkömmlichen Hochschulbildung und der beruflichen Aus- und Weiterbildung betrachtet werden, die es den Studenten ermöglicht, den Anforderungen kommender Jahrzehnte gerecht zu werden. Damit der Fernunterricht diese Aufgabe übernehmen kann, werden eine Öffnung auf Hochschulebene und eine positive Politik in den Mitgliedstaaten zur Unterstützung der entsprechenden Bildungseinrichtungen und ihrer Bemühungen erforderlich sein, indem die notwendigen Koordinierungsstrukturen geschaffen werden und indem das Ansehen von Fernunterrichtsinitiativen verbessert wird.
- 97 Es sind viele Hindernisse zu überwinden, bevor der Nutzen der europäischen Zusammenarbeit in bezug auf den Fernunterricht voll zum Tragen kommen kann. Eines der Haupthindernisse besteht in der fehlenden Standardisierung und in den mit der Entwicklung von Multimedia-Unterrichtsprodukten verbundenen Kosten. Das Tempo, in dem diese Produkte veralten, ist ebenfalls ein Problem. Sowohl aus der Sicht der Lehrer als auch aus der Sicht der Studenten besteht kaum Erfahrung mit der Nutzung von "Paketen" und Systemen; vergleichende Untersuchungen können hier ebenso wertvolle Informationen liefern wie der Erfahrungsaustausch bei der Ausbildung von "Paket"-Entwicklern. Die Attraktivität und Benutzerfreundlichkeit der "Pakete" und der Kursauslieferungssysteme müßten ebenfalls verbessert werden.
- 98 Die Einbeziehung grenzüberschreitender Partnerschaften und Netze in das Fernstudium wird eines positiven Anreizes im Rahmen der bestehenden Gemeinschaftsprogramme bedürfen. Die Kommission hat soeben einen vergleichenden Bericht mit dem Titel "Offenes Lernen und Fernunterricht auf Hochschulebene in der Europäischen Gemeinschaft" (SEK(91) 897 endg.) zum Abschluß gebracht und wird in Kürze ein Memorandum vorlegen, in dem das Fernstudium und seine Anwendung betreffende Themen im einzelnen erörtert werden.

Die Gemeinschaftsdimension

Mobilität der Studenten innerhalb der Gemeinschaft

- 99 Bei Vollendung des Binnenmarkts nach 1992 wird die Gemeinschaft einen wesentlich größeren Bedarf als bisher an Akademikern haben, die selbst Erfahrungen in bezug auf das Studium, das Leben und die Arbeit in einem anderen Mitgliedland gesammelt haben, mehrere Gemeinschaftssprachen beherrschen, begonnen haben, die Kultur und die Mentalität anderer Mitgliedsländer zu verstehen und zu schätzen und für die das gesamte Europa im Gegensatz zu den einzelnen Nationalstaaten ein natürlicher Einsatzbereich ist. Mobilität ist eines der effektivsten Mittel zur Ausbildung solcher Akademiker.
- 100 Es wird vielfältige Möglichkeiten in bezug auf die Mobilität geben müssen; die Reihe der Interessenten reicht von Studenten, die zur Durchführung eines bestimmten Projekts, wegen einer bestimmten Studieneinheit oder eines Teils einer wissenschaftlichen Arbeit bzw. um in gewissem Umfang Erfahrungen in der Wirtschaft zu sammeln, für kurze Zeit ins Ausland gehen möchten, bis zu denjenigen, die aus familiären, karrierepezifischen oder anderen Gründen ihr

gesamtes Hochschulstudium in einem anderen Mitgliedstaat absolvieren oder sich dort weiterqualifizieren möchten. Ein großer Teil der Mobilität wird sich künftig im Rahmen immer vielfältiger werdender Netze zwischen Universitäten sowie im Rahmen verschiedenartiger Partnerschaften zwischen Universität und Unternehmen abwickeln. Es muß aber auch für die einzelnen Studenten gesorgt werden, die aus einer Vielzahl von Gründen, einen Teil oder ihr gesamtes Studium in einem anderen Land der Gemeinschaft absolvieren möchten.

- 101 Trotz der eindeutigen Auswirkung der auf Gemeinschaftsebene neu ins Leben gerufenen Programme wie ERASMUS, COMETT und LINGUA, sowie der verschiedenen, von den Mitgliedstaaten selbst geförderten Programme mit ähnlicher Ausrichtung ist die Mobilität der Studenten innerhalb der Gemeinschaft immer noch sehr gering und beträgt nach optimistischen Schätzungen höchstens 4 % der gesamten Studentenschaft. Als das ERASMUS-Programm gestartet wurde, nannten sowohl die Kommission als auch das Europäische Parlament als Ziel, daß bis 1992 10 % aller Studenten in der Gemeinschaft die Möglichkeit haben sollten, einen integrierten Studienabschnitt in einem anderen Mitgliedstaat zu absolvieren. Dieses Ziel stellt nach wie vor das Minimum dessen dar, das erforderlich ist, um dem künftigen Bedarf der Gemeinschaft zu entsprechen. Dieses Ziel wird jedoch nicht bis zum angestrebten Zeitpunkt erreicht werden, sondern wohl erst Mitte der neunziger Jahre, vorausgesetzt es werden unverzüglich Maßnahmen zur Stärkung der Politik in diesem Bereich getroffen.
- 102 Eine umfassendere Politik zur Förderung der Studentenmobilität innerhalb der Gemeinschaft erfordert ein zweigleisiges Konzept. Erstens werden Hindernisse beseitigt werden müssen, die einem stärkeren Strom mobiler Studenten zur Zeit im Wege stehen. Zweitens wird es unbedingt erforderlich sein, die Anreize mit Hilfe verschiedenartiger Unterstützungsprogramme zu erhöhen.
- 103 Diese zweigleisige Politik muß sich, um effektiv zu sein, durch einen möglichst engen Zusammenhalt zwischen der Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten - einschließlich der örtlichen und regionalen Behörden der letzteren - auszeichnen, damit die Wirkung der politischen Maßnahmen maximal und die verfügbaren Ressourcen am wirkungsvollsten genutzt werden können. Darüber hinaus sind die durch die Mobilität bedingten zunehmenden Wanderbewegungen sorgfältig zu überprüfen, damit sichergestellt wird, daß sie sich in der Gemeinschaft insgesamt harmonisch entwickeln und eine Situation vermieden wird, in der große Ungleichgewichte in Bezug auf die Studentenströme unter dem Gesichtspunkt "Export/Import" für gewisse Mitgliedstaaten eine übermäßige Belastung mit sich bringen. Zu gegebener Zeit könnte wohl darüber nachgedacht werden, ob in solchen Fällen Ausgleichszahlungen und eine stärkere Förderung der Hochschulbildung und der höheren beruflichen Bildung in den schwächeren Regionen wünschenswert wäre.

Beseitigung von Hindernissen

- 104 Die wichtigsten Hindernisse, die einer größeren Studentenmobilität in der Gemeinschaft im Wege stehen und die es zu beseitigen gilt, lauten folgendermaßen:

Zulassungsbeschränkungen: Ist der Zugang zu gewissen Studiengängen beschränkt, dann muß der besonderen Situation von Studenten aus EG-Ländern Rechnung getragen werden, und es muß dafür gesorgt werden, daß auf der Basis wirklicher Nichtdiskriminierung sinnvolle Zugangsmöglichkeiten sichergestellt sind;

Sprachprobleme: Unzureichendes Beherrschen der in anderen Mitgliedstaaten gesprochenen Sprachen ist eines der größten Hindernisse für die Mobilität der Studenten. Nach Auffassung der Kommission sollte die Beherrschung zumindest einer anderen Gemeinschaftssprache obligatorischer Bestandteil der regulären Qualifikationen sein, die zum Zugang zur Hochschulbildung berechtigen. Die Hochschulen sollten das Angebot an Studiengängen wesentlich erhöhen, die das Erlernen einer Fremdsprache mit einem anderen Studienfach kombinieren und die Bereitstellung von Möglichkeiten des Spracherwerbs für Studenten und Personal generell verbessern. Das Beherrschen einer Sprache darf nicht dazu dienen, potentiell mobile Studenten, und insbesondere solche abzuschrecken, die im Zusammenhang

mit der Schulabgangsprüfung in ihrem eigenen Land über einen Qualifikationsnachweis in der betreffenden Sprache verfügen. Eine zusätzliche Sprachförderung sollte da, wo es erforderlich ist, gewährt werden;

Anerkennungsprobleme: Einem problemlosen Wechsel von einem Land der Gemeinschaft in ein anderes stehen nach wie vor fehlende Klarheit und wirkliche Schwierigkeiten bei der Anerkennung von Qualifikationen und vorangegangenen Studien entgegen;

Praktische und verwaltungstechnische Probleme: Die zunehmenden Wanderungströme der Studenten in der Gemeinschaft werden unvermeidlich Anlaß zu zahlreichen praktischen und verwaltungstechnischen Problemen geben, die auf verschiedenen Ebenen Aufmerksamkeit erfordern. Ein besonderes Problem, das dringend einer Lösung bedarf, ist das der studentischen Unterbringung;

Finanzielle Probleme: Die Möglichkeit, mobil zu sein, wird eindeutig durch Kostenüberlegungen des einzelnen beeinflusst. Es ist unbedingt dafür zu sorgen, daß die finanziell weniger begünstigten Studenten nicht aus finanziellen Gründen von den Programmen für ein Studium im Ausland ausgeschlossen werden. In diesem Zusammenhang sollte eines der wichtigsten Ziele in der völligen Übertragbarkeit von Zuschüssen/Darlehen/Stipendien usw. zur Unterstützung der Studenten in der gesamten Gemeinschaft bestehen. Vorgeschlagen wird außerdem, die Einführung eines Systems von Euro-Darlehen auf seine Durchführbarkeit zu prüfen; diese zinsgünstigen Darlehen ständen Studenten zur Erleichterung des Auslandsstudiums innerhalb der Gemeinschaft zur Verfügung. Die besondere Situation von Mitgliedstaaten, deren Hochschulen in starkem Maße auf Studiengebühren angewiesen sind, ist sorgfältig zu prüfen;

Unzureichende Informationen: Den Studenten stehen noch immer zu wenig leicht zugängliche Informationen über die Studienmöglichkeiten in anderen Mitgliedstaaten zur Verfügung. Daher werden weitere Verbesserungen bei der Herstellung und Verbreitung geeigneter Unterlagen (wie beispielsweise des "Studentenhandbuchs der EG") und anderer, nicht in Textform vorliegender Informationen erforderlich sein; die Kommission beabsichtigt überdies, die langfristigen Möglichkeiten für eine Datenbank (oder eines Systems miteinander in Verbindung stehender Datenbanken) mit dem Studienangebot an den Hochschulen in der gesamten Gemeinschaft zu überprüfen.

- 105 Viele der genannten Hindernisse kommen auch bei der grenzüberschreitenden Mobilität von Studenten zum Tragen, die ein Praktikum in einem Wirtschaftsunternehmen absolvieren, einer wichtigen Maßnahme im Rahmen des COMETT-Programms. Bei der Behandlung dieser Probleme wird daher unbedingt den Studenten Rechnung zu tragen sein, die ein Praktikum absolvieren und die darüber hinaus mit Schwierigkeiten hinsichtlich der Aufrechterhaltung der nationalen Studienbeihilfen, der Sozial- und Krankenversicherung sowie hinsichtlich ihres Beschäftigungs- bzw. steuerrechtlichen Status konfrontiert sind.

Höhere Anreize: Aktionsprogramme für Mobilität

- 106 Selbst wenn die Mobilitätshindernisse beseitigt sind, reicht dies nicht aus, um Wanderungströme von Studenten zwischen den Ländern der Gemeinschaft in Gang zu setzen, die das erforderliche Ausmaß haben. Zu diesem Zweck werden weiterhin spezifische Aktionsprogramme erforderlich sein. Neben den Maßnahmen zur Erhöhung der Studentenmobilität, die im Rahmen des COMETT- und des LINGUA-Programms auf deren Spezialgebieten gefördert werden, wird das ERASMUS-Programm auch künftig das Hauptinstrument zur Förderung der Mobilität von Studenten in der gesamten Gemeinschaft darstellen.
- 107 Die Unterstützung durch ERASMUS und COMETT bei der Gründung von Partnerschaften über die nationalen Grenzen hinweg hat bereits dazu geführt, daß die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Hochschulen bzw. zwischen Hochschulen und der Wirtschaft zu einem immer ausgeprägteren Bestandteil der Entwicklungsstrategien der Hochschulen geworden ist. Diese

Unterstützung trägt auch zur Schaffung eines Rahmens bei, der für Innovationen in der Hochschulbildung wichtig ist. Diese Auswirkungen werden durch die Entwicklung des LINGUA-Programms weiter verstärkt.

- 108 Damit das gesamte Potential dieser Programme jedoch genutzt werden kann, werden die zur Verfügung stehenden Mittel erheblich erhöht und neue Formen integrierter Partnerschaften zwischen der Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten gefunden werden müssen; diese Partnerschaften hätten zum Ziel, die bestmögliche Komplementarität zwischen den finanziellen Mitteln der Programme selbst und den zusätzlichen Mitteln der Mitgliedstaaten zu gewährleisten. Das Ziel, daß 10 % der Studenten einen integrierten Studienabschnitt im Ausland absolvieren, soll durch Beiträge aus allen Quellen erreicht werden. Auch wird ein stärkerer Dialog mit dem privaten Sektor angestrebt, um die Effektivität der Programme in bezug darauf zu überprüfen, ob sie Akademiker hervorbringen, die den Anforderungen des Arbeitsmarkts entsprechen, und um Möglichkeiten privater Förderung zu suchen, wie z.B. zusätzliche Stipendien oder die Unterstützung von Partnerschaften in spezifischen Bereichen.
- 109 Die Parameter zur Berechnung der Zuschüsse, die Studenten im Rahmen des ERASMUS-Programms von den verschiedenen Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt werden, werden überprüft werden; dabei wird man auf die Gleichbehandlung in der gesamten Gemeinschaft achten sowie darauf, daß den bedürftigsten Studenten die notwendige finanzielle Unterstützung gewährt wird, die ihnen eine volle Teilnahme am Programm erleichtert.
- 110 Die Kommission wird darüber nachdenken, ob es wünschenswert ist, innerhalb des Gesamtbudgets, das dem ERASMUS-Programm für Zuschüsse für Studenten zur Verfügung steht, einen gewissen Anteil für eine gezieltere Unterstützung von Vollzeitstipendien zu reservieren, die Studenten gewährt werden, die eine zusätzliche Qualifikation in einem anderen Mitgliedstaat erwerben möchten; diese Unterstützung könnte an ein gemeinsam finanziertes Austauschprogramm für Hochschülern gebunden werden.
- 111 Was die Mobilität der Studenten in bezug auf Praktika in Unternehmen anbelangt, hat sich das Netz der Ausbildungspartnerschaften Hochschule-Wirtschaft (APHW) seit 1988 sowohl für die Unternehmen als auch für die Hochschulen zu einem der wichtigsten Dienste zur Vermittlung von Praktikanten entwickelt. Dies spiegelt sich in einer größeren Nachfrage von Seiten der Unternehmen selbst nach Praktikanten mit guter Ausbildung wider. Das längerfristige Potential und die entsprechende Realisierbarkeit dieses Netzes wird nach 1993 zu prüfen sein, wenn die erste Phase der Finanzierung der meisten APHW ausläuft. Die Grundlage für die weitere Finanzierung eines Dienstes, der die Beziehungen zwischen den Hochschulen und der Wirtschaft auf länderübergreifender Basis pflegt und die europäische Wirtschaft in bezug auf ihren Bedarf an gut qualifizierten europäisch orientierten Akademikern unterstützt, sollte sorgfältig erwogen werden.

Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen auf europäischer Ebene

- 112 So erfolgreich die Maßnahmen zur Förderung der Mobilität auch sein mögen, muß man doch davon ausgehen, daß immer nur eine Minderheit der Studenten schließlich ins Ausland gehen wird. Es müssen daher Strategien entwickelt werden, mit denen gewährleistet werden kann, daß die große Mehrheit der Studenten, die im geographischen Sinne nicht mobil sein wird, dennoch an den europäischen Erfahrungen teilhaben kann, die für ihr weiteres Leben und ihre Karriere unerlässlich sind.
- 113 Solche Maßnahmen, die darauf abzielen, "Europa den Studenten näherzubringen" werden gemeinsame Anstrengungen umfassen, damit die Hochschulen ihre Einstellung zur europäischen Dimension in ihrer Arbeit grundlegend ändern; lediglich ein - wenn auch wichtiger - Bestandteil hiervon ist die Förderung einer größeren Mobilität der Studenten als solcher. In der Gemeinschaft nach 1992 muß die Verpflichtung zu einer Europäischen Dimension in Forschung und Lehre zu einem grundlegenden Bestandteil der akademischen Planung und der Strategien der Hochschulen werden; dies wird seinen Ausdruck finden in verstärkten Maßnahmen im Bereich der Zusammenarbeit, die sich über sämtliche akademische

Disziplinen erstrecken, und in der Existenz "europäischer" Politiken der Hochschulen für alle Bereiche des akademischen Lebens.

- 114 Dies wird zuallererst in einer Verpflichtung der Bildungseinrichtungen zu einem Austausch von Lehrpersonal und zur Zusammenarbeit zwischen dem Lehrkörper von Hochschulen in verschiedenen Mitgliedstaaten zum Tragen kommen müssen - ein Aspekt des ERASMUS-Programms, der bisher aufgrund der generell unzureichenden Mittel relativ unterentwickelt geblieben ist, der jedoch über ein enormes Potential verfügt. Einbezogen werden kann dabei auch ein Austausch mit der Wirtschaft auf grenzüberschreitender Basis, ein Aspekt des COMETT-Programms, der sich bisher in bescheidenem Rahmen gehalten hat. Solche Austauschmöglichkeiten können ein kostengünstiges Mittel darstellen, um für die über 90 % der Studenten, die selbst nicht mobil werden, ein beachtliches europäisches Element für ihre Ausbildung bereitzustellen. Diese Konzepte sind Teil der Strategie, die intellektuellen Ressourcen der gesamten Gemeinschaft zusammenzubringen, mit der die Qualität der allgemeinen und beruflichen Bildung als dem zentralen Faktor zur Aufrechterhaltung der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit der Gemeinschaft auf dem Weltmarkt verbessert werden soll. Dies ist in bezug auf die Aktivitäten im Bereich Forschung und technologische Entwicklung die zentrale Zielsetzung des Programms "Humankapital und Mobilität".
- 115 Die Kontakte zwischen dem Lehrpersonal verschiedener Einrichtungen untereinander und zur Wirtschaft haben eine entscheidende Katalysatorwirkung bei der Anregung der Studentenmobilität, indem sie gegenseitiges Vertrauen in das akademische Niveau und in die akademische Methodik schaffen. Der Austausch von Lehrpersonal und die Zusammenarbeit sollten somit zu einer genauso zentralen Aktivität der Bildungseinrichtungen werden wie der Studentenaustausch und sich nicht nur auf die Zusammenarbeit in der Forschung erstrecken, sondern auch, und zwar entscheidend, auf die Zusammenarbeit in der Lehre. In diesem Zusammenhang könnten, wann immer sich die Gelegenheit dazu bietet, systematisch Verbindungen zwischen den HKP und den im Rahmen des Programms "Humankapital und Mobilität" vorgesehenen Netzen hergestellt werden. Gastdozenten werden in vielen Fällen substantielle und integrierte Beiträge zu den Lehr- und Ausbildungsprogrammen der Hochschulen leisten, an denen sie zu Gast sind; es sollte jedoch auch die Möglichkeit von Kurzzeitlehraufträgen oder einmaligen Lehrveranstaltungen geben. Förderprogramme auf nationaler und Gemeinschaftsebene müssen sich der Notwendigkeit einer schnellen und flexiblen Handhabung des Finanzierungsbedarfs in diesem Bereich anpassen, und das Finanzvolumen wird insbesondere im Rahmen des ERASMUS- und des COMETT-Programms erheblich zu erhöhen sein, in deren Gesamtbudgets dieser Bereich zur Zeit lediglich einen kleinen Prozentsatz ausmacht. Die dem Austausch von Lehrpersonal im Wege stehenden verwaltungstechnischen Hindernisse müssen analysiert und beseitigt werden; überdies ist die Einstellung von Lehrpersonal aus anderen Ländern der Gemeinschaft zu fördern.
- 116 Neben und in vielen Fällen in Verbindung mit dem zunehmenden Austausch von Lehrpersonal wird die Notwendigkeit eines stärkeren Zusammenwirkens zwischen den Hochschulsystemen der Mitgliedstaaten nach 1992 eine wesentlich engere Zusammenarbeit als bisher auf dem Gebiet der Entwicklung von Lehrprogrammen erfordern, einem Bereich, der innerhalb des ERASMUS-Programms als Maßnahme mit eigenem Titel aufgeführt wird, der jedoch aufgrund begrenzter Mittel erheblich eingeschränkt worden ist. In vielen Fällen wird eine solche Zusammenarbeit im Rahmen der Entwicklung völlig neuer Lehrprogramme zum gegenseitigen Nutzen aller Beteiligten stattfinden. In anderen Fällen wird man sich stärker auf einen Modus konzentrieren, bei dem eine Bildungseinrichtung die andere bei der Entwicklung neu eingeführter Studiengänge unterstützt. Im übrigen ist es auch wesentlich, daß die Bildungseinrichtungen eine Beteiligung an europäischen Programmen als positiven Aspekt des Qualifikationsprofils ihres Lehrkörpers betrachten. Nachweisbares Engagement bei der Zusammenarbeit zwischen Universitäten sollte daher generell als Kriterium für den beruflichen Aufstieg dienen. Auch das Verwaltungspersonal in einer Vielzahl von Dienstleistungsfunktionen sollte dazu angeregt werden, von den Möglichkeiten Gebrauch zu machen, andere EG-Länder zwecks Erfahrungsaustausch zu besuchen.

- 117 Die Gesamtwirkung eines umfassenderen Austausches von Studenten und Lehrpersonal, einer engeren Zusammenarbeit bei der Entwicklung von Lehrprogrammen, der gemeinsamen Organisation von Intensivseminaren, Kursen und Kolloquien sowie zahlreicher anderer Formen der Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen, das im Europa nach 1992 zum Tragen kommen wird, wird sich auch die Hochschulen der Gemeinschaft auswirken. Auf der Verwaltungsebene hat sich die Einrichtung spezieller Abteilungen für die Abwicklung des Studentenaustausches (und in geringerem Umfang des Austausches von Lehrpersonal) seit Ende der achtziger Jahre als spürbarer und immer deutlicherer Trend abgezeichnet. Die als Reaktion der Verwaltung auf die neuen Gemeinschaftsprogramme eingerichteten Abteilungen verfügen dennoch über einen größeren Aufgabenbereich, und sie haben bereits einen größeren allgemeinen Einfluß auf die Förderung der europäischen Dimension. Gebührende Beachtung wird die Tatsache erfordern, daß die Verantwortlichkeiten möglichst gleichmäßig innerhalb der Bildungseinrichtungen auf zentraler und Abteilungsebene zu verteilen sind, damit die Leistungsfähigkeit maximiert und gleichzeitig das Engagement des für spezifische Aktivitäten im Rahmen der Zusammenarbeit zuständigen Lehrpersonals erhalten bleibt.
- 118 Ein derart umfassendes Konzept einer Beteiligung der Bildungseinrichtungen an europäischen Programmen wird auf allen Ebenen der Hochschulen Engagement erfordern und überdies, wenn es Erfolg haben soll, darauf angewiesen sein, daß finanzielle Mittel auf nationaler wie auf Gemeinschaftsebene in angemessener Höhe zur Verfügung stehen werden. Es läßt sich jedoch mit relativ begrenzten Mitteln viel erreichen, wie eine Vielzahl von Kooperationsvereinbarungen im Rahmen des ERASMUS- und des COMETT-Programms bereits gezeigt haben. Von besonderer Bedeutung ist die Tatsache, daß Fortschritte bisher eher auf Zusammenarbeit und Vereinbarungen zwischen Hochschulen als auf formellen Vereinbarungen auf Regierungsebene basierten; dies begünstigte die spontane Entwicklung immer zahlreicher werdender Hochschulnetze und -konsortien als Mittel zur Förderung der Zusammenarbeit sowohl in einzelnen Studienfächern als auch in viel größeren Themenbereichen. In einigen Fällen haben solche Partnerschaften einen eigenen formellen Status erhalten, in anderen Fällen handelt es sich um inoffizielle Vereinbarungen auf der Grundlage von Bedarf und Ausrichtungen, die von Studienjahr zu Studienjahr variieren. In einigen Fällen bestehen die betreffenden Netze im regionalen Kontext in Grenzgebieten zwischen zwei oder mehr Mitgliedstaaten, und eine grenzüberschreitende regionale Zusammenarbeit dieser Art sollte künftig stärker gefördert werden. Der in einigen Ländern zu verzeichnende Trend, "Forschungsschulen" einzurichten, an denen Doktoranden forschen, als Teil ihrer Ausbildung aber auch Kurse belegen, wird auf Gemeinschaftsebene unter Berücksichtigung der Rolle und der Anforderungen der Wirtschaft geprüft werden.

Europa in den Curricula

- 119 Da die Auswirkungen eines zunehmenden Zusammenhalts auf europäischer Ebene im Vorfeld des Großen Binnenmarkts allmählich deutlich werden, müssen Menschen in immer mehr beruflichen Tätigkeitsbereichen sich des gemeinschaftlichen Rahmens ihrer Arbeit entsprechend stärker bewußt werden. Engere Kontakte zwischen den Bürgern der Gemeinschaft werden größeres Interesse an und eine größere Nachfrage nach besseren Kenntnissen über die Kultur und Gesellschaft anderer Mitgliedstaaten zur Folge haben. Dadurch wird es wiederum erforderlich, der Europäischen Dimension in den Curricula - im Hochschulbereich wie in allen anderen Bildungsbereichen - wesentlich größere Aufmerksamkeit beizumessen.
- 120 In der Vergangenheit haben sich diese Anliegen hauptsächlich auf Fächer beschränkt, in denen man sich ausdrücklich auf die Angelegenheiten der Europäischen Gemeinschaften konzentrierte, wie beispielsweise Politikologie, Wirtschaftswissenschaften und Jura. Die ausgesprochen positive Aufnahme der Jean-Monnet-Aktion der Gemeinschaft hat deutlich gezeigt, daß eine Konsolidierung und Ausdehnung der Unterstützung von Aktivitäten in diesem Bereich durch Maßnahmen wie die Einrichtung von Lehrstühlen und anderer Stellen in der Lehre, die Entwicklung von Studiengängen und Kursbausteinen sowie die Anregung von Forschungsarbeiten in bezug auf Aspekte der Integration der Europäischen Gemeinschaft

erforderlich ist. Künftig wird die Gemeinschaftsdimension in noch vielfältigeren Themenbereichen eine Rolle spielen.

Die zentrale Bedeutung der Sprache

- 121 So wie Wissenschaft und Technologie jeden Aspekt des menschlichen Lebens durchdrungen haben, ist das Problem der Sprachen mit allen Bestrebungen, Intentionen und Politiken der Europäischen Gemeinschaft verknüpft. Ihre Bedeutung kommt zwar knapp, jedoch sehr deutlich in den Erwägungsgründen des Ratsbeschlusses über das LINGUA-Programm (89/489/EWG) zum Ausdruck, die besagen: "Bessere Fremdsprachenkenntnisse ermöglichen es den Bürgern der Gemeinschaft, die aus der Verwirklichung des Binnenmarktes entstehenden Vorteile zu nutzen, und fördern das Verständnis und die Solidarität unter den Völkern, aus denen sich die Gemeinschaft zusammensetzen wird, wobei gleichzeitig die sprachliche Vielfalt und der kulturelle Reichtum Europas erhalten bleiben." Ausgehend von dieser Bedeutung wird das Problem der Sprachen, das auch im Zusammenhang mit zahlreichen anderen Themen in diesem Dokument behandelt wird, in diesem Kapitel untersucht.
- 122 Sprache ist ein Ausdruck menschlicher Identität. Sie ist ein Schlüssel zum Verständnis ihrer Kultur, ihres Brauchtums und ihrer Bestrebungen. Innerhalb einer Gemeinschaft ist die Sprache ein sozial verbindendes Element, obwohl sie gelegentlich auch zu einem politisch trennenden Faktor geworden ist. Aus ihrem Reichtum schöpfen Literatur, Geschichte und Folklore. Sprache als Kommunikation ist für jegliche Aktivität erforderlich. Sprachenkompetenz ist unerlässlich zur Erleichterung von Mobilität, wirtschaftlicher und administrativer Interaktion und Zusammenarbeit in praktisch jedem Aktivitätsbereich. Zweifellos würde der Geschäftsablauf durch eine gemeinsame Sprache - eine lingua franca erleichtert werden. Die Gemeinschaft indessen zieht es vor, die sprachliche und kulturelle Vielfalt zu fördern, da sie eine stimulierende und zivilisatorische Wirkung auf die europäische Gesellschaft hat und eine Herausforderung darstellt.
- 123 Die Herausforderung besteht darin, aus dieser Diversität heraus den Weg für geschäftliche Aktivitäten zu finden, für eine wirtschaftliche, soziale und politische Interaktion über die Grenzen der Mitgliedstaaten und die sprachlichen und kulturellen Barrieren hinaus in Gang zu bringen, den Reichtum der europäischen Kultur, deren Ausdruck ihre Sprachen sind, zu teilen und Seite an Seite mit den nationalen und regionalen Zugehörigkeiten, die oft sprachenabhängig sind, eine europäische Identität zu entwickeln. Die Kommission ist der Auffassung, daß man dieser Herausforderung durch eine verstärkte Anwendung der Politiken begegnen sollte, die das Erlernen der Gemeinschaftssprachen innerhalb der Mitgliedstaaten ausweiten und verstärken. Zur Förderung dieser Politiken wurde das LINGUA-Programm im Jahr 1989 vorgeschlagen und vom Rat verabschiedet. Dieses Programm sowie die anderen Gemeinschaftsprogramme wie ERASMUS, COMETT usw., die den Erwerb von Sprachen als Teil ihrer Aktionen beinhalten, setzen jedoch bezüglich des Spracherwerbs keine Zielvorgaben und sollen die Bemühungen der Mitgliedstaaten zur Unterrichtung fremder Gemeinschaftssprachen unterstützen. Die Bedeutung der Sprachen für die Zukunft der Gemeinschaft würde jedoch feste Zielvorgaben in diesem Bereich rechtfertigen. Die Forderung, daß alle Bürger der Gemeinschaft die Möglichkeit haben sollten, kommunikative Fähigkeiten in wenigstens einer anderen Gemeinschaftssprache als ihrer Muttersprache zu erlangen, und daß große Teile der Bevölkerung Kenntnisse zweier gemeinschaftlicher Fremdsprachen erwerben sollten, erscheint durchaus angemessen.
- 124 Bei der Erreichung dieser Ziele kommt den Hochschulen in Europa eine zentrale Bedeutung zu. Sie sind nicht nur verantwortlich für die Erstausbildung von Lehrern und Sprachexperten, sondern auch für einen Großteil der entsprechenden Weiterbildungsmaßnahmen. Unter Einsatz ihrer Forschungskapazitäten zur Weiterentwicklung der Lehrpläne und Lehrmethoden können die Hochschulen dank ihrer Stellung eine führende Position einnehmen und den Anstoß für einen wesentlichen Fortschritt in Richtung auf ein höheres Sprachunterrichtsniveau in den Schulen geben. Sie sollen bei dieser Arbeit verstärkt von dem LINGUA-Programm, das 1990 in beschiedenem Rahmen begann, unterstützt werden.

- 125 Dieses Memorandum befaßt sich jedoch vorrangig mit der erweiterten Verantwortlichkeit der Hochschulen im Bereich der Sprachen, mit dem Problem der Sprachen für die Studierenden insgesamt und mit der Notwendigkeit umfassender Maßnahmen auf Hochschulebene bezüglich des Sprachenunterrichts. Erstes Element einer solchen Politik ist wohl die Schaffung einer positiven Einstellung gegenüber dem Sprachenlernen bei Studierenden und Lehrenden aller Disziplinen sowie die Förderung eines vielfältigen Sprachengebrauchs im akademischen und sozialen Leben der Hochschule. Man sollte von den Hochschulen durchaus erwarten dürfen, daß sie ihren Studenten und der allgemeinen Öffentlichkeit vielsprachig gegenübertraten.
- 126 An anderer Stelle in diesem Memorandum wird vorgeschlagen, daß Schulabgänger, die sich an einer Hochschule einschreiben wollen, eine Schulabgangsqualifikation in wenigstens einer Gemeinschafts-Fremdsprache vorweisen sollen. Gleich ob diese Forderung festgeschrieben wird oder nicht, ist es für die Studenten außerordentlich wichtig, ihre Sprachkenntnisse zu erhalten und auszuweiten. Dies würde auf den verschiedenen Niveaus die Bereitstellung begleitender Sprachkurse erfordern, insbesondere im wissenschaftlichen, technologischen und wirtschaftlichen Bereich, wozu auch die Bereitstellung ergänzender Lernmöglichkeiten einschließlich des Selbstunterrichts für Studierende gehört. Die erfolgreichste Art der Bewahrung und Festigung der Sprachkenntnis ist der Gebrauch dieser Sprache. Nach Möglichkeit sollten Teile der Studiengänge in einer Gemeinschafts-Fremdsprache unterrichtet werden.
- 127 Sprache kann auch ein Mittelpunkt für das soziale und intellektuelle Leben einer Hochschule werden. Die Unterstützung von Sprachengesellschaften, die Bestimmung von Sprachbereichen oder Sprachzentren, die Veranstaltung von Sprachentagen und Sprachenfestivals, die Förderung kultureller und sozialer Aktivitäten aller Art in den Fremdsprachen der Gemeinschaft, all dies kann dazu beitragen, diesen Mittelpunkt zu betonen. Darüber hinaus sollten die Hochschulen eine Reihe thematischer Unterlagen, Zeitungen, Zeitschriften, Bücher, Videos usw. in einer repräsentativen Auswahl von Sprachen für interessierte Studenten und Lehrkräfte zur Verfügung stellen.
- 128 Ein weiterer Anreiz für die Pflege oder den Erwerb sprachlicher Fähigkeiten ist die Möglichkeit, einige Zeit in dem Land zu verbringen, in dem diese Sprache die Landessprache darstellt. Die Hochschuleinrichtungen könnten die entsprechende Motivation nicht nur in Verbindung mit organisierten Mobilitätsprogrammen in Verbindung mit den Gemeinschaftsprogrammen wie ERASMUS und COMETT fördern, sondern auch in Verbindung mit sonstigen studentischen Reisemöglichkeiten, die sich z. B. aus Ferienarbeit oder der Teilnahme an gemeinsamen sozialen Aktivitäten mit Studenten anderer Mitgliedstaaten ergeben. Eine Atmosphäre der Vielsprachigkeit wird durch die merkbare Präsenz von Studierenden anderer Mitgliedstaaten, sei es als Vollzeitstudenten oder im Rahmen einer Auslandsstudienzeit, gefördert.
- 129 Die Stärke und Kontinuität einer zielgerichteten Sprachenpolitik der Hochschule muß in ihrem Personal begründet sein. Aus diesem Grund sollte dem Personal auf sämtlichen Niveaus die Möglichkeit zur Pflege und zum Erwerb von Sprachen einschließlich der Möglichkeit von Auslandsstudien zur Verfügung stehen. Sprachliche Kompetenz und ein europäisches Engagement sollten bei der Beurteilung des Personals sowohl auf akademischer wie auf administrativer Ebene für die Berufung und Beförderung berücksichtigt werden. Das sprachliche und kulturelle Profil einer Einrichtung würde erweitert, wenn ein Teil des Personals aus Staatsangehörigen anderer Mitgliedstaaten bestünde. Die Berufung von Staatsbürgern anderer Mitgliedstaaten auf akademische und administrative Stellen der Hochschulen sollte möglich sein. Deren Anzahl kann durch Personalaustausch, Studienurlaube sowie durch gezielte Einstellung für bestimmte Projekte noch erweitert werden. Postgraduierte aus allen Mitgliedstaaten könnten auch als Lehrassistenten eingestellt werden. Diese Faktoren gemeinsam könnten die fremdsprachliche Präsenz und den Fremdsprachengebrauch auf dem Universitätsgelände verstärken und sowohl Personal wie auch Studenten weitere Möglichkeiten für einen direkten Kontakt mit den Sprachen und Kulturen anderer Mitgliedstaaten bieten.

- 130 Diese Entwicklung hin zu einem vielsprachigen und multikulturellen Charakter ist nur möglich mit der Unterstützung von Sprachabteilungen, die sich sowohl mit der Kommunikationsfähigkeit als auch mit den literarischen und kulturellen Aspekten der Sprachen befassen. Während der letzten Jahre ist eine bemerkenswerte Entwicklung dahingehend festzustellen, daß kommunikative Fähigkeiten andere Sprachstudien unterstützen. Außerdem wurden verstärkt auf die Bedürfnisse spezifischer Berufe zugeschnittene Fachsprachen unterrichtet. Diese beiden Aspekte der sprachbezogenen Arbeit müssen nicht nur im Hinblick auf die Bedürfnisse der Vollzeitstudenten intensiviert werden, sondern auch entsprechend dem steigenden Bedarf der Beschäftigten in der Weiterbildung. Letzteres wird auch flexible Unterrichtsformen erfordern, und zwar Teilzeitkurse, Intensiv- und Immersionskurse sowie manchmal auch Fernunterricht. Um diesen Herausforderungen begegnen zu können, ist eine Verstärkung der Sprachabteilungen sowie eine Ausweitung des Spektrums der pädagogischen Fähigkeiten erforderlich.
- 131 Die Hochschulpolitik muß darüber hinaus auch die Anzahl der angebotenen Sprachen sowie insbesondere die weniger verbreiteten und weniger unterrichteten Sprachen berücksichtigen. Diese Sprachen sollten in allen größeren Hochschulen abgedeckt werden, erforderlichenfalls in Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen durch eine gemeinsame Nutzung der Einrichtungen und Kurse sowie die gemeinsame Ernennung von Lehrkräften.
- 132 Aktionen dieser Art, die soweit wie möglich im Rahmen der bestehenden Gemeinschaftsprogramme unterstützt werden, könnten so allmählich die vielsprachige Atmosphäre schaffen, die charakteristisch für die europäischen Hochschulinstitute der neunziger Jahre sein sollte.

Die Lehrerausbildung

- 133 Die Aufnahme der Gemeinschaftsdimension in die Lehrpläne sowohl der Primarbildung als auch der Sekundarbildung ist notwendig, damit die Schüler die politische, wirtschaftliche, kulturelle und soziale Realität erfassen, in der sie aufwachsen und mit der sie als europäische Bürger leben werden. Diese europäische Dimension sollte vordringlich auf der festen Grundlage einer "europäischen Erfahrung" beruhen, und es ist von daher überaus wichtig, daß Lehrer, die mit der Erforschung, Interpretation und letztlich Vermittlung dieser europäischen Dimension beauftragt sind, auch auf derartige Erfahrungen zurückgreifen können. Eine europäische Erfahrung der Lehrkräfte würde auch zu einem besseren Verständnis der unterschiedlichen Bildungssysteme sowie ihrer Ziele und Philosophien beitragen und die Festlegung gemeinsamer Ansätze und möglicher Annäherungen erleichtern, die die Vermittlung von Bildung für eine mobile europäische Bevölkerung erleichtern würde. Die europäische Erfahrung ist auch als Mobilitätsanreiz für die Lehrer selbst zu betrachten, wodurch wiederum die Verfügbarkeit einer europäischen Dimension und die Ausweitung der verschiedenen, in den europäischen Bildungssystemen vorhandenen Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen verstärkt würde.
- 134 Die Lehrerausbildung innerhalb der Europäischen Gemeinschaft erfolgt auf verschiedenste Weise und spiegelt die historischen Entwicklungen, Kulturen und jeweiligen Erfordernisse der Bildungssysteme auf Primar- und Sekundarstufe in den Mitgliedstaaten wider. Die Lehrerausbildung kann sich in Dauer und Aufbau unterscheiden und in unabhängigen Lehrerausbildungseinrichtungen, in Zusammenarbeit mit anderen Hochschulen, insbesondere Universitäten vermittelt werden, oder als fester Bestandteil der Hochschuleaktivitäten durchgeführt werden. Allgemein läßt sich die Lehrerausbildung unterteilen in eine gleichzeitige Ausbildung, in der während der gesamten Laufzeit akademische und berufliche Ausbildung nebeneinander erfolgen, und die aufeinanderfolgende Ausbildung, in der zukünftige Lehrer zunächst einen allgemeinen Hochschulabschluß und erst im Anschluß an ihr Studium ihre berufliche Qualifikation erwerben.
- 135 Gegenwärtig besteht die Möglichkeit eines Auslandsstudienaufenthaltes für zukünftige Lehrer im Rahmen des ERASMUS-Programms, für zukünftige Fremdsprachenlehrer insbesondere im Rahmen des LINGUA-Programms. Letzteres beinhaltet für bereits tätige Fremdsprachenlehrer

die Möglichkeit der Weiterbildung durch einen Auslandsaufenthalt. Außerdem bestehen weitreichende bilaterale Vereinbarungen für Fremdsprachenlehrer, insbesondere für die weiter verbreiteten Sprachen der Gemeinschaft.

- 136 Eine Reihe von Faktoren schränken das ERASMUS-Programm als Instrument zur Vermittlung einer europäischen Erfahrung für Lehrer ein. Lehramtsstudenten, die Kurzzeitstudiengänge absolvieren, können höchstens einen Kurzaufenthalt im Ausland in Anspruch nehmen. Darüber hinaus ist es im Rahmen eines allgemeinen Programms und eines relativ kurzen Auslandsaufenthaltes schwierig, eine praktische Schulerfahrung, die für die zukünftigen Lehrer von besonderem Interesse wäre, zu gewährleisten. Für die Lehrer, deren berufliche Ausbildung im Anschluß an das Studium erfolgt, ist ein Studienaufenthalt wesentlich eher im Rahmen ihres allgemeinen akademischen Studiums möglich als während der beruflichen Ausbildungsphase nach dem Hochschulebschluß, die meist intensiv und von kurzer Dauer ist. Insgesamt ergibt sich daraus, daß das ERASMUS-Programm den noch in der Ausbildung befindlichen Lehrern keine angemessenen Möglichkeiten bietet, da die mehr berufsrelevanten Aspekte dieses Studiums im Rahmen der Auslandsstudienprogramme nicht ausreichend berücksichtigt werden können. Darüber hinaus bietet das ERASMUS-Programm keine Unterstützung für Fortbildungsmaßnahmen für Lehrer im allgemeinen, wie dies für Fremdsprachenlehrer im Rahmen des LINGUA-Programms vorgesehen ist.
- 137 Die Einschränkungen der Auslandsstudienprogramme, die für derzeitige und zukünftige Lehrer in anderen Bereichen als den Gemeinschaftssprachen bestehen, würden eine gründliche Überarbeitung der entsprechenden Bestimmungen rechtfertigen. Eine Sonderbehandlung des Lehrerberufes wäre nicht nur aufgrund der außergewöhnlichen Ausbildungsstruktur, sondern auch aufgrund der Bedeutung der europäischen Dimension im Bildungswesen gerechtfertigt, da Lehrer als Multiplikatoren ihres Wissens und ihrer Erfahrung gelten; mobile Lehrkräfte können darüber hinaus einen wichtigen Beitrag zum gegenseitigen Verständnis und für den Zusammenhalt der Gemeinschaft leisten. Eine derartige Überarbeitung könnte durchaus ergeben, daß ein gesondertes Programm für Lehrer oder eine Veränderung und prioritäre Behandlung im Rahmen eines bestehenden Programms zur Unterstützung ihrer Erfordernisse im Bereich der Erstausbildung und Weiterbildung im europäischen Kontext erforderlich ist.
- 138 Da eine europäische Erfahrung eine wichtige Rolle in der Ausbildung sämtlicher Lehrer spielt, müssen Möglichkeiten gefunden werden, allen noch in der Ausbildung befindlichen Lehrern sowie insbesondere denen, für die nicht die Möglichkeit eines Auslandsstudienaufenthaltes besteht, diese Erfahrung zu vermitteln. Die eigene Erfahrung sollte es den Lehrern ermöglichen, ihren Schülern Europa in angemessener Weise darzustellen und ihre Arbeit in den verschiedensten Lehrplanbereichen in einen europäischen Rahmen einzuordnen. Diese Erfahrung sollte auch eine vergleichende Kenntnis der verschiedenen Bildungssysteme innerhalb der Gemeinschaft umfassen. Dies würde es den Lehrern ermöglichen, ihre Arbeit vergleichend einzuordnen und diejenigen Schüler zu beraten, deren Familien innerhalb der Gemeinschaft ihren Wohnort wechseln; außerdem würde dies die Mobilität der Lehrer selbst fördern. Des weiteren stellen die Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen auf der Ebene der Mitgliedstaaten und auf Gemeinschaftsebene, Personalaustauschprogramme, die Unterstützung für besondere Fortbildungskurse, die Verbreitung von Unterrichtsmaterialien in den verschiedensten Medien, der "offene" und Fernunterricht zusätzlich zu den Auslandsaufenthalten weitere Möglichkeiten dar, die europäische Erfahrung in der Lehrerausbildung zu stärken.
- 139 Die Hochschuleinrichtungen der allgemeineren Art, insbesondere Universitäten, sind gemeinschaftswelt mehr und mehr an der akademischen und beruflichen Lehrerausbildung beteiligt. Diese Beteiligung kann den Berufsstatus und das Bewußtsein der Lehrer stärken, und diese Entwicklung sollte von den Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft unterstützt werden. Die weitreichenden Ressourcen der Hochschulen im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften und der Verhaltensforschung sowie im Bereich der sich entwickelnden akademischen und wissenschaftlichen Disziplinen ermöglichen es ihnen, eine Unterstützung und Anleitung für den Lehrerberuf zu bieten und so die notwendige Erneuerung vorzunehmen, die zur Vorbereitung junger Menschen für das Leben in unserer sich weiterentwickelnden

Gesellschaft erforderlich ist. Die Möglichkeiten für gemeinsame Aktionen und für den Austausch von Wissen und Sachkenntnis bei der Festlegung und Entwicklung der Curricula, bei der Entwicklung von Lehrmaterialien sowie der Erarbeitung neuer Lernansätze, bei denen Schulen und Lehrerbildungseinrichtungen beteiligt werden, sollten sowohl von den Mitgliedstaaten als auch auf Gemeinschaftsebene ermutigt und unterstützt werden.

Anerkennung von Qualifikationen und Studienzeiten

- 140 Die Bemühungen zur Förderung der Mobilität von Studierenden und Lehrpersonal in der Gemeinschaft und zur Ausbildung der für den Gemeinsamen Markt nach 1992 in Europa benötigten Graduierten können nur dann erfolgreich sein, wenn die in einem Mitgliedstaat erworbenen Qualifikationen und Erfahrungen in den anderen Mitgliedstaaten entsprechend angerechnet und anerkannt werden.
- 141 Europa weist heute eine Vielzahl akademischer Strukturen auf, die sich in den einzelnen Mitgliedstaaten und Regionen entsprechend den besonderen sozialen und politischen Gegebenheiten entwickelt haben. Diese Strukturen finden ihren Niederschlag in den verschiedenen Lehr- und Lernansätzen, unterschiedlichen Ausrichtungen von Inhalt und Aufbau des Curriculums, unterschiedlichen Mindeststudienzeiten usw., selbst wenn die Abschlußqualifikationen schließlich weitgehend vergleichbar sind. Unterschiede bestehen darüber hinaus im Aufbau des Studienjahres, dem Zeitplan und der Art der Prüfungen, der Möglichkeit zum Erwerb von Zwischenqualifikationen und der Bezeichnung der Hochschulabschlüsse. Selbst innerhalb der Mitgliedstaaten gibt es nur wenige eindeutige Vereinbarungen für einen Wechsel von einer Hochschuleinrichtung zur anderen, insbesondere wenn es um unterschiedliche Hochschultypen geht. Dies wiederum wirkt sich nachteilig auf einen internationalen Transfer von Studienleistungen und deren Anerkennung aus, obwohl es Anzeichen dafür gibt, daß die Entwicklung eines europäischen Systems zur Anrechnung von Studienleistungen einen deutlichen Anreiz für die Anrechnung von Studienleistungen innerhalb der einzelnen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft bietet.
- 142 Angesichts der Tatsache, daß die Anzahl der Studenten, die eine "europäische" Ausbildung anstreben, ständig steigt, daß die Kinder einer mehr und mehr mobilen arbeitenden Bevölkerung in der Gemeinschaft auf den verschiedenen Niveaus den Zugang zu einer Hochschule anstreben und daß Graduierte in ständig wachsender Zahl eine berufliche Karriere im Ausland verfolgen, sind zukünftig schnelle, flexible und präzise Mechanismen für die Anrechnung von bereits in einem anderen Mitgliedstaat erworbenen akademischen Qualifikationen und abgeleisteten Studienzeiten unerlässlich. Diese Notwendigkeit besteht sowohl in Hinsicht auf die akademische Anerkennung, d. h. zur Erleichterung weiterer Studien im Hinblick auf zusätzliche Qualifikationen als auch in Hinsicht auf die berufliche Anerkennung, d. h. die Anerkennung für Beschäftigungszwecke.
- 143 Diese beiden Arten der Anerkennung, die bislang weitgehend getrennt voneinander behandelt wurden, scheinen mehr und mehr miteinander verknüpft zu werden. Die Anerkennung von Qualifikationen für akademische Zwecke wird die Anerkennung für berufliche Zwecke und umgekehrt erleichtern, und die vermehrte Anzahl der Anerkennung von Abschlußqualifikationen für berufliche Zwecke wird eine größere Flexibilität bei der Anerkennung der einzelnen Schritte (Studienzeiten und Zwischenqualifikationen), die zu diesen Abschlußqualifikationen führen, fördern.
- 144 Was die berufliche Anerkennung angeht, so stellt die kürzlich veröffentlichte Gemeinschaftsrichtlinie über die gegenseitige Anerkennung von Qualifikationen, die die Ausübung eines reglementierten Berufes nach Abschluß einer mindestens dreijährigen Hochschulstudiums ermöglichen, einen wesentlichen Durchbruch in Richtung einer größeren Flexibilität in diesen Fragen dar. Sie ergänzt die sektoralen Richtlinien, die zuvor für eine Anzahl von Berufszweigen verabschiedet wurden, und soll durch eine weitere allgemeine Richtlinie über Hochschulabschlüsse nach einer Ausbildung von weniger als drei Jahren ergänzt werden. Die Kommission räumt der weiteren Arbeit in diesem Bereich weiterhin Priorität ein.

- 145 Was die akademische Anerkennung angeht, so stellt das ERASMUS-Programm das wichtigste Instrument der Gemeinschaft für eine Erneuerung in diesem Bereich dar; drei Teilbereiche dieses Programms dienen der Lösung von Problemen in diesem Bereich:

- Im Rahmen von Aktion 1 des Programms (Europäisches Hochschulnetz) werden 1 500 Studentenmobilitätsprogramme unterstützt (1990-91), bei denen fast 1 000 Hochschulen an einem Austausch und gemeinschaftswelt über 40 000 förderungswürdige Studenten beteiligt sind. Jedes dieser Programme hat entsprechende Vereinbarungen für eine möglichst vollständige Anerkennung von in einem anderen Mitgliedstaat erworbenen Zwischenqualifikationen und Studienzeiten entwickelt. In zahlreichen Fällen werden von den beteiligten Einrichtungen gemeinsame Diplome vergeben, oder der Studienabschluß wird anschließend in mehreren EG-Ländern anerkannt;

- bei der Einführung des Europäischen Systems zur Anrechnung von Studienleistungen (European Community Course Credit Transfer System - ECTS) im Rahmen von Aktion 3 des ERASMUS-Programms wurden bereits beträchtliche Fortschritte erzielt; hierbei handelt es sich um ein neuartiges Verfahren, das auf gegenseitigem Vertrauen zwischen den teilnehmenden Hochschulen beruht und bei dem die Studierenden auf der Grundlage von Anrechnungspunkten, die sie an einem Studienplatz ihrer Wahl sammeln, einen Teil ihres Studiengangs in zwei oder mehreren Mitgliedstaaten absolvieren können, wobei diese Studienleistungen vollständig und in den meisten Fällen automatisch angerechnet werden (diese Aktion umfaßt zum jetzigen Zeitpunkt etwa 80 Hochschulen in fünf Fachbereichen und soll in Kürze auf weitere Hochschulen ausgedehnt werden). Nach Abschluß der Pilotphase im Jahr 1995 könnte das ECTS einen Meilenstein bei den Bemühungen um eine flexiblere akademische Anerkennung auf gemeinschaftswelter Basis darstellen;

- das Netz der Europäischen Gemeinschaft der nationalen Informationszentren für die akademische Anerkennung (NARIC) unterstützt die anderen Initiativen in diesem Bereich; dieses Netz besteht aus einzelstaatlichen Stellen, die Studenten, Hochschulen und Arbeitgebern maßgebende Informationen über den Wert und die Anerkennung von in einem anderen Land erworbenen Qualifikationen erteilen können. Das NARIC-Netzwerk ist ein grundlegendes Instrument für die Lösung der Anerkennungsprobleme, die sich für zahlreiche Studierende ergeben, die von einem Land der Gemeinschaft in ein anderes wechseln möchten, so daß die Bedeutung dieses Netzwerkes mit der künftigen Vollendung des Binnenmarktes noch erheblich zunehmen wird. Die Kommission wird die Mitgliedstaaten weiterhin dringend ersuchen, diesen nationalen Stellen angemessene Mittel zuzuweisen und ihnen das Mandat zur Behandlung von Fragen im Zusammenhang mit der akademischen und beruflichen Anerkennung (einschließlich der mit der Durchführung der EG-Richtlinien zusammenhängenden Informationsaufgaben) zu erteilen. Damit soll eine engere Verknüpfung und eine Kohärenz zwischen den beiden Anerkennungsarten gefördert werden.

- 146 Weitere Anstrengungen sind zur Gewährleistung angemessener Nachweise für alle Arten von Studien in den einzelnen Mitgliedstaaten sowie im Hinblick auf die Anerkennung von Praktika in Unternehmen im Rahmen eines Gesamtstudiums zu unternehmen, obwohl in diesem Bereich bereits beachtliche Fortschritte mit Hilfe des COMETT-Programms und, allerdings in geringerem Ausmaß, durch ERASMUS erzielt wurden. Ähnliche Engpässe ergeben sich bei den bestehenden Vereinbarungen, die fast ausschließlich für Vollzeitstudenten getroffen wurden, wenn es um bestimmte Fragen der Anerkennung in dem Bereich der Weiterbildung geht, in dem sich eine neue Beziehung zwischen der Studien- und der Arbeitswelt entwickelt. Die Kommission wird sich um die Förderung neuer Initiativen zur Bewältigung dieses Problems bemühen, das mit dem wachsenden Anteil der Weiterbildungsaufgaben der Hochschulen mehr und mehr an Bedeutung gewinnt. Sie wird auch die Standardisierung der Terminologie in dem Bereich der Anerkennung allgemein fördern und prüfen, inwieweit eine stärkere gemeinschaftswelt Konvergenz bei der Organisation des Studienjahres wünschenswert und durchführbar ist; sie wird außerdem vergleichende Studien über die Systeme in den Mitgliedstaaten zur Beurteilung ihrer Vergleichbarkeit durchführen und einen aktiven Dialog mit den Mitgliedstaaten und den akademischen Stellen über erstrebenswerte Verbesserungen der jetzigen Anerkennungsvereinbarungen führen.

- 147 Entscheidend für das Vorgehen der Kommission in diesen Fragen ist ihr Festhalten an der Verschiedenartigkeit der Hochschulbildung in der Gemeinschaft sowie die Überzeugung, daß die angemessenen Entscheidungen in Fragen der Anerkennung auf der Ebene der einzelnen Hochschuleinrichtungen getroffen werden. Um im Rahmen eines so verschiedenartig gestalteten Systems eine weitgehende Gleichbehandlung zu gewährleisten, ist die Verbreitung von Informationen und Beispielen für erfolgreiches Vorgehen von außerordentlicher Bedeutung.

Die internationale Rolle der Hochschulen

- 148 In den Abschnitten 35-39 dieses Memorandums werden die umfassenden Verbindungen der Hochschulen sowie ihre wachsende Bedeutung für die Beziehungen der Gemeinschaft zu anderen Ländern dargelegt und erläutert, warum sie eine derartige Stellung einnehmen sollten. Die Verbindungen zwischen den Hochschulen hatten von jeher eine außergemeinschaftliche Dimension. Das Ausmaß dieser Verbindungen läßt sich aus der Tatsache entnehmen, daß in sämtlichen Mitgliedstaaten (ausgenommen Luxemburg) der prozentuale Anteil ausländischer Studenten von außerhalb der Gemeinschaft, die für ein Vollzeit-Hochschulstudium eingeschrieben sind, den prozentualen Anteil sonstiger EG-Staatsbürger, manchmal sogar um ein Vielfaches, übersteigt. Diese Verbindungen werden auch durch die große Anzahl der europäischen Studenten deutlich, die für ein Postgraduiertenstudium in die Vereinigten Staaten gehen. Während eine Betonung und Verstärkung der europäischen Dimension in der Hochschulbildung für die Zukunft der Gemeinschaft von grundlegender Bedeutung ist, spielt diese außergemeinschaftliche Dimension eine grundlegende Rolle für eine offene Europäische Gemeinschaft, die ihre Stärke aus einer weltweiten Zusammenarbeit und Interaktion gewinnt. Die Bedeutung dieser Dimension muß auch im allgemeinen Interesse der Hochschulbildung berücksichtigt werden.
- 149 Im Bereich der Hochschulbildung und der höheren beruflichen Bildung ist europäisches Fachwissen weltweit anerkannt und geschätzt und dies ist ein Vorteil, der zur Unterstützung der weltweit wachsenden Bedeutung der Gemeinschaft genutzt werden kann und sollte. Die europäische Kultur wird überall in der Welt hoch geschätzt, und die Hochschulen sollten sich um einen intensiven Kulturaustausch im Rahmen entsprechender Programme mit Drittländern bemühen. Die Bedeutung Europas überhaupt und die für die europäische Wirtschaft bestehende Notwendigkeit einer Interaktion mit der Weltwirtschaft erfordert einen Informations- und Wissensfluß in beiden Richtungen. Europa muß nicht nur seine eigene Identität stärken, sondern dabei auch ein politisches, wirtschaftliches und kulturelles Gleichgewicht mit dem Rest der Welt anstreben.
- 150 In Europa selbst wurde bereits ein bedeutender Anfang mit dem Abschluß der Abkommen mit den EFTA-Ländern über ihre Beteiligung an Gemeinschaftsprogrammen verzeichnet. Diese Länder sind bereits an COMETT beteiligt und werden wahrscheinlich ab dem Studienjahr 1992-93 an dem Programm ERASMUS teilnehmen. Dieser erweiterte Bereich der europäischen Zusammenarbeit und des Austausches wird in Zukunft durch den erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen über den europäischen Wirtschaftsraum sowie durch künftige Erweiterungen der Gemeinschaft im Zuge des Beitritts neuer Mitgliedstaaten noch verstärkt werden.
- 151 Die politischen und wirtschaftlichen Veränderungen in Mittel- und Osteuropa geben einen neuen Anstoß für die Zusammenarbeit im Bereich der Hochschulbildung in einem noch weiteren europäischen Kontext. Insbesondere TEMPUS ist speziell auf die mittel- und osteuropäischen Staaten zugeschnitten. Es ist Teil des Gesamtprogramms der Gemeinschaftshilfe für die wirtschaftliche Umstrukturierung dieser Länder. Die Hauptziele von TEMPUS sind:

- Förderung der Qualität und Unterstützung der Entwicklung des Hochschulwesens;
- Unterstützung ihrer wachsenden Zusammenarbeit mit Partnern in der Europäischen Gemeinschaft durch gemeinsame Projekte und Mobilität.

- 152 Seit 1991 sind Polen, Ungarn, die Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien die förderungsberechtigten Länder im Rahmen des TEMPUS-Programms. Das mit Beschluß des Rates vom 7. Mai 1990 angenommene Programm konzentriert sich auf verschiedene vorrangige Fachbereiche, die für die einzelnen förderungsberechtigten Länder im Zuge der Wirtschafts- und Sozialreform und des Übergangs zur Marktwirtschaft von besonderer Bedeutung sind. TEMPUS bietet die Möglichkeit zur Stimulierung einer weitreichenden Zusammenarbeit und Assoziation und kann einer Förderung umfassender allgemeiner Beziehungen zu den mittel- und osteuropäischen Staaten von großem Nutzen sein. Ein wichtiger Aspekt des TEMPUS-Programms ist seine Öffnung für die Teilnahme von Hochschulen der Gruppe der 24 (7), da so die Möglichkeit einer weltweiten Zusammenarbeit gefördert wird. Wichtig ist, daß bei weiteren Möglichkeiten zur Zusammenarbeit im Hochschulbildungsbereich der Wille und die entsprechenden Möglichkeiten vorhanden sind, diese zu nutzen, und daß die Hochschulen dabei auf eine aktive Unterstützung der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft zurückgreifen können. So wie das Ausmaß der Zusammenarbeit im Bildungsbereich innerhalb der Gemeinschaft als wichtiger Faktor für die Kultivierung der europäischen Identität gilt, kann der erweiterte Bereich der europäischen Zusammenarbeit als Beitrag zu einer gemeinsamen Interessensfindung innerhalb des erweiterten europäischen Kontinents angesehen werden.
- 153 Der Hochschulbereich hat einen wichtigen Teil der Gemeinschaftshilfe für die AKP-Staaten ausgemacht. Diese Art der Hilfe konzentriert sich nun auf die Bereitstellung technischer Unterstützung, die auch ein wesentlicher Aspekt der Kooperationsvereinbarungen mit den lateinamerikanischen, arabischen und einigen asiatischen Staaten ist. Aus diesen Programmen haben sich in der Folge zahlreiche nützliche Hochschulverbindungen ergeben, darunter auch Berufsausbildungsmaßnahmen und Projekte im Bereich Forschung und technologische Entwicklung.
- 154 Die umfassenden Beziehungen der Hochschulen zu diesen Drittländern gehen oft auf historische Verbindungen zu einzelnen Mitgliedstaaten zurück, und in zahlreichen Fällen haben diese Verbindungen das Erlangen der politischen Unabhängigkeit dieser Länder überdauert. Andere Beziehungen gehen auf Kontakte der Missions- und Handelsstationen zurück. Diese Verbindungen führten zu einer Unterstützung bei der Bildung unabhängiger Hochschulen in den fraglichen Ländern, und zwar durch eine zeitlich befristete personelle Unterstützung, den Austausch von Personal, gemeinsame Forschungsprojekte und die Bereitstellung von Postgraduiertenstudienplätzen. Dies spiegelt sich auch in der Zusammensetzung der in den Mitgliedstaaten eingeschriebenen ausländischen Studenten und in der Herausbildung besonderer Abteilungen oder Institute an Hochschulen der Mitgliedstaaten für Gebietsstudien, Entwicklungsstudien und für das Studium der Sprachen und Kulturen fremder Länder wider. Diese Verbindungen bestehen hauptsächlich auf der Ebene der Mitgliedstaaten mit geringer oder gar keiner Beteiligung der Gemeinschaft.
- 155 Die wachsende Bedeutung der Gemeinschaft für die externen Beziehungen und ihre Verantwortung gegenüber den der in Entwicklung begriffenen Teilen der Welt erfordern an sich eine umfassende Stärkung der Rolle der Gemeinschaft in diesem Bereich; dies könnte mit Hilfe einer abgestimmten Koordinierungspolitik geschehen, die die in den Mitgliedstaaten vorhandenen Programme ergänzt. Außerdem sollte die Gemeinschaft als Ganzes das an den Hochschulen in den einzelnen Mitgliedstaaten vorhandene Fachwissen über Drittländer und bestimmte Bereiche nutzen können. Die Kommission wird im Rahmen bestehender Programme die Zusammenarbeit und die Einrichtung von Netzwerken zwischen diesen Fachabteilungen und Instituten fördern sowie den Austausch unterstützen, der dieses Fachwissen einem breiteren Publikum zugänglich machen soll.
- 156 Das Ausmaß der Wirtschaftsbeziehungen zu den großen entwickelten Marktwirtschaften, wie z. B. USA und Japan, ist auch von Bedeutung für die Hochschulbildung und höhere berufliche
-
- (7) Die "Gruppe der 24" umfaßt die 12 Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft, die 6 EFTA-Länder sowie die Türkei, die USA, Kanada, Japan, Australien und Neuseeland.

Bildung. Die Argumente, die oft für die Ausbildung bestimmter Kader in Sprachen, Kulturen und Wirtschaftsstrukturen der Mitgliedstaaten zur besseren Nutzung der Vorzüge des Binnenmarktes herangezogen werden, gelten auch für die Position Europas auf den Weltmärkten. Solange Europa nicht über Personen verfügt, die ausgebildet wurden, um seine Interessen auf diesen Märkten zu vertreten, sind die Handelsaussichten für Europa entscheidend geringer, egal wie gut und wettbewerbsfähig seine Erzeugnisse sind. Es versteht sich von selbst, daß auch die kulturellen/politischen Aspekte dieser Beziehungen von größter Bedeutung sind und mit entsprechender Sachkenntnis und Umsicht anzugehen sind.

- 157 Der kulturelle Hintergrund der USA und Europas deckt sich in wesentlichen Teilen. Die Unterschiede sind jedoch so geartet, daß eine Förderung der Beziehungen im Bildungs- und Kulturbereich in höchstem Maße wünschenswert erscheint, weshalb auch die gemeinsame Erklärung der Gemeinschaft und der USA aus dem Jahre 1990 über eine Zusammenarbeit im Hochschulbereich sehr zu begrüßen ist. Es bestehen zwar Austauschvereinbarungen und sonstige Beziehungen zwischen den einzelnen Hochschulen der meisten Mitgliedstaaten und ihren Partnern in den USA, die bestehenden Beziehungen müßten jedoch in gemeinschaftlichem Kontext noch weiter ausgebaut werden. Die an den Hochschulen in den USA herrschende positive Einstellung gegenüber einem Auslandsstudium bringt diesen Studenten Vorteile, die auch den europäischen Studenten offen stehen sollten. Der Austausch von Personal und Studenten sowie gemeinsame Projekte wären für die Entwicklung in einem gemeinschaftlichen Rahmen ein geeigneter Bereich.
- 158 Bei Japan und den Schwellenländern des Pazifischen Beckens sehen wir uns sehr starken, außergewöhnlich reichen Volkswirtschaften gegenüber, deren Kulturen und Strukturen in Europa relativ wenig bekannt sind. Insbesondere Japan hat umfangreiche Investitionen in der europäischen Wirtschaft getätigt und die Zahl japanischer Staatsangehöriger, die aus geschäftlichen Gründen, als Touristen und wegen des Studiums der europäischen Sprachen, Wirtschaftssysteme und Kulturen nach Europa kommen, ist beachtlich. Es ist für künftige wirtschaftliche und politische Beziehungen zu diesen Ländern unerlässlich, daß es eine Gruppe von Europäern gibt, die über das Rüstzeug verfügen, um mit ihnen interagieren und die Interessen Europas vertreten zu können. Zu diesem Zweck wird man die sich mit diesen Ländern befassenden Studienfächer an den Hochschuleinrichtungen innerhalb der Gemeinschaft ausbauen und Programme entwickeln müssen, die die Zusammenarbeit, Netze und Austauschmöglichkeiten mit entsprechenden Einrichtungen in den betreffenden Ländern beinhalten. Eine Reihe von Hochschulen in Europa beteiligt sich zwar bereits auf eigene Initiative an Austausch- und anderen Studienprogrammen mit japanischen Partnern, und bestimmte Aktivitäten werden durch die Kulturübereinkommen mit einzelnen Mitgliedstaaten gefördert; die Kommission vertritt jedoch die Ansicht, daß diese Bemühungen im Rahmen eines gemeinschaftswelten und speziell darauf ausgerichteten Programms weiter verstärkt werden sollten.
- 159 Das wachsende weltweite Interesse an dem Prozeß der europäischen Integration - die andernorts oft als Modell für eine mögliche regionale Integration gesehen wird -, das zu der Entwicklung europäischer Studien führt, sollte auch aktiv unterstützt werden.

Informations- und Vorgehensanalyse

- 160 Die Vollendung des Binnenmarktes und die verstärkten Möglichkeiten einer Freizügigkeit der Bürger führen zu einem neuen Informationsbedarf seitens der Einzelpersonen, der Einrichtungen und Unternehmen, der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft selbst.
- 161 Um mobil sein zu können, muß jeder die Studien- und Arbeitsmöglichkeiten, die Anerkennung von Qualifikationen sowie die Lebens- und Arbeitsbedingungen in dem Teil der Gemeinschaft kennen, in den er ziehen möchte.
- 162 Für die Hochschuleinrichtungen ist es ausschlaggebend zu wissen, wo sie innerhalb der Gemeinschaft eine Partnerschaft anstreben können, die ihre Arbeit im Bildungs- und Forschungsbereich ergänzen und vervollständigen kann; sie müssen außerdem über die

Bildungs- und Ausbildungsbereiche informiert sein, die günstige Einstellungsbedingungen und Karriereaussichten sowohl im Inland als auch in den anderen Mitgliedstaaten bieten. Über die Ereignisse in den anderen Ländern auf dem Laufenden zu sein, ist auch für die Hochschulen ein wichtiger Katalysator für den Innovationsprozeß, und Informationen über den sich verändernden Bedarf an Fachkenntnissen sind die Grundlage für Lehrpläneformen.

- 163 Auf dem europäischen Markt tätige Unternehmen müssen die Bedeutung der in den verschiedenen Mitgliedstaaten vergebenen Qualifikationsnachweise und die gemeinschaftswerte Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte kennen und wissen, in wieweit ihr Bedarf an hochqualifiziertem Personal gedeckt ist.
- 164 Die Mitgliedstaaten müssen die Gemeinschaftsdimension bei der Planung der Hochschul- und höheren beruflichen Bildungssysteme berücksichtigen, insbesondere in den Bereichen, die sich auf die Lehrpläne sowie auf die Mobilität sowohl von Studenten als auch Graduierten auswirken. Ein umfassenderes und vergleichbareres Informationssystem unterstützt eine vergleichende Analyse und ist hilfreich bei der Bestimmung der Ausrichtung zukünftiger Entwicklungen.
- 165 Die Gemeinschaft muß über Informationen verfügen, die die Bürger bei der Wahrnehmung ihrer Rechte im Rahmen des Vertrags unterstützen. Sie muß außerdem über einen Bezugsrahmen für die Geschehnisse innerhalb der Gemeinschaft verfügen, um dies in ihre Politiken und Programme einfließen zu lassen. Insbesondere muß sie mögliche Schwächen bei der Nutzung des Binnenmarktes oder bei der Aufrechterhaltung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten aufgrund eines Mangels an ausgebildetem und qualifiziertem Personal erfassen können. Zur Gewährleistung einer einwandfreien Funktionsweise der regionalen und strukturellen Politiken sind außerdem Informationen über die Humanressourcen sowie ihre Entwicklung und Mobilität erforderlich. Die Sammlung, Strukturierung und Analyse von Informationen über Hochschulbildung und höhere berufliche Bildung an sich ist ein zusammenhängender Prozeß, der zu dem Aufbau unerlässlicher Verbindungspunkte zwischen den verschiedenen Systemen innerhalb der Gemeinschaft beitragen könnte. Die Verknüpfung von Hochschul- und Arbeitsmarktinformationen auf Gemeinschaftsebene stellt eine äußerst wichtige Entwicklung dar.
- 166 Die Kommission beabsichtigt daher eine umfassende Prüfung ihres Informationsbedarfs im Bereich der Hochschulbildung und der höheren beruflichen Bildung, um ein Informationssystem zu entwickeln, das eine umfassendere Informationsquelle für ihre Politiken und Programme sowie für die entsprechenden Vorhaben derjenigen darstellt, die im Bereich der Hochschulbildung Initiativen ergreifen können. Die Kommission wird dieses System in Beratung mit den verantwortlichen Behörden in den Mitgliedstaaten und dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften entwickeln. Dabei soll der Vorschlag zur Schaffung einer europäischen Beobachtungs- und Dokumentationsstelle für die Beschäftigung (KOM(89) 568 endg.) berücksichtigt werden. Die Untersuchung der Kommission wird auch eine Überarbeitung der Arbeitsweise von Eurydice sowie der NARIC-Zentren beinhalten. Dies entspricht der im Hinblick auf die Berufsbildung in dem Vorschlag für ein gemeinschaftliches Aktionsprogramm "Auf dem Weg zu einer europäischen Infrastruktur" (KOM(90) 585 endg.) angekündigten Absicht.
- 167 Die gesammelten Informationen sollen die Erarbeitung gültiger Vergleiche bei der Analyse der Hochschul- und höheren beruflichen Bildungssysteme in der Gemeinschaft ermöglichen und darüber hinaus auch weitergehende Vergleiche auf internationaler Ebene gestatten. Dazu würden auch Informationen zählen über Qualifikationen, Output und Beschäftigung von Graduierten sowie Art und Umfang, in dem die Hochschulen den Weiterbildungsbedarf decken. Es sollen Informationen über die Mobilität von Vollzeit- und Teilzeitstudenten sowie die Mobilität von Studenten mit einem Hochschulabschluß im Hinblick auf ein Postgraduiertenstudium und ihre Beschäftigung erfaßt werden. Gesammelt werden sollten außerdem Informationen des Arbeitsmarktes über Qualifikationsdefizite, Beschäftigungsmöglichkeiten sowie sich verändernde Berufsprofile für die Einstellung von

Graduierten, darunter auch Anforderungen im Bereich Forschung und technologische Entwicklung.

- 168 Einige dieser Informationen sind bereits erfaßt, jedoch nicht systematisch analysiert. Ein Großteil der Informationen ist bereits in den Mitgliedstaaten und den Hochschulen verfügbar. Die bestehende Aufgabe geht jedoch weit über die Informationssammlung hinaus, da es notwendig sein wird, in Zusammenarbeit mit bereits vorhandenen nationalen Netzwerken und Stellen vorzugehen, die ihrerseits die Gemeinschaftsdimension und die Erfordernisse der Gemeinschaft berücksichtigen müssen. Diese Arbeiten sollten auch in engem Kontakt mit den Arbeitsämtern und Arbeitsvermittlungsstellen durchgeführt werden. Die Kommission muß darüber hinaus die erforderliche Kapazität zur Analyse und Verbreitung dieser Informationen entwickeln.

- 169 Eine verbesserte Informationsgrundlage und Analysekapazität würde es der Kommission ermöglichen, ihre Interaktion mit den Mitgliedstaaten in bezug auf die entsprechenden Politiken zu verstärken und den Ideenaustausch über die Entwicklungen im Bereich der Hochschulbildung und der höheren beruflichen Bildung innerhalb der Gemeinschaft effektiver zu gestalten. Zu diesem Prozeß würde auch ein System der regelmäßigen Berichterstattung über Veränderungen gehören, die in den Mitgliedstaaten vorgesehen sind oder gerade durchgeführt werden, wie dies im Fall der Berufsbildung bereits durch die Lageberichte geschieht. Diese Berichte über Hochschulbildung und höhere berufliche Bildung wären damit eine Grundlage für die Diskussionen zwischen der Kommission und den Behörden der Mitgliedstaaten über die Frage, inwiefern die Mitgliedstaaten und Regionalpolitiken die Anliegen der Kommission sowie sich aus der Mitgliedschaft in der Gemeinschaft ergebende Fragen berücksichtigen.

Dialog mit dem Hochschulsektor

- 170 Dieses Memorandum soll in den Mitgliedstaaten als Diskussionsgrundlage dienen, und zwar insbesondere innerhalb der Universitäten und Hochschuleinrichtungen selbst wie auch unter allen Beteiligten und Interessengruppen, die von der künftigen Ausrichtung und Entwicklung der Hochschulbildung innerhalb der Europäischen Gemeinschaft betroffen sind.
- 171 Der Nutzen der durch das Memorandum veranlaßten Diskussion wird sich in vielfältiger Weise in den auf der Ebene der Mitgliedstaaten oder der Bildungseinrichtungen unternommenen Aktionen oder beschlossenen Politiken widerspiegeln. Welchen Nutzen diese Diskussion auf europäischer Ebene haben wird, wird man erst dann in vollem Umfang feststellen können, wenn die Kommission in der Lage ist, die ihr zukommenden Rückmeldungen zu erfassen und zu analysieren, Bereiche zu ermitteln, in denen ein Konsens bezüglich Zusammenarbeit und Koordinierung besteht und diesen Konsens in Form von Politiken umzusetzen, die in den Mitgliedstaaten anzuregen und zu fördern sind, und ihn in Programme und gemeinsame Maßnahmen einzubringen, die auf Gemeinschaftsebene durchzuführen sind. Überdies ist das Tempo der Veränderungen in Europa und im Hochschulwesen selbst so groß, daß sich viele Themen und Anliegen schneller ergeben müssen, einige von ihnen sogar als Ergebnis der von diesem Memorandum selbst angeregten Aktionen, mit denen man sich insbesondere in bezug auf ihre Gemeinschaftsdimension kontinuierlich wird befassen müssen.
- 172 Dieser umfangreiche und sich ausdehnende Zeitplan für Diskussionen und Prüfungen spräche für eine intensivere Beratung der Kommission auf dem Gebiet der Hochschulbildung und der höheren beruflichen Bildung als sie zur Zeit gegeben ist und die sich weitgehend auf die Durchführung bestimmter Programme beschränkt. Eine solche Unterstützung durch Beratung sollte in bezug auf ihre Zusammensetzung die zunehmende Vielfalt der Hochschulbildung und der höheren beruflichen Bildung sowie deren Schnittstelle mit der Wirtschaft widerspiegeln und als Pendant zu den Programmausschüssen sowie zu den Ausschüssen für Forschung und technologische Entwicklung dienen und in der Lage sein, mit ihnen in bezug auf gemeinsame Anliegen - insbesondere hinsichtlich des Programms "Humankapital und Mobilität" - zusammenzuarbeiten. Sie spräche auch für eine gezieltere diesbezügliche Interaktion zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten.

- 173 Während des letzten Jahres hat die Kommission ihren Dialog mit dem Verbindungsausschuß der nationalen Konferenzen der Hochschulrektoren der Mitgliedstaaten bei den Europäischen Gemeinschaften, zu dem bereits eine lang andauernde Verbindung bestand, verstärkt. Die Bildung der Europäischen Vereinigung von Institutionen im Bereich der Hochschulbildung (EURASHE) im Jahre 1989, die die nationalen Verbände der Institutionen des außeruniversitären Sektors vertritt, bewirkte eine Ausweitung dieses Dialogs. Die Zusammenarbeitsbestrebungen dieser beiden Organisationen führte im März 1991 zur Gründung des Ausschusses für Hochschulbildung in der Europäischen Gemeinschaft (CHEEC - Committee for Higher Education in the European Community). Regelmäßig stattfindende Gespräche mit diesem Organ und mit den die Hochschullehrer und Studenten vertretenden Organisationen werden es den Hauptakteuren im Hochschulbereich ermöglichen, sich zu Themen der Europäischen Gemeinschaft besseres Gehör zu verschaffen.
- 174 Die bereits genannten Vorgänge gelten als wesentlich, wenn es darum geht, die Kommission für die größere Rolle auszustatten, die sie in den kommenden Jahrzehnten bei der Förderung und Unterstützung der europäischen Dimension im Bereich der Hochschulbildung und der höheren beruflichen Bildung wahrnehmen müssen.

ZUSAMMENFASSUNG

Die Rolle der Hochschulbildung

In der Europäischen Gemeinschaft geht die Tendenz derzeit dahin, daß die Zahl der älteren Menschen zunimmt und die Gesamtbevölkerungszahl abnimmt; andererseits werden auf dem Arbeitsmarkt immer mehr Arbeitskräfte mit höherem Ausbildungsniveau und umfassenderen Qualifikationen gebraucht, die ein auf dem Wissenstand beruhendes Wirtschaftswachstum unterstützen sollen. Der Einfluß von Wissenschaft und Technologie sowie die Auswirkungen des weltweiten Wettbewerbs haben zur Folge, daß eine sehr viel stärkere Teilnahme an der Hochschulbildung und an höheren beruflichen Bildungsmaßnahmen sowie eine umfassende Initiative zur Verbesserung und Anpassung der Qualifikationen und des Wissenstands der vorhandenen Arbeitskräfte erforderlich werden.

Der Erfolg des Binnenmarkts hängt von der Fähigkeit der Menschen ab, über Länder- und Kulturgrenzen hinweg tätig zu werden. Eine europäische Dimension in der Hochschulbildung wird - einmal davon abgesehen, daß sie aus kulturellen und politischen Gründen erwünscht ist - vom praktischen wirtschaftlichen Standpunkt aus als eine Notwendigkeit angesehen. Durch den im Vertrag gewährleisteten freien Verkehr von Personen und die Richtlinie über die berufliche Anerkennung von Qualifikationsnachweisen wird tatsächlich ein einheitlicher Arbeitsmarkt für hochqualifizierte Fachkräfte geschaffen und somit der Bezugsrahmen für eine Regelung und Planung der Hochschulbildung und der höheren beruflichen Bildung erweitert und auf eine europäische Ebene gestellt. Die akademische Anerkennung von Qualifikationen geht dann auf ganz selbstverständliche Weise mit der beruflichen Anerkennung einher, und durch die akademische Anerkennung der Studiengänge wurde eine für die Mobilität und den beruflichen Aufstieg erforderliche Voraussetzung geschaffen.

Die Bedeutung der Forschungstätigkeit in der Hochschulbildung und der höheren beruflichen Bildung und der bedeutsame Beitrag, den die Forschung in Hochschuleinrichtungen zum wirtschaftlichen Fortschritt leisten kann und auch tatsächlich leistet, können nicht bestritten werden, es bestehen jedoch Schwierigkeiten bei der Bereitstellung einer angemessenen Zahl von Forschern und bei der Gewährleistung einer fachübergreifenden Ausbildung, die für die Durchführung vieler der heutigen Forschungsinitiativen erforderlich ist. Das erweiterte Spektrum der Forschungsziele in der Hochschulbildung und insbesondere die Beziehung zwischen Forschung und höherer beruflicher Bildung bedingen kohärente Forschungspolitiken - in den Hochschuleinrichtungen und in Bezug auf diese Einrichtungen - , die das gesamte Spektrum der Forschungsziele berücksichtigen, die Einrichtung von Partnerschaften und Netzwerken fördern und eine Verbindung zwischen Forschung und höherer beruflicher Bildung auf eine Weise herstellen, durch die eine technologische Erneuerung in der Wirtschaft sichergestellt wird.

Dadurch, daß höhere Qualifikation erworben und in regelmäßigen Abständen erneuert und aktualisiert werden, werden auch eine stabile Beschäftigungslage und berufliches Weiterkommen gefördert. Obwohl es in allen Mitgliedstaaten zu einer Zunahme der Beteiligung an der Hochschulbildung gekommen ist, sind immer noch Initiativen erforderlich, um Chancengleichheit für bestimmte soziale Gruppen und für Minderheiten zu erreichen und auch um eine gleichmäßigere Verteilung der beruflichen Möglichkeiten über das gesamte Arbeitsleben zu gewährleisten.

Die Hochschulbildung und die höhere berufliche Bildung können einen erheblichen Beitrag zur regionalen Entwicklung leisten, was auch bei der Reform der Strukturpolitik berücksichtigt worden ist. Dieser Beitrag hat die Form von Beteiligungen an Planungsprozessen, von beruflichen Erstausbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen zur Steigerung des Qualifizierungsniveaus, von Konsultationen von Sachverständigen, von Partnerschaften mit der Wirtschaft, von Forschung und Technologietransfer sowie von Wissenschafts- bzw. Technologieparks, die mit den Hochschulzentren in Verbindung stehen und in denen neue, wirtschaftlich interessante Entwicklungen auf die Produktionsreihe vorbereitet werden.

Die historischen Beziehungen, die von den Hochschuleinrichtungen in der ganzen Welt aufgebaut worden sind, werden als ein Vorteil für die wachsende Rolle der Europäischen Gemeinschaft in der Welt betrachtet. Die Hochschulbildung kann eine bedeutsame Rolle spielen, wenn es sich darum handelt, die Beziehungen mit europäischen Nachbarn zu festigen, Entwicklungshilfe zu leisten sowie die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Beziehungen zu anderen wichtigen Wirtschaftsregionen zu fördern.

Der Hochschulbildung kommt eine wichtige Rolle zu, und zwar nicht nur bei der Bewahrung und Entwicklung des europäischen kulturellen Erbes, sondern auch dann, wenn es sich darum handelt, dieses Erbe weiterzuvermitteln und ihm zu einer größeren Verbreitung unter den europäischen Bürgern und über die Grenzen der Mitgliedstaaten hinweg zu verhelfen. Auf diese Weise kann die Hochschulbildung dazu beitragen, ein "europäisches" Zusammengehörigkeitsgefühl zu kultivieren, das durchaus neben nationalen und regionalen Verbundenheiten bestehen kann.

Neue Herausforderungen für die Hochschulbildung

Die derzeit in Europa stattfindenden Veränderungen haben äußerst weitreichende Auswirkungen auf die Hochschulbildung; es geht dabei um Fragen, die so gut wie alle Aspekte der Rolle der Hochschulbildung und ihres möglichen Beitrags zum wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritt und zum Zusammenhalt der Gemeinschaft betreffen.

In diesem Zusammenhang müssen die Tätigkeiten von Hochschuleinrichtungen und ihre Beziehungen untereinander sowie zwischen ihnen und den wirtschaftlichen Gremien, den Unternehmen, den Mitgliedstaaten, den Regionalbehörden und der Europäischen Gemeinschaft selber neu überdacht werden. In dem vorliegenden Memorandum wird eine Reihe von Aktionen aufgeführt, die von allen an diesem großen Werk beteiligten Parteien, unabhängig voneinander oder nach Abstimmung, durchgeführt werden könnten. Diese Aktionen wären allen zum Nutzen und könnten dabei helfen, den Herausforderungen des kommenden Jahrzehnts zu begegnen. Der Bericht geht über die Problemstellungen der vorhandenen europäischen Programme hinaus und wirft ein umfassenderes Spektrum von Fragen auf, wobei er sich für eine stärkere europäische Dimension als die bisher vorhandene ausspricht. Zwar wird in dem Bericht nicht für gemeinsame Prinzipien und Politiken Partei ergriffen, es wird aber betont, daß sichergestellt werden muß, daß die europäische Dimension in viel stärkerem Ausmaß als bisher ein Bestandteil der Planung und der Funktionsweise der Hochschulbildung in der gesamten Gemeinschaft wird. Der Kommission wird dabei die Rolle eines Katalysators zugedacht, der die Zusammenarbeit und gemeinsame Aktionen erleichtert, wobei sie gemäß dem Grundsatz der Subsidiarität vorgehen und die verschiedenen Gegebenheiten beachten muß, und bemüht sein soll, innerhalb dieser Grenzen europäische Zielsetzungen zu verwirklichen.

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, eine "europäische" Bildung zu schaffen, damit man den "europäischen" Erwartungen der Hochschulabsolventen gerecht werden kann. Die Hochschuleinrichtungen stellen insgesamt ein Instrumentarium dar, das einen beträchtlichen Beitrag zur Umwandlung Europas leisten kann. Ihr Beitrag zur Entwicklung der menschlichen Ressourcen ist eine wesentliche Voraussetzung für den wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Fortschritt innerhalb der Gemeinschaft. Es wurden die folgenden kritischen Bereiche der zukünftigen Entwicklung der Hochschulbildung herausgestellt:

- * Teilnahme an und Zugang zu der Hochschulbildung,
- * Partnerschaft mit der Wirtschaft,
- * Weiterbildung,
- * "offener" und Fernunterricht,
- * die europäische Dimension in der Hochschulbildung.

Die europäische Dimension wird in ihren Umrissen anhand der folgenden Punkte erkennbar:

- Mobilität der Studenten,
- Zusammenarbeit zwischen Hochschuleinrichtungen,
- Europa in den Curricula,
- die zentrale Bedeutung der Sprache,
- die Lehrerausbildung,
- Anerkennung von Qualifikationen und Studienzeiten,
- die internationale Rolle der Hochschulbildung,
- Information und Vorgehensanalyse,
- Dialog mit dem Hochchulsektor.

Alle vorstehend aufgeführten Punkte werden von einer Reihe von übergreifenden Faktoren beeinflusst, wie dem Gleichgewicht zwischen beruflicher Bildung und Allgemeinbildung, einem deutlichen Schwergewicht auf den qualitativen Aspekten, der Nutzung der Informationstechnologie und dem Bedarf an strategischem Management auf Hochschulebene sowie der Frage der Finanzierung.

Teilnahme an und Zugang zu der Hochschulbildung

Eine verstärkte Teilnahme an der Hochschulbildung läßt sich nicht nur dadurch erreichen, daß ein größerer Anteil der entsprechenden Altersgruppe erfaßt wird, sondern auch dadurch, daß man den Bedürfnissen älterer Studierender durch Weiterbildungsmaßnahmen gerecht wird. Dabei sollte man sich auch mit dem Problem der sozialen Ungleichheit bei der Wahrnehmung des Bildungsangebots der Hochschulen auseinandersetzen. Es sollten gemeinsame Zielsetzungen hinsichtlich der Teilnahme an der Hochschulbildung innerhalb der Gemeinschaft in Betracht gezogen werden und gleichzeitig sollte man auch Unterstützungsmaßnahmen für die Regionen zur Verwirklichung derartiger Zielsetzungen erwägen.

Auf die erweiterte neue Studentenschaft muß man sich im Rahmen eines sehr viel stärker diversifizierten, aber trotzdem strukturierten Systems der postsekundären Bildung einstellen, wobei das System insgesamt durchlässiger sein soll, so daß die in jedweden Teil des Systems erfolgreich abgeschlossene Studien in allen Teilen des Systems angerechnet werden würden. Ein verstärkter Erfahrungsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten zu einem umfassenderen Spektrum von Themenbereichen sowie Überprüfungen der Hochschulzugangspolitiken und Bewertungen von Kosten, Qualität und Ertrag in der Hochschulbildung wären in diesem Zusammenhang von unschätzbarem Wert.

Partnerschaft mit der Wirtschaft

Es ist eine sehr viel engere Beziehung zwischen Hochschule und Wirtschaft erforderlich. Für diese Beziehung gibt es eine Reihe von Parametern. Ein grundlegender Gedanke dabei ist, daß Partnerschaften zwischen Hochschuleinrichtungen und der Wirtschaft auf eine umfassendere Grundlage gestellt werden sollten.

Das Potential der APHW (Ausbildungspartnerschaften Hochschule-Wirtschaft) im Rahmen des COMETT-Programms zur Herstellung einer größeren Geschlossenheit und zweckmäßigeren Koordinierung an der Schnittstelle Hochschule/Wirtschaft in den Bereichen höhere berufliche Bildung, Forschung und Verbreitung von Forschungsergebnissen bietet ein Modell für die weitere Entwicklung.

Weiterbildung

Im Bereich der Hochschulbildung ist ein sehr viel stärkeres Engagement für die Weiterbildung gefragt, die mit erheblich mehr Nachdruck betrieben werden muß. Angesichts des Tempos des technologischen Wandels muß unbedingt ein neues Gleichgewicht zwischen Erstausbildung und Weiterbildung hergestellt werden, damit zukünftige Herausforderungen bewältigt werden können. Soll nun die Weiterbildung im Hochschulbereich gefördert werden, so setzt dies neue

Strukturen auf Hochschulebene, neue Strukturen und Politiken auf der Ebene der Mitgliedstaaten und einen Anstoß für den Austausch von Erfahrungen und für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit voraus, den die Gemeinschaft geben muß. Dabei werden die Hochschuleinrichtungen ihre akademischen Strukturen, ihre pädagogischen Methoden und ihr Unterrichtssystem anpassen müssen, um dieses neue Gleichgewicht zwischen Erstausbildung und Weiterbildung zu sichern.

"Offener Unterricht" und Fernunterricht

Einer verstärkten Nutzung der Möglichkeiten des "offenen" und Fernunterrichts kommt große Bedeutung zu, wenn es darum geht, einen neuen Weiterbildungsbedarf zu decken, diese Unterrichtsform kann aber auch eine sehr viel umfassendere Rolle spielen, wenn es sich darum handelt, einen neuen Bedarf an Hochschulbildung zu decken und das bestehende Bildungsangebot zu verstärken und qualitativ zu verbessern. Der Fernunterricht sollte eine breite Skala von Bildungsniveaus und Studiengängen abdecken und so angelegt sein, daß er in die Studiengänge, die an den Hochschulen vermittelt werden, integriert werden kann. Eine Zusammenarbeit im Bereich des "offenen" und Fernunterrichts auf europäischer Ebene bietet besondere Vorteile.

Die europäische Dimension in der Hochschulbildung

Mobilität der Studenten

Will man der Hochschulbildung eine europäische Dimension geben, kommt der Mobilität der Studenten, die bereits Bestandteil von Gemeinschaftsprogrammen wie ERASMUS, COMETT und LINGUA ist, weiterhin große Bedeutung zu. In diesem Bereich ist eine umfassendere Politik erforderlich, die die Beseitigung von Hindernissen für die Mobilität, einen verbesserten Zugang zu Informationen und eine Aufwertung von Förderprogrammen umfassen müßte. Will man die Mobilitätsanreize in der Form von Förderprogrammen verstärken, so setzt dies sowohl eine beträchtlich erweiterte Mittelausstattung als auch stärker integrierte Formen der Partnerschaft zwischen der Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten voraus. In diesem Kontext könnte es in Betracht gezogen werden, im Rahmen des ERASMUS-Programms in gewissem Umfang Mittel gezielt für bestimmte Ebenen und Studienbereiche einzusetzen.

Zusammenarbeit zwischen Hochschuleinrichtungen auf europäischer Ebene

Umfassende "europaorientierte" Bestrebungen auf Hochschulebene sollten alle Aspekte des akademischen Lebens einbeziehen. Das Kernstück einer solchen Politik ist die Entwicklung einer Zusammenarbeit zwischen Hochschuleinrichtungen auf europäischer Ebene, die zu gemeinsamen Lehrprogrammen und Lehrplänenentwicklungen führen kann. In deren Rahmen der Austausch von Lehrpersonal und andere Methoden eingesetzt werden, um den Studenten, die nicht die Möglichkeit haben, im Rahmen eines strukturierten Programms im Ausland zu studieren, eine umfassendere "europäische Erfahrung" zu vermitteln. Zu demselben Zweck ließen sich auch Austauschprogramme mit Personal aus Wirtschaftsunternehmen aus anderen Mitgliedstaaten in Aussicht nehmen. Wenn gemeinsame Forschungsprojekte für Studierende vor und nach dem ersten Hochschulabschluß und für Mitglieder des Lehrkörpers eingerichtet werden, kann dies wesentlich dazu beitragen, einer Hochschuleinrichtung eine europäische Dimension zu verleihen. Zu einer solchen Vorgehensweise könnte auch die Einstellung von ausländischem Lehrpersonal für kurz- und längerfristige Lehraufträge gehören. In den letzten Jahren haben sich in erheblichem Umfang innerhalb von Hochschuleinrichtungen Strukturen zur Durchführung europäischer Programme entwickelt, und man könnte möglicherweise diesen Strukturen eine größere Verantwortlichkeit für die Herausbildung einer europäischen Dimension zuweisen. Ein Engagement in europäischen Programmen und für die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene im allgemeinen sollte bei allen Beurteilungen von akademischem Personal als positiver Faktor gewertet werden. Der Fortschritt der europäischen Programme beruht auf der Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen, und wenn man diesen Aspekt stärker beachten würde, könnten sich Möglichkeiten für eine weitere Entwicklung der europäischen Dimension ergeben.

Die zentrale Bedeutung der Sprachen

Der sprachlichen Kompetenz wird eine entscheidende Stellung in der Schaffung und Fortentwicklung Europas eingeräumt. Mit der Lancierung des LINGUA-Programms wurde hier ein erster Schritt von weitreichender Bedeutung getan. Ganz ungeachtet möglicher Maßnahmen in vorgeschalteten Bildungsphasen sollten Hochschuleinrichtungen den Studenten die Fähigkeit vermitteln, sich mehrsprachig auszudrücken. Eine Sprachenpolitik in derartigen Einrichtungen umfaßt Faktoren wie die Beherrschung einer Fremdsprache oder mehrerer Fremdsprachen als Zulassungsvoraussetzung, die Einbeziehung von Sprachstudien in andere Fächer, die Bereitstellung von Möglichkeiten und Anreizen für Studenten und Mitglieder des Lehrkörpers, sprachliche Kompetenz zu erwerben und aufrecht zu erhalten sowie die Nutzung von Sprachen als Angelpunkten des sozialen und intellektuellen Lebens innerhalb einer Hochschuleinrichtung. Durch die Anwesenheit einer größeren Anzahl von Studenten und Lehrkräften aus anderen Mitgliedstaaten lassen sich sprachliche Aktivitäten, einschließlich des Fremdsprachenunterrichts, ausbauen und verstärken. Angesichts dieser Entwicklungen und des Bedarfs von Studenten aller Fachrichtungen und unterschiedlicher Studienarten an kommunikativen und fachsprachlichen Kompetenzen wäre es gerechtfertigt, die Rolle von Sprachabteilungen in Hochschuleinrichtungen neu zu überdenken. Durch die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen ließe sich eine umfassendere Förderung der Gemeinschaftssprachen erreichen, die weniger häufig gelehrt und verwendet werden.

Die Lehrerausbildung

Da die Lehrpläne der Primar- und Sekundarstufe auch die Gemeinschaftsdimension miteinbeziehen müssen, sind Erfahrungen auf europäischer Ebene ein unerläßlicher Bestandteil der Berufsausbildung aller Lehrer. Das Ausmaß, in dem diesem Bedürfnis durch Auslandsstudienaufenthalte im Rahmen von bestehenden Programmen entsprochen werden kann, wird jedoch durch den Aufbau der Lehrerausbildung und sonstige Zwänge eingeschränkt, so daß spezielle Maßnahmen erforderlich sind, mit denen die Erstausbildung und die Fortbildung der Lehrer abgedeckt werden. Es sollten auch Mittel und Wege entwickelt werden, um den Lehrern, die nicht an einem Auslandsstudienprogramm teilnehmen können, "europäische" Erfahrungen zu vermitteln. Die zunehmende Verbindung der Lehrerausbildung mit Universitäten und sonstigen Hochschuleinrichtungen sollte einen Schritt in die richtige Richtung darstellen und sich als ein Mittel erweisen, um ein breiteres Spektrum von Fachwissen in die Prozesse der Lehrplanerneuerung einzubeziehen.

Anerkennung von Qualifikationen und Studienzeiten

Für die Mobilität von Studenten und Hochschulabsolventen innerhalb Europas ist sowohl die akademische als auch die berufliche Anerkennung entscheidend. Da Hochschulsysteme und Studienabschlüsse sich von einem Teil Europas zum anderen unterscheiden, sind flexible und präzise Mechanismen gefragt, mit deren Hilfe die Ansprüche auf akademische und berufliche Anerkennung von Qualifikationsnachweisen geklärt werden können. Ein großer Bedarf an unterstützenden Informationen besteht bei Arbeitgebern, die Qualifikationen beurteilen und bei Personen, die ihre Hochschulbildung vollständig oder zum Teil in einem anderen Mitgliedstaat absolvieren wollen. Auf diesem Gebiet werden derzeit bereits umfangreiche Arbeiten im Rahmen der zahlreichen Abkommen zwischen Universitäten und über das ECTS (European Community Course Credit Transfer System) (Europäisches System zur Anrechnung von Studienleistungen) im Rahmen des ERASMUS-Programms durchgeführt. Diese Arbeiten können die Grundlage für weitere Initiativen, die auch Studierende in der Weiterbildung umfassen sollen, sowie für Vereinbarungen bilden, mit deren Hilfe die Anerkennung auf einer sehr viel breiteren Basis stattfinden könnte.

Die internationale Rolle der Hochschulbildung

Auf diesem Gebiet hat es immer Gemeinschaftsaktionen wie auch die Palette der traditionellen Verbindungen von Hochschuleinrichtungen in Drittländern gegeben. Die Bedeutung einer

derartigen Zusammenarbeit im Hochschulwesen für die Stellung der Gemeinschaft auf der weltpolitischen Bühne nimmt ständig zu; die Entwicklungen in bestehenden Bereichen müssen vorangetrieben und die Aktivitäten, auf Gemeinschaftsgrundlage und in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten, auf weitere Bereiche ausgedehnt werden.

Information und Vorgehensanalyse

Die Entwicklungen auf dem Gebiet der Hochschulbildung und ihre Auswirkungen auf die Europäische Gemeinschaft erfordern verbesserte Informations- und politische Analysekapazitäten auf Gemeinschaftsebene, durch die Informationen über das Bildungswesen und den Arbeitsmarkt in Verbindung gebracht und Daten über die Mobilität in den europäischen Hochschulen einbezogen werden würden. Eine derartige Analysekapazität auf Gemeinschaftsebene würde sich als Unterstützung der Mitgliedstaaten bei ihren Planungs- und Innovationsbemühungen erweisen.

Dialog mit dem Hochschulsektor

Die zunehmende Mitwirkung der Gemeinschaft in der Hochschulbildung und in der höheren beruflichen Bildung erfordert einen zweckmäßigeren und umfassenderen Rahmen für Beratungen und Gespräche und ein gezielteres Zusammenwirken mit den zuständigen Stellen in den Mitgliedstaaten. Desgleichen werden regelmäßige Erörterungen mit Organisationen, die die Hochschuleinrichtungen, deren Lehrpersonal und die Studenten vertreten, als erforderlich betrachtet, damit die Meinungen aller Akteure in der Hochschulbildung und der höheren beruflichen Bildung zu europäischen Problembereichen besser gehört werden.

Das vorliegende Memorandum ist als Grundlage für eine Diskussion gedacht, die insbesondere in den Universitäten und sonstigen Hochschuleinrichtungen selbst stattfinden soll. Es wird zusammen mit dem neuen IRDAC-Bericht über Qualifikationsdefizite in Europa herausgegeben werden.

**LISTE DER GEMEINSCHAFTSPROGRAMME IN DEN BEREICHEN ALLGEMEINE UND
BERUFLICHE BILDUNG SOWIE VERWENDETE AKRONYME**

AKP	Afrikanische, karibische und pazifische Länder (AKP-Staaten)
APHW	Ausbildungspartnerschaft Hochschule - Wirtschaft
COMETT	Programm zur Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Wirtschaft im Bereich der Aus- und Weiterbildung auf dem Gebiet der Technologie (Community Action Programme in Education and Training for Technology) zur Unterstützung der grenzüberschreitenden Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen und der Wirtschaft bei der Förderung der höheren beruflichen Bildung im Hinblick auf den technologischen Wandel
DELTA	Gemeinschaftsaktion auf dem Gebiet der Lerntechnologie (Development of European learning through technological advance) Pilotaktion
ERASMUS	Aktionsprogramm der Europäischen Gemeinschaft zur Förderung der Mobilität von Hochschulstudenten (European Community Action Scheme for the Mobility of University Students)
EUROTECNET	Aktionsprogramm zur Förderung von Innovationen in der Berufsbildung in der Folge des technologischen Wandels in der EG; dieses Programm dient der Erforschung der Auswirkungen des technologischen Wandels auf die Berufsqualifikationen und Ausbildungssysteme sowie der Bestimmung neuer Qualifikationsanforderungen an die Arbeitnehmer;
FORCE	Aktionsprogramm zur Förderung der beruflichen Weiterbildung in der Europäischen Gemeinschaft; dieses Programm betrifft die Entwicklung der Weiterbildung sowie der betrieblichen Ausbildung
HKP	Hochschulkoooperationsprogramm
IRDAC	Beratender Ausschuß für industrielle Forschung und Entwicklung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
LINGUA	Programm zur Förderung der Fremdsprachenkenntnisse in der Europäischen Gemeinschaft
SPRINT	Plan für die transnationale Entwicklung der Infrastruktur zur Unterstützung von Innovation und Technologietransfer
TEMPUS	Europaweites Mobilitätsprogramm für den Hochschulbereich
VLSI	Systeme mit höchstintegrierten Schaltkreisen

JUNGE MENSCHEN (20-24) IN DEN LÄNDERN DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT (1988 = 100)

	1980	1988	1995	2000	2010	2020
B	101,7	100	85	77	74	86
DK	88,2	100	88	78	69	75
D	85,5	100	82	56	63	53
GR	91,3	100	82	93	-	-
E	89,5	100	99	93	75	80
F	96,3	100	96	85	86	83
IRL	96,0	100	82	85	82	74
I	83,3	100	91	76	58	58
L	99,3	100	81	77	81	76
NL	93,8	100	89	74	77	82
P	95,6	100	102	95	-	-
UK	85,7	100	83	73	82	88
EG	89,2	100	86	76	72	72

Quelle: EUROSTAT

JUNGE MENSCHEN (15-19) IN DEN LÄNDERN DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT (1988 = 100)

	1980	1988	1995	2000	2010	2020
B	113,8	100	87	86	80	68
DK	105,8	100	88	74	86	79
D	122,6	100	71	74	78	56
GR	96,9	100	87	88	-	-
E	96,5	100	84	78	80	77
F	98,6	100	88	80	85	80
IRL	95,4	100	86	88	72	65
I	98,8	100	81	67	63	57
L	117,0	100	87	91	82	79
NL	103,7	100	78	75	83	78
P	104,3	100	85	85	-	-
UK	108,5	100	80	86	86	87
EG	105,1	100	83	79	80	72

Quelle: EUROSTAT

Beschluß
des Bundesrates

zum

Memorandum der Kommission zur Hochschulbildung in der Europäischen Gemeinschaft

KOM(91) 349 endg.; Ratsdok. 9497/91

Der Bundesrat hat in seiner 639. Sitzung am 14. Februar 1992 zu der Vorlage wie folgt Stellung genommen:

1. Der Bundesrat erinnert an seine Stellungnahme vom 22. September 1989 - BR-Drucksache 348/89 (Beschluß) -. Er teilt die Auffassung der Kommission, daß die Mobilität im Hochschulwesen ein effektives Mittel der Ausbildung darstellt und das Grundrecht der Freizügigkeit im Europäischen Binnenmarkt fördert.
2. Es ist deshalb zu begrüßen, wenn auf der Ebene der Mitgliedstaaten und zwischen den Bildungseinrichtungen ein Informations- und Erfahrungsaustausch über die Beseitigung von Mobilitätshindernissen durchgeführt wird. Der Bundesrat verweist in diesem Zusammenhang auf seine Stellungnahme vom 22. November 1991 - BR-Drucksache 673/91 (Beschluß) -.

...

3. Der Bundesrat weist darauf hin, daß sowohl Artikel 128 EWGV als auch der Vertragsentwurf zur Europäischen Union (Artikel 126) die Inhalte und die Gestaltung der Bildungssysteme aus dem Anwendungsbereich des Vertrages ausnehmen. Deshalb ist darauf zu achten, daß die Zuständigkeiten der Länder auf Gemeinschaftsebene nicht zum Gegenstand von Reformdiskussionen und -vorschlägen gemacht werden.
4. Der Bundesrat verweist auf seine Stellungnahmen vom 22. September 1989 - BR-Drucksache 348/89 (Beschluß) - und vom 11. Mai 1990 - BR-Drucksache 199/90 (Beschluß) - und wiederholt seine Auffassung, daß die Europäische Gemeinschaft nicht über eine Planungshoheit auf dem Gebiet der mitgliedstaatlichen Bildungspolitik, Haushalts- und Steuerpolitik verfügt.
5. Im übrigen geht der Bundesrat davon aus, daß das Memorandum zur Hochschulbildung erst nach sorgfältiger fachlicher Prüfung abschließend beurteilt werden kann. Diese Prüfung ist den in der Bundesrepublik Deutschland dafür zuständigen Stellen vorbehalten. Nach Abschluß dieser Prüfung wird der Bundesrat erneut Stellung nehmen. Er geht davon aus, daß die Bundesregierung in den entsprechenden Gremien auf diese Prüfung verweist.